Frankreich: Zurück zum alten Feindbild S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 19 – 11. Mai 2013
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Pressekodex zählt nicht mehr: Journalisten bestürmen in München die Nebenklägerin Semiya Simsek Bild: action press

Alle Regeln gebrochen

»NSU-Prozess«: Die Medienrepublik von ihrer hässlichsten Seite

Als wäre das Urteil schon gesprochen: Im Fall Zschäpe verkümmert die Presse zum trostlosen Rudeljournalismus.

Zum Auftakt des „NSU-Prozesses“ gegen die Hauptangeklagte Beate Zschäpe hat ein Großteil der Medien endgültig alle guten Regeln fahren lassen. Der journalistische Kodex der Verdachtsberichterstattung, der zwingend vorschreibt, niemanden als Täter zu bezeichnen, bevor er rechtskräftig verurteilt ist, scheint der Vergangenheit anzugehören.

Schlimmer noch: Jeder Zweifel an der offiziellen Version von den zehn Morden wird mit schwerer moralischer Verurteilung bestraft. Wer den Kodex im Fall Zschäpe noch einhält oder gar öffentlich verteidigt, hat damit zu rechnen, der Sympathie mit mutmaßlichen brauen Massenmördern verdächtigt zu werden. Daher, und wohl weniger aus eigener Überzeugung, wagt es die große Mehrheit der Medienmacher nicht, sich dem allgemeinen Zug zu entziehen. Das Resultat ist ein trostloser Rudeljournalismus, der sich in einen Wettbewerb um die massivste Vorverurteilung, die derbsten Verwünschungen und die monumentalste historische Einordnung des Prozesses gestürzt hat.

> Wer Zweifel äußert, wird mit üblem Verdacht bestraft

Während solche Tabus die einen tatsächlich abschrecken, wecken sie bei anderen indes erst recht Misstrauen. Auch wenn kritische Berichte zu der Mordserie in jüngster Zeit so gut wie nicht mehr veröffentlicht wurden – in der Frühphase der Ermittlungen konnten die Deutschen in etlichen Medien vom „Spiegel“ über den „Stern“ bis zur „Leipziger Volkszeitung“ und natürlich auch der *PAZ* allerhand Irritierendes erfahren. Spuren wurden offengelegt, die Zweifel säen an der offiziellen Darlegung. Merkwürdigerweise haben die meisten Medien in ihrer Gesamtbewertung die eigenen Rechercheergebnisse kaum mehr berücksichtigt und folgen stattdessen alle der gleichen Version, die sämtliche Einwände beiseiteschiebt. Dabei enthält die Geschichte der zehn Morde wie die des NSU, von den Anfängen bis zum Ende in jenem mysteriösen Doppelselbstmord und den hastigen Aktenvernichtungen beim Verfassungsschutz, mehr als genug Ungereimtheiten.

Der Vorsitzende Richter bei dem Münchener Prozess ist nicht zu beneiden. Der Druck, der gegen ihn aufgebaut wurde, erfordert enormes Stehvermögen. Das zeigte bereits die Posse um die Besucherplätze, bei der das Gericht nachgegeben hat, nur um danach gleich wieder unter Feuer zu geraten, weil sich einzelne „Qualitätsmedien“ ausgebootet fühlten.

Das Gericht machte in dem Gezerre leider den Eindruck, sich von öffentlicher Empörung erschüttern zu lassen. Das aber darf in einem Rechtsstaat nicht sein. Auf Richter Manfred Götzl lastet nun die schwere Aufgabe, die Souveränität des Gerichts zurückzugewinnen. Versagt er dabei, indem er sich politischem oder medialem Druck gegenüber schwach zeigt, wird der Rechtsstaat dauerhaft Schrammen aus diesem Prozess davontragen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

In die Zukunft

Die Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen ist oftmals ein Bohren dicker Bretter. Anders als die große Politik, die lange zur Verständigung gebraucht hat, waren die deutschen Vertriebenen hier Vorreiter. Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und Herausgeber dieser Zeitung, kann dabei jetzt einen wichtigen Erfolg verbuchen. Zukünftig wird es eine enge Zusammenarbeit zwischen der LO und der Ermländisch-Masurischen Wojewodschaft geben. Als Brücke zwischen Mittel- und Osteuropa hat Ostpreußen nicht nur eine Vergangenheit, sondern vor allem auch Zukunft. Die Unterstützung der deutschen Volksgruppe und die konstruktive Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden und Körperschaften ist Kernaufgabe der LO.

Diese Rolle wird mittlerweile auch von den polnischen Regierungs- und Verwaltungsorganen anerkannt und gewürdigt. Ziel der geplanten, aus rechtlichen Gründen jedoch nicht formal geschlossenen, Vereinbarung mit der Ermländisch-Masurischen Wojewodschaft ist die gemeinsame Durchführung von Projekten und Veranstaltungen. Die Wojewodschaft ist in der Fläche nahezu identisch mit dem südlichen Ostpreußen und entspricht etwa einem deutschen Bundesland. An der Spitze steht der Marschall, der die Funktion eines Ministerpräsidenten hat. Das Angebot einer Zusammenarbeit auf dieser hohen politischen Ebene zeigt die Anerkennung, die die LO für ihr vielfältiges Wirken in Ostpreußen genießt. Das ist Partnerschaft über die Grenzen und die gemeinsame, oft leidvolle Geschichte hinweg. Landsmannschaftliche Arbeit ist bei allem Besinnen auf das Vergangene nicht rückwärtsgewandt, sondern in die Zukunft gerichtet.

Eher Problem als Lösung

EU erleichtert Organisierte Kriminalität und Leistungsmissbrauch

Die Organisierte Kriminalität (OK) in Deutschland nimmt allgemein zu und die ausländische insbesondere. Die häufig ethnisch homogene Zusammensetzung krimineller ausländischer Organisationen macht es der deutschen Polizei zusehends schwerer, in sie einzudringen. Gefördert wird diese Organisierte Ausländerkriminalität durch eine großzügige bundesdeutsche Ausländer- und Einbürgerungspolitik, aber auch durch eine EU, die nicht nur immer freizügiger wird, sondern auch wächst und das wahllos und ungezügelt. War die EU früher ein Club entwickelter Staaten, schreckt sie heute diese eher ab. Wer von ihnen nicht dazugehört, will gar nicht erst rein. Und bei denen, die schon dazugehören, keinen mehr oder weniger starke EU-kritische Bewegungen.

Wie bei der ausländischen Organisierten Kriminalität gehört die Europäische Union auch bei der Einwanderung in die Sozialsysteme eher zum Problem als zu dessen Lösung. Eine Schnittmenge mit der Organisierten Kriminalität stellen dabei die Einschleusung und die Erschleichung von Sozialleistungen dar. Als wolle er den Missbrauch Deutschlands als Sozialamt wenn schon nicht der Welt, so doch zumindest der EU Vorschub leisten, fordert nun der EU-Kommissar Lazlo Andor von den Mitgliedsstaaten der EU, nationale Informationszentren einzurichten, in denen sich EU-Bürger nicht nur allgemein über Einwanderungsmöglichkeiten in das jeweilige EU-Land, sondern auch über Ansprüche an das jeweilige Sozialsystem informieren können. Des Weiteren soll es Ausländern aus EU-Mitgliedsstaaten erleichtert werden, gegen angebliche Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt sowie im Steuer- oder Sozialsystem des Gastlandes vorzugehen.

> Sozialtourismus soll gefördert werden

Manuel Ruoff

(Siehe Seite 5)

Unbequeme Wahrheit

UN-Ermittlerin verdächtigt syrische »Opposition«, Giftgas einzusetzen

Westlichen Regierungen und Medien gilt es schon lange als ausgemacht, dass der syrische Machthaber Baschar al-Assad über chemische Waffen verfügt und diese auch einsetzen würde. Für diesen Fall hat US-Präsident Barack Obama eine „rote Linie“ gezogen, deren Überschreiten eine Militärintervention zur Folge haben würde. Die Schweizer Juristin Carla del Ponte, Mitglied der UN-Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in Syrien, bringt dieses Bild nun ins Wanken. Zeugenaussagen von Ärzten und Flüchtlingen in benachbarten Ländern deuteten darauf hin, dass chemische Waffen verwendet wurden – „nicht von der Regierung, aber von der ‘Opposition’“, sagte del Ponte gegenüber dem Tessiner Fernsehsender RSI. Dafür gebe es einen starken Verdacht, aber noch keinen unwiderlegbaren Beweis. Dagegen gebe es keine Hinweise darauf, dass die syrische Regierung Chemiewaffen eingesetzt habe.

> Washington reagiert auffällig verhalten

Die Vereinten Nationen reagierten auf diesen Tabubruch mit der Erklärung, es gebe „keine eindeutigen Resultate zum Einsatz von chemischen Waffen jedweder Konfliktpartei“. Wesentlich schärfer strafen die deutschen Medien die UN-Expertin für ihre offenen Worte ab. Da ist von vorschnellen Äußerungen einer Selbstdarstellerin, einem gefährlichen Fehltritt, politischer Dummheit und Ähnlichem die Rede. Auffällig ist die angesichts ihrer bisherigen Äußerungen zurückhaltende Reaktion der US-Regierung: Man sei „höchst skeptisch“, dass syrische Rebellen chemische Waffen benutzt haben sollen. Es sei dagegen sehr wahrscheinlich, dass die syrische Regierung Giftgas eingesetzt habe. Möglicherweise will man damit in Washington eine Vertiefung des Themas vermeiden. Es könnte ja herauskommen, dass del Ponte recht und Obama unrecht hat.

Jan Heitmann

(Siehe Kommentar Seite 8)

Zwischenruf

Viel Heuchelei

Für die CSU ist die „Verwandtenaffäre“ ein Imageschaden, der sie schlimmstenfalls bei der Landtagswahl im September die Mehrheit der Mandate kosten könnte. Ausgerechnet jetzt beim Beginn des Wahlkampfes patzt die Partei der Christsozialen. Die Wiedererlangung der alleinigen Regierungsverantwortung war das Ziel der CSU; die Demoskopen machten Hoffnung. Und nun?

Tatsache ist, dass den bayrischen Abgeordneten im Jahr 2000 verboten wurde, Ehepartner, Eltern und Kinder als Mitarbeiter auf Staatskosten zu beschäftigen. Altverträge durften aber weiterlaufen. Zahlreiche Abgeordnete machten von der Altfallregelung Gebrauch. In der laufenden Wahlperiode betrifft dies nur noch 17 CSU-Abgeordnete. Rechtlich ist an der Sache nichts auszusetzen. Aber nicht alles, was rechtlich zulässig ist, kann politisch und moralisch praktiziert werden. Insoweit hat die Angelegenheit ein Geschmäckle.

In den vorausgegangenen Wahlperioden haben auch Abgeordnete der Grünen und der SPD von der Altfallregelung Gebrauch gemacht. Deshalb ist es pure Heuchelei, wenn nun die Opposition ausschließlich die CSU-Abgeordneten an den Pranger stellt. Schließlich muss festgehalten werden: Die Zahlungen geschahen nicht verdeckt. Die Abgeordneten des Haushaltsausschusses im bayerischen Landtag hätten schon vor Jahren erkennen können, dass da eine Altfallregelung überzogen wurde.

Zwei ehrenwerte CSU-Damen im bayrischen Landtag bemühen sich um Schadensbegrenzung. Es sind die früheren Sozialministerinnen Barbara Stamm und Christa Stewens, die heute die Ämter Landtagspräsidentin und Fraktionsführerin bekleiden. Beide haben völlige Transparenz in die Angelegenheit gebracht. Sie hatten sich, als sie die Leitung des Sozialministeriums innehatten, als umfassende Förderinnen Ostpreußens und der Ostpreußen erwiesen. Das bleibt unvergessen.

Wilhelm v. Gottberg

Zurück zum alten Feindbild

Frankreichs Sozialisten polemisieren gegen Deutschland und verunglimpfen Bundeskanzlerin Merkel

Ganz offen setzt der linke Flügel der in Frankreich regierenden Sozialisten auf eine Konfrontation mit dem Nachbarland. Mehr Schulden und mehr Solidarität lauten die Forderungen an die Deutschen.



Freunde nur im Rampenlicht: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande Bild: action press

Es ist wieder einmal die französische Tageszeitung „Le Figaro“, die für klare Worte sorgt. Verkündete das Blatt im Jahr 1992 mit Blick auf die geplante europäische Währungsunion, Maastricht sei der Versailler Vertrag ohne Krieg, so überraschte das Blatt unlängst mit einem nicht weniger brisanten Befund: Die Parti socialiste (PS) erkläre Deutschand den Krieg. Dass einflussreiche Kreise der Partei von Präsident François Hollande ganz offen auf Konfrontation mit Deutschland setzten, ist inzwischen tatsächlich nicht mehr zu übersehen. Bereits für erheblichen Wirbel sorgte ein Papier der französischen Sozialisten zur Vorbereitung ihres Europa-Parteitag im Juni. Was aus dem 20-seitigen Papier bekannt geworden ist, liest sich wie ein politischer Frontalangriff auf Deutschland. In dem inzwischen wieder einkassierten Entwurf war Bundeskanzlerin Angela Merkel ganz offen „egoistische Sturheit“ und rücksichtsloses Beharren auf deutschen Interessen vorgeworfen worden. Merkel denke „an nichts anderes als an die Spareinlagen der Anleger jenseits des Rheins, an die von Berlin verzeichnete Handelsbilanz und an die nächsten Wahlen“. Ebenso enthalten ist die rhetorische Frage, wie weit die Schuldenkrise in Europa noch gehen solle, „bis die konservative Kanzlerin akzeptiert, über die Vergemeinschaftung eines Teils der Schulden der Mitgliedstaaten nachzudenken“.

Inzwischen wurde der Entwurf entschärft – im Tonfall, nicht aber in der Sache. Weggefallen ist etwa der Begriff „Sparkanzlerin“, auch die direkte Erwähnung von Merkels Namen. Statt sie direkt anzugreifen, ist nun von einer „Unnachgiebigkeit der Rechten Deutschlands“ die Rede. Trotz derlei rhetorischer Kosmetik läuft die anti-deutsche Stimmungsmache in den Reihen der PS weiter. Kräftig nachgelegt hat etwa Hollandes Parteifreund Claude Bartolone – immerhin Präsident der französischen Nationalversammlung. Haushaltsdisziplin verdamme „die schöne Idee Europa“, anstatt sie zu retten, so Bartolone. Nur allzu folgerichtig ist seine Forderung, Präsident Hollande solle die Konfrontation mit Kanzlerin Merkel anstreben. Noch radikaler im Ton gibt sich Industrieminister Arnaud Montebourg: „Wir müssen die Feindseligkeiten gegen die EU eröffnen“, so der linker EU-Kritiker. Er fordert, Frankreich soll sich für eine radikal andere Politik innerhalb der EU stark machen. Der entsprechende Wunschzettel der Sozialisten an EU und Deutschland ist lang. Von der Europäischen Zentralbank werden weitere Zinssenkungen ebenso gefordert wie eine gezielte Abwertung des Euro. Brüssel wiederum solle massive EU-Investitionsprogramme für die Wirtschaft bereitstellen. Dass kolportiert wird, Hollande wolle zunächst einmal die Bundestagwahlen in Deutschland abwarten und setze insgeheim auf einen Machtwechsel in Berlin, hat gute Gründe: Von Deutschland erwarten Hollandes Sozialisten nicht weniger, als dass Paris einen Freibrief für höhere Haushaltsdefizite ausgestellt bekommt. Genauso brisant ist die Erwartung, Deutschland solle die EU-weite Bankenunion – inklusive gemeinsamer Haftung – nicht weiter hinauszögern. De facto wäre das nichts anderes als eine deutsche Garantie für französische Spareinlagen.

> Grund ist die Furcht vor Machtverlust bei den nächsten Wahlen

Dass die PS den Franzosen nun explizit Deutschland als Feindbild präsentiert, kommt nicht von ungefähr. Unter Frankreichs Sozialisten macht sich das Gefühl breit, in einer Falle zu sitzen und bereits 2017 wieder von den Hebeln der Macht zu verschwinden. Nur ein Jahr nach seiner Amtsübernahmen steht Präsident Hollande mit dem Rücken zur Wand. Während Frankreichs Wirtschaft immer weiter auf Talfahrt geht, macht die Konkurrenz von Links, die Front de gauche, gegen die Sozialisten mobil. Eine Kernforderung der Linksfront Jean-Luc Mélenchons ist ein Ende der „deutschen Austeritätspolitik“ in der EU. Mit Sorge sehen Parteistrategen der PS auch eine andere Entwicklung: Den Zulauf, den die konservative Massenkampagne gegen die Homo-Ehe erhalten hat. Die Befürchtung der Sozialisten ist, dass aus dieser Bewegung ein „Anti-1968“, eine breite anti-linke Strömung in der französischen Gesellschaft erwachsen könnte. Verstärkt wird das Gefühl, dass ihr zunehmend die Felle wegschwimmen, noch durch eine außenpolitische Entwicklung. Während in der deutsch-französischen Beziehung die Zeichen auf Eiszeit stehen, ist es dem britischen Premier David Cameron inzwischen gelungen, einen guten Draht nach Berlin aufzubauen. Argwöhnisch beäugt wurde etwa, dass es David Cameron und nicht François Hollande war, der unlängst von Merkel zu Konsultationen nach Schloß Meseberg eingeladen wurde. *Norman Hanert*

Die Schulden-Uhr: Preußische Werte

Im bürgerlichen Lager scheinen preußische Werte wie ein sauberer Staat wichtiger zu sein als die Parteipräferenz. Obwohl vom aktuellen Fall von Vetternwirtschaft im bayerischen Landtag vornehmlich die CSU betroffen ist, ist laut einer Umfrage vom TNS Emnid im Auftrag des „Focus“ der Anteil jener, die es falsch finden, wenn Abgeordnete nahe Verwandte bei sich beschäftigen, bei den Anhängern der Union mit 77 Prozent vier Prozentpunkte höher ist als bei der Gesamtbevölkerung. Von den Bundestagsparteien am niedrigsten ist der Prozentsatz bei SPD und Linke mit je 67, während er bei den Grünen mit 82 am höchsten ist. *M.R.*

2.081.332.365.689 €

Vorwoche: 2.080.728.537.210 €
Verschuldung pro Kopf: 25.382 €
Vorwoche: 25.375 €

(Dienstag, 7. Mai 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Der gekaufte Palast

US-Geheimdienst schmierte Kabul mit »Geistergeld«

Diskret verpackt in Plastiktüten und Rücksäcken hat der US-Geheimdienst CIA über zehn Jahre lang große Mengen an Schmiergeldern im afghanischen Präsidentenpalast abgeliefert. Einem Bericht der „New York Times“ zufolge haben sowohl das Büro von Präsident Hamid Karzai als auch der Nationale Sicherheitsrat monatlich Bargeld vom CIA erhalten. Zwar soll Präsident Karzai nicht persönlich von dem „Geistergeld“ profitiert haben, in Bezug auf die Entwicklung in Afghanistan steht nun allerdings ein anderer Vorwurf im Raum: „Die wichtigste Ursache für Korruption waren die Vereinigten Staaten“, so ein politischer Beobachter gegenüber der „New York Times“. Treffen die Vorwürfe zu, dann scheint die CIA von Demokratie eine recht eigenwillige Auffassung zu haben. So wurde mit den Geldern unter anderem die Zustimmung von Parlamentariern erkauft, wenn es darum ging, Pläne oder Personalvorschläge von Präsident Karzai durch die Große Ratsversammlung, die Loya Jirga, zu bringen. Erkauft wurde ebenso die Unterstützung von zwielichtigen Warlords und ehemaligen Mudschahidin. Allein der berüchtigte Kriegsfürst Abdul Raschid Dostum soll regelmäßige Zahlungen von bis zu 100 000 Dollar monatlich erhalten haben. Gezahlt wurden ebenso Entschädigungszahlungen für Kriegsopfer und Lösegelder für entführte Regierungsmitglieder, aber auch die Gesprächsbereitschaft von Taliban-Vertretern war Bares wert. Profiteure der „Geistergelder“ waren gleichfalls hochrangige Mitarbeiter Karzais aus dem Präsidentenpalast. Mit dem CIA-Geld wurden sowohl die Mieten für teure Häuser in Kabul beglichen als auch ihre Kreditkarten regelmäßig aufgeladen.

> CIA betrieb mit dem Geld quasi eine eigene Außenpolitik

Als Resultat haben die umfangreichen Zahlungen nicht nur die Korruption in Afghanistan auf ein völlig neues Niveau gehievt, sondern auch noch einen weiteren Nebeneffekt gehabt. In der ohnehin vorhandenen Rivalität zwischen US-Außenministerium und CIA konnte der Geheimdienst mit dem „Geistergeld“ quasi eine eigene Außenpolitik betreiben. Ohne Wissen und Zustimmung des US-Botschafters in Kabul hatte die CIA oft den besseren Draht zu Präsident Karzai als die offiziellen Diplomaten.

Mit seinen Schmiergeldzahlungen scheint die CIA allerdings nicht der einzige Geheimdienst gewesen zu sein, der in Afghanistan auf Korruption gesetzt hat. Recherchen des „Guardian“ zufolge hat auch der britische Auslandsnachrichtendienst MI6 an Karzais Büro Gelder gezahlt. Geringer im Umfang als die Zahlungen der CIA, war das Ziel der Briten, mit den überreichten Geldern Friedensinitiativen den Weg zu ebenen. Dieser Versuch kann als weitgehend gescheitert angesehen werden, so die Einschätzung früherer Diplomaten im „Guardian“. Sowohl Offizielle der afghanischen Regierung als auch selbsternannte Vermittler zu den Taliban scheinen die britischen Bemühungen, einen Frieden zu erkaufen, lediglich finanziell ausgenutzt zu haben, so die Einschätzung im Rückblick. Von den britischen Zahlungen dürfte wahrscheinlich auch jener „ranghohe Taliban“ profitiert haben, der schließlich als pakistanischer Hochstapler enttarnt wurde, nachdem bereits erhebliche Summen an ihn geflossen waren. *N.H.*

FPÖ im Formtief

Hohe Verluste bei Landtagswahl in Tirol

Vier Wahlen, drei Niederlagen. So sieht nach den Tiroler und Salzburger Landtagswahlen die Bilanz für die FPÖ aus. Nachdem schon die Wahlen in Kärnten und Niederösterreich den „Freiheitlichen“ Verluste eingebracht hatten, endete auch die Tiroler Wahl am 28. April als Mißerfolg. Die FPÖ büßte fast ein Viertel ihres bisherigen Wähleranteils ein. Mit nur noch 9,6 Prozent reicht es für die Freiheitlichen nur noch für Rang Fünf. Zwar musste auch die Tiroler ÖVP das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte verkraften, die Volkspartei blieb mit fast 40 Prozent der Stimmen aber trotzdem die stärkste Partei Tirols. Gemischt ist die Bilanz der Wahl in Salzburg am 5. Mai: Zwar gewann die FPÖ deutlich dazu und brachte es auf 17 Prozent, da die Grünen aber ihr Ergebnis von 7,4 auf 20,2 Prozent fast verdreifachen konnten, sind die Freiheitlichen hier künftig nur noch die viertstärkste Kraft. Angesichts der mageren Zwischenbilanz auf dem Weg zu den Nationalratswahlen im Herbst keimt in der FPÖ inzwischen die Diskussion um „strukturelle Probleme“ auf. Außer in Vorarlberg, Oberösterreich und Wien ist sie bei Orts- und Bezirksparteigruppen schwach aufgestellt.

> Großer Verlierer ist das »Team Stronach«

Ein weiteres Manko, das sich immer stärker bemerkbar macht: Es fehlt an zugkräftigem Spitzenpersonal. Zwar gilt Parteichef Hans-Christian Strache durchaus als charismatische Figur, an die Erfolge, die einst Jörg Haider einfuhr, konnte er allerdings bisher nicht anknüpfen. Zum einen ist er thematisch enger aufgestellt als Haider, zum anderen geht die von Haider übernommene Rolle des Tabu-Brechers in der österreichischen Politik zunehmend von ihm auf andere über, so etwa an den politischen Quereinsteiger Frank Stronach mit seiner Parteineugründung „Team Stronach“. Zumindest galt dies bis zur Wahl in Tirol. Nach schweren Personalquerelen im Vorfeld musste auch das „Team Stronach“ hier seine erste Wahlniederlage einstecken. Mit nur 3,4 Prozent scheiterte die Stronach-Mannschaft sogar an der Fünf-Prozent-Hürde und schaffte nicht einmal den Einzug in den Innsbrucker Landtag. *H.M.*

Fast total friedlich

Von Vera Lengsfeld

„Fast total friedlich“ – mit dieser interessanten Wortkombination bewertete der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele die Vorgänge um die diversen Maidemonstrationen in der Hauptstadt. Er meinte damit, dass sich die Polizei dank ihrer „Deeskalationsstrategie“ vorbildlich zurückgehalten hätte. Die Gewalt, die von den „Revolutionären Erste Mai“-Demonstranten ausging, die von 7300 Beamten in Schach gehalten werden mussten, war dem Alt-68er keine Erwähnung wert.

Man könnte Ströbeles Einschätzung als die ewige linke Demagogie abtun und vergessen, wenn der CDU-Innensenator der Stadt, Frank Henkel, nicht fast wortgleich zur selben Einschätzung gelangt wäre. Auf einer Pressekonferenz sagte der Senator wörtlich: „Das war einer der friedlichsten 1. Mai seit Beginn 1987.“

Dieser Satz zeigt, wie sehr sich die Maßstäbe der Politik schon zugunsten der linken Randalierer verschoben haben. Zur Bilanz gehören 54 verletzte Polizisten, die sich verhöhnt vorkommen müssen. Dazu zählen 42 Sachbeschädigungen wie zerstörte Fensterscheiben einer Sparkassenfiliale, demolierte Autos. Wie in den anderen Jahren wurden Steine und Flaschen auf die Polizisten geworfen. Die Krawalle weiteten sich nur nicht aus, weil die Gewalttäter eng von Polizisten umringt und von den restlichen Demonstranten isoliert wurden. Funktioniert hat also nicht die „Deeskalationsstrategie“, sondern konsequentes Vorgehen gegen die Linksradikalen.

Der harte Kern der Autonomen wertete diesen 1. Mai auch als „Niederlage“, denn die Polizei hatte in Schöneweide, wo eine der zahlreichen Maiaktionen stattfand, rechts-, und linksradikale Demonstranten nicht aufeinandertreffen lassen.

Um die Bilanz eines angeblich „friedlichen“ 1. Mai ziehen zu können, ging der Senator noch einen Schritt weiter: Der Anschlag von Linksradikalen auf einen Kabelschacht der Berliner S-Bahn wurde einfach unterschlagen, als hätte er mit den übrigen Aktivitäten nichts zu tun. Dieser Anschlag fand am 2. Mai nachts um 3.45 Uhr statt, als ein Verteilerkasten am S-Bahnhof Wannsee angezündet wurde. Zehntausende Fahrgäste waren am nächsten Morgen von den Signalausfällen betroffen.

Henkel verschwieg das, obwohl in einem linksradikalen Bekennerschreiben ausdrücklich von einem „verlängerten 1. Mai“ die Rede war. Keine Erwähnung fand auch ein angezündetes Auto in Friedrichshain. Da es sich um das Fahrzeug eines Diplomaten handelte, steht die Autoleiche in seiner giftigen Asche noch immer als unfreiwilliges Mahnmal auf der Straße eines Viertels herum, das vor allem von Familien mit Kindern bewohnt wird.

Das ist „friedlich“ in Berlin!

Vermieter werden zum Hass-Objekt

Berlin: Linke Szene nutzt angebliche Welle von Zwangsräumungen zur Kampagne



Die Stimmung heizt sich allmählich auf: Mieter der Initiative „Zwangsräumung verhindern“ protestieren in Berlin-Reinickendorf

Bild: action press

Tausende Mieter werden jedes Jahr in Berlin vor die Tür gesetzt, müssen ihre Wohnung aus verschiedensten Gründen verlassen. Im April starb die Rentnerin Rosemarie Fließ (67) kurz nach Räumung ihrer Wohnung. Der Fall löste massive Proteste und Gewaltdrohungen gegen Vermieter aus. Aktuelle Demonstrationen gegen steigende Mieten haben neben Großinvestoren nun ein neues Feindbild: Vermieter.

„Wohnraum in Mieterinnenhand“ forderten im Berliner Wedding Demonstranten eines Protestzuges gegen steigende Mieten und soziale Ausgrenzung am Vorabend des 1. Mai. Zwar blieb es in jener für Ausschreitungen berüchtigten Nacht sowie am folgenden Tag ruhig, doch in der linksautonomen Szene kocht die Stimmung. Ein Blick auf die Seite des Bündnisses „Zwangsräumungen verhindern“ zeigt: Nur wegen Aufschub eines aktuell brisanten Räumungsfalls kam es am 1. Mai nicht zum großangelegten Protest.

Vor allem die Räumung von Rosemarie Fließ lieferte hierfür den Zündstoff, hatte die schwerbehinderte Rentnerin doch selbst oft an Demos teilgenommen, war entsprechend bekannt. Zwei Tage nachdem sie ihre Wohnung verlassen musste, war die Frau in einer Obdachlosenunterkunft gestorben.

Seither kursieren Gewaltaufrufe im Internet gegen ihren Vermieter Ralph H. Der steht unter Druck, denn die Sozialbehörde gab an, sie habe die ausstehende Miete übernehmen wollen: „Wir hatten auch Kündigungen wegen unsachgemäßen Verhaltens ausgesprochen“, sagte der Vermieter nun der linken „taz“. Die Frau schuldete demnach nicht nur Miete, sie bedrohte auch Nachbarn, beschmutzte wiederholt Wohnung und Treppenhaus. Der Vermieter schaltete den sozialpsychiatrischen Dienst ein, doch die offenbar psychisch kranke Frau ließ sich nicht helfen, so die Erfahrung von Vermieter wie Behörden. „Hätte sie sich angemessen verhalten, hätte sie in ihrer Wohnung bleiben können“, sagt der Vermieter. Ein Wille, die Frau unbedingt auf die Straße zu setzen, lässt sich also nicht erkennen.

Zwangsräumung bleibt letztes Mittel, und doch fürchten Kenner des Berliner Wohnungsmarktes eine Zunahme aufgrund steigender Mieten. Die noch von der rot-roten Vorgängerkoalition der jetzigen SPD-CDU-Regierung verantworteten Sparmaßnahmen beim sozialen Wohnungsbau heizen die Mietpreise an.

Im Fall Fließ schieben die Behörden nun die Verantwortung dem Vermieter zu. Und heizen damit die Emotionen noch an, die auch in Gewalt münden: In Friedrichshain ging vergangenen August ein 52-Jähriger aus Angst vor Zwangsräumung mit dem Messer auf sein Vermieterehepaar los und muss laut einem gerade gefällten Gerichtsurteil für acht Jahre in Haft. Anfang April verstellten in Berlin-Neukölln rund 70 Demonstranten einer Gerichtsvollzieherin bei einer Räumung den Weg. Mit dem Ruf „Räumung is' nich'“ demonstrierte die Gruppe Selbstbewusstsein über das Gesetz hinweg.

Der Vermieter hatte Eigenbedarf angemeldet. Aus der Szene indes schlägt ihm die Ankündigung entgegen, man werde künftig „vorbeischauen“. In der Liebigstraße 14, einem geräumten Treff Linksautonomer, hatte es Brandanschläge nach der Räumung gegeben. Galt damals das „Vorbeischauen“ eher dem szeneinternen Frustabbau, kann sich die linke Szene von den aktuellen Räumungen ein weit größeres Mobilisierungspotenzial erhoffen.

Kleinvermieter oft selbst Getriebene hartleibiger Banken

Zwar gibt es kaum verlässliche Daten zu den anstehenden Räumungsfällen, doch schätzen Experten laut „Berliner Morgenpost“ einen Anstieg von rund 9000 Fällen 2009 auf rund 11000 im Jahre 2011. Der Bereich enthält aber alles zwischen Räumung wegen Eigenbedarf und langjährigen Streitfällen. Der Berliner „Kurier“ bezifferte im Februar Berlins Räumungen auf 5000. Viel mehr noch als eine messbare Zunahme, die nur mäßig zu belegen ist, bestimmt also die öffentliche Wahrnehmung das Thema.

Carsten Brückner, Vorstandsvorsitzender der Eigentümer-Schutzgemeinschaft Haus & Grund Berlin, beteuert: „Nennenswerte Änderungen oder Zunahmen bei Räumungen sind uns nicht bekannt, der Ärger aber ist ungebrochen groß.“ Vermieter wollen demnach selten darüber sprechen: „Bei jeder Zwangsräumung gibt es immer eine sehr lange Vorgeschichte und der Gerichtsvollzieher kommt erst, wenn mindestens ein Gericht den Fall geprüft hat.“ Uwe Heinrich Rath, Jurist und Justiziar beim Vermieterschutzverein Deutschland e. V., ringt um Verständnis vor allem für die Vielzahl kleiner Privatvermieter: „Oft hat ein Vermieter lebenslang fleißig bei kleinem Einkommen von 2000 bis 3000 Euro monatlich gespart und vermietet jetzt, um im Alter selbst eine Wohnung zu haben – dann hat er einen Mieter, der nicht einmal die Kaution bezahlt und mit dem er zweieinhalb Jahre um die Miete kämpft. Den Verlust bekommt er nie ersetzt.“

Rath vertritt mit seinen Kollegen vor allem Eigner weniger Mietobjekte. Das Bild vom Großinvestor, der Mieter wegsaniert und räumt, um danach teuer zu verkaufen, trifft in der Tat nur für einen Bruchteil des Marktes zu. Vielmehr sind es die Eigentümer einer oder weniger Wohnungen, die bei auflaufenden Mietrückständen selbst schnell in finanzielle Nöte geraten. Dann drängen oft die Banken zum Handeln, zur Räumung. *Sverre Gutschmidt*

In den Hinterhof geflohen

1. Mai: CDU-Kreuzberg verzichtet nach Anschlag auf Infostand

Die CDU baut in Kreuzberg anlässlich des „Myfestes“ am 1. Mai in der Oranienstraße – meist unter Polizeischutz – seit Jahren einen Informationsstand auf. Die gute Tradition hat bei den Linksextremisten immer wieder für beträchtliche Verärgerung gesorgt: Einen CDU-Stand mitten in ihrem Aufmarschgebiet empfanden die Extremisten als unerhörte Provokation. So verübten Unbekannte erst vor wenigen Tagen einen Anschlag auf das Haus des Kreuzberger CDU-Kreisvorsitzenden Kurt Wansner (die *PAZ* berichtete).

Offenbar nicht ohne Wirkung: Obwohl in den meisten Medien berichtet wurde, der 1. Mai sei dieses Jahr „ruhig“ und „friedlich“ gewesen, hat Wansner 2013 mit der Tradition der örtlichen CDU gebrochen und keinen Infostand mehr aufgebaut. Stattdessen grillte er mit Parteifreunden versteckt im Hinterhof eines Kreuzberger Hauses.

Gefragt nach dem Grund seines Rückzuges gab sich der Politiker zugeknöpft und führte schließlich „Sicherheitsbedenken“ an. Das, obschon gut 30 CDU-Aktivisten erschienen waren, um Wansner zu unterstützen. Die meisten von ihnen waren enttäuscht, manche äußerten aber Verständnis, denn „Kurt“ war gerade in letzter Zeit Zielscheibe linksextremer Gewalttäter gewesen.

Ausländer mit rassistischem Spruch auf dem T-Shirt

Auf dem „Myfest“ ist manches anders als bei „normalen“ Volksfesten. Niemand nimmt Anstoß an rassistischen T-Shirt-Parolen von vorbeiflanierenden Ausländern. Ein dunkelhäutiger Immigrant führte ein Hemd spazieren, auf dem ein weißer blonder Kopf mit der Unterschrift „shut up“ (auf Deutsch: Halts Maul) zu sehen war – keinerlei Protest gegen den rassistischen Spruch erhob sich. Auch die sonst streng durchgesetzten Umweltauflagen spielten beim linken „Fest“ keine Rolle: Unbeanstandet vom Ordnungsamt blieb ein Imbissstand, an dem das Grillfeuer derart beißenden Geruch verbreitete, dass Passanten sich die Nase zuhalten mussten. Die Sichtweite schrumpfte im Qualm auf unter fünf Meter.

Zwar war eine große Anzahl von Polizisten im Einsatz, um den erwarteten linken Ausschreitungen entgegenzutreten. Die Exzesse der Vorjahre übertrafen die diesjährigen jedoch. Das aber lag offenbar weniger an einer plötzlich erwachten Friedensliebe der Linken. Das gewaltbereite Potenzial hatte sich diesmal vielmehr in Schöneweide versammelt, um dort eine Mai-Kundgebung der NPD zu verhindern. *T.M.*

Streit um Roma

Charlottenburgs Politiker fürchten Bürgerzorn

Ülker Radziwill, SPD-Parlamentarierin im Berliner Abgeordnetenhaus aus dem bürgerlichen Charlottenburg, sieht sich beträchlichem Widerstand von der Basis in ihrem Bezirk ausgesetzt. Hintergrund des Zwists: In Radziwills Wahlkreis soll eine Zigeunerunterkunft entstehen. Doch das Bezirksamt leistet Widerstand. Das Pikante: Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann gehört ebenfalls der SPD an und fürchtet offenbar, den Bezirk wieder an die CDU zu verlieren, die dort vor der Bankenkrise mit absoluter Mehrheit „regierte“.

Selbst die grüne Bildungsstadträtin Elfi Jantzen findet, dass der Kiez „bereits deutlich belastet“ sei. Schulen und Kitas besäßen keine weiteren Kapazitäten, noch mehr Kinder ohne Deutschkenntnisse aufzunehmen. Radzwill befürwortet das Lager dennoch.

Sie schmettert solche Bedenken ab: Es sei eher „Verunsicherung aufgrund mangelnder Information“, was ihr in ihren Bürgersprechstunden begegne, statt ernst zu nehmender Einwände. Man müsse die Anwohner deshalb „jetzt schnell einbeziehen“ und dann „nachbarschaftliche Unterstützung organisieren, damit die dort angesiedelten Familien nicht isoliert bleiben“.

Selbst SPD uneins zu Zigeunerunterkunft

Sozialstadtrat Carsten Engelmann (CDU) mag davon nichts wissen und bleibt bei der Ablehnung: „... wir werden da eine ernste Auseinandersetzung mit der Senatsverwaltung führen.“ Warum EU-Bürger, die ganz offensichtlich politisch nicht verfolgt werden, nicht nach Hause geschickt werden, wagt indes niemand offen zu fragen. So blewint die Debatte ein eigenartiger Tanz um den heißen Brei. *H.L.*

Masern breiten sich aus

Eine akute Masernepidemie in Berlin lenkt den Blick auf den allgemein schlechter werdenden Impfschutz. Schon 115 Fälle gab es dieses Jahr, ungewöhnlich viele. Akut sind 16 Menschen in der Gruppe bis 45 Jahre betroffen. „Wir haben hier bereits eine epidemische Situation“, warnt der Infektionsschutzbeauftragte des Senats, Marlen Suckau. Laut Robert-Koch-Institut sind die Impfungsraten zu niedrig. Bei der zweiten Säuglingsimpfung gegen Masern liege sie unter den erforderlichen 95 Prozent. Die AOK und die Rotarier haben am Sonnabend eine Impfaktion am Berliner Hauptbahnhof gestartet. Auch Gesundheitssenator Mario Czaja (CDU) ruft dringend zur Impfung auf. Die meldepflichtige Krankheit ist wegen der langen Ansteckungsgefahr vor wie nach dem Auftreten von Krankheitszeichen besonders gefährlich: Schon kurzer Kontakt mit Erkrankten führt garantiert zur Ansteckung mit den Viren, die erhebliche Komplikationen und Folgeerkrankungen verursachen können. *SV*

Zeitzeugen



Peter Ramsauer – Als Minister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung agiert der seit 2009 amtierende Christsoziale gleich auf mehreren höchst unterschiedlichen Baustellen: Druck über den Aufsichtsrat auf die Macher des Hauptstadtflughafens BER, Ausbau des Schienennetzes, Sanierung der Autobahnen, Ausdünnung des Schilderwaldes bei gleichzeitiger Einführung neuer Verkehrsschilder, Reform des Flensburger Punktekatalogs sowie Einführung härterer Strafen für Verkehrssünder seit April. Ein schlüssiges Verkehrskonzept des 59-jährigen Oberbayern lässt da noch auf sich warten.



Kay Nehm – Der frühere Generalbundesanwalt ist seit 2010 Präsident des Deutschen Verkehrsgerichtstages. Bei der diesjährigen Tagung in Goslar forderte der 72-jährige Flensburger schärfere Kontrollen für „Rüpel-Radler“. Nicht allein wegen dieser einseitigen Attacke auf Radfahrer wurde seine Überparteilichkeit als Präsident des Verkehrsgerichtstages wiederholt infrage gestellt.



Peter Meyer – Der Präsident des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs führt einen der größten Lobbyverbände Deutschlands. Der ADAC, dem der 63-Jährige seit 1970 angehört und dem er seit 2001 vorsitzt, hat über 18 Millionen Mitglieder. Als Mitglied der Bundesfachkommission Verkehrspolitik des CDU-Wirtschaftsrates hat er direkten Einfluss bis in Regierungsnähe.



Ulrich Syberg – Der SPD-Kommunalpolitiker der Stadt Herne ist seit 2010 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC). Im Vergleich zum ADAC sieht sich der ADFC mit seinen 130 000 Mitgliedern in der David-Rolle. Syberg wird gespannt sein, was Minister Ramsauer beim Radverkehrskongress am 13. und 14. Mai in Münster zum neuen „Radverkehrsplan 2020“ sagen wird.

Krieg auf den Straßen

Im Stadtverkehr kämpft jeder gegen jeden, doch die Politik schaut nur zu

Es wird enger auf Deutschlands Straßen. Immer mehr Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger teilen sich den öffentlichen Verkehrsraum, dessen Zustand zu wünschen übrig lässt. Wenn sich eine stets wachsende Anzahl von Verkehrsteilnehmern auf den schmalen und oft maroden Pfaden bewegt, bleiben Konflikte nicht aus.

Endlich ein Parkplatz gefunden. Während der Autofahrer in mehreren Anläufen versucht, in die enge Parklücke einzulenken, bildet sich von hinten und im Gegenverkehr ein Stau. Ergebnis: Nervöses Hupen und übelste Schimpfworte schallen aus den Autos, die unfreiwillig warten müssen, bis die Straße nach drei Minuten wieder frei ist.

Geduld und Toleranz sind auf deutschen Straßen zu Fremdwörtern geworden. Stattdessen nimmt die Aggression im Straßenverkehr immer erschreckendere Ausmaße an. Wer sich mit „Vollidiot“ oder „du Penner“ anschreien lässt, ist noch gut bedient. Immer öfter regiert das Faustrecht. In Hamburg wurde jüngst ein Autofahrer zu 300 Euro Geldbuße verurteilt, weil er im Kampf um eine Parklücke einem Arzt den Arm ausgekugelt hatte.

Mit der Aggressivität im Straßenverkehr hatte sich in diesem Jahr auch der Deutsche Verkehrsgerichtstag in Goslar auseinandergesetzt. Als Gegenmittel wurden eine bessere Verkehrsüberwachung und strengere Strafen empfohlen.

> Die Straßen halten den Belastungen der Zukunft nicht stand

Über die Ursachen des Rowdytums haben sich aber weder die Verkehrsexperten noch die Politiker bislang viele Gedanken gemacht. Wenn es auf den Straßen enger wird, löst das schnell Konflikte aus. Experten schätzen, dass bis zum Jahr 2020 die Anzahl der Pkw um 20 und die der Lkw um 34 Prozent steigen wird. Erschwerend hinzu kommt ein größerer innereuropäischer Durchgangsverkehr auf Deutschlands Straßen. Immer breiter werdende Geländelimousinen tun ein Übriges dafür, dass es im Stadtverkehr eng wird.

Ein großes Problem stellt auch der rasante Anstieg des Fahrradverkehrs dar. Bundesweit sattelt die Bevölkerung aufs Rad um. In Berlin etwa hat sich der Anteil der Radfahrer am Gesamtverkehrsaufkommen innerhalb von zehn Jahren auf mehr als 13 Prozent verdoppelt. Bis 2025 rechnet der Senat sogar mit einer Steigerung auf 18 Prozent.

Was auf den ersten Blick als Entlastung des Stadtverkehrs erscheint – je mehr Rad-, desto weniger Autofahrer –, sorgt aber erst recht für Konfliktstoff auf den Straßen. Denn der zögerliche Ausbau der Velowege hält nicht mit dem immensen Anstieg des Radverkehrs mit. Und wenn es zu Engpässen kommt, etwa weil ein Fahrradweg entweder im holprigen Zustand einer Buckelpiste oder zugeparkt ist, dann weichen Radler notgedrungen auf Straßen oder Fußwege aus.

„Radfahrer sind die Pest“, entfuhr es kürzlich vor einem Hamburger Gericht einem Autofahrer, der eine Radfahrerin angefahren hatte. Umgekehrt denken sicherlich auch Radler über die rücksichtslos parkenden, ohne Blinklicht abbiegenden und wild wendenden motorisierten Verkehrsbehinderer. Tatsächlich muss man als Verkehrsteilnehmer in der Stadt immer konzentrierter fahren. Eine eingebaute Vorfahrt gibt es weder für den einen noch für den anderen.

Wer nur auf die „Fahrradrüpel“ schimpft, übersieht leicht, dass es auch Rüpel unter Autofahrern gibt. Solange nicht von politischer Seite ein tragfähiger Ausbau des Verkehrswegenetzes vorangebracht wird, der den Belastungen der Zukunft standhält, sollte man einfach seinen Frieden mit dem jeweils anderen Verkehrsteilnehmer machen. *Harald Tews*



Alltäglicher Frust im Straßenverkehr: Beim täglichen Überlebenskampf auf Deutschlands Straßen würde wohl so mancher Autofahrer mit niedriger Toleranzschwelle am liebsten das Faustrecht einführen Bild: Caro

Es gibt Mittel und Wege für alle

Dass sich in Städten, in denen jeder Quadratmeter verbaut ist, Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger gegenseitig in die Quere kommen, scheint unvermeidlich. Doch schon ein Blick nach Münster oder Freiburg zeigt, dass es auch anders geht, laufen hier die Zonen der drei Gruppen von Verkehrsteilnehmern weitgehend getrennt voneinander ab.

Noch einen Schritt weiter geht Kopenhagen, die wohl verkehrsfreundlichste Stadt Europas. Es ist ein Fahrradparadies, weil es hier breite Fahrrad-Highways gibt, auf denen man bei grüner Welle an den Radampeln nonstop vorankommt. Und es ist auch ein Auto- und Fußgängerparadies, weil Radler sich nun nicht mehr zwischen Fußgängern oder Autos hindurchschlängeln müssen.

> Verkehrsplanung heißt: Löcher stopfen

Obgleich in Kopenhagen nicht immer das fahrradfreundlichste Wetter herrscht, liegt der Anteil des Rades am Stadtverkehr bei 40 Prozent. Nicht möglich in Deutschland? Würde man hier eine ähnliche Verkehrsplanung vornehmen, so würden sich noch mehr als die zirka zehn bis 13 Prozent Radfahrwilligen in den hiesigen Städten aufs Rad aufschwingen. Doch die Realität ist ernüchternd. Wenn man noch nicht einmal fähig ist, die Straßenlöcher zu stopfen, von denen auf Landstraßen sogar noch viele vom vorletzten Winter klaffen, dann ist an eine zukunftsträchtige Verkehrsplanung erst recht nicht zu denken.

Es wird langsam Zeit, andere Prioritäten zu setzen: weg von teuren Prestigebauten wie Stuttgart 21, Flughafen Berlin-Brandenburg oder Elbphilharmonie und hin zu lebenswerteren Städten und Gemeinden. Nach einer Prognose des dänischen Verkehrsministeriums spart das Kopenhagener Radwegenetz übrigens langfristig bis zu 40 Millionen Euro an Gesundheitskosten. Denn wer sich bewegt, bleibt fit und ist seltener krank. *tws*

Vignette, Maut oder Steuer

Autofahrer müssen sich langfristig auf Erhöhungen einstellen

Es ist der ganz alltägliche Wahnsinn. Tausende Pendler quälen sich über Deutschlands Bundes- und Landstraßen, auf denen besonders nach dem langen Winter Schlaglöcher en masse zutage treten. Die gröbsten Straßenunebenheiten werden notdürftig geflickt. Für die notwendige Grundsanierung, so heißt es, fehle das Geld.

Stressgeplagte Berufstätige, die sich tagtäglich Dutzende Kilometer über ein marodes und verstopftes Straßennetz zu ihrem Arbeitsplatz quälen müssen, können ein Lied davon singen, wie nervig es ist, für eine Strecke, die man bei normalem Verkehrsfluss in einer Dreiviertelstunde zurücklegen könnte, die doppelte Zeit zu benötigen. Der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Rad ist schlichtweg nicht möglich, weil der Weg per Drahtesel zu weit ist und die Bahn am Wohnort nicht hält.

Wie in Schleswig-Holstein wurden in den vergangenen Jahren im Speckgürtel Hamburgs auch in Niedersachsen Menschen hinaus aufs Land gelockt, wo die Grundstückspreise im Vergleich zur Hansestadt günstiger sind. Begleitet wurden die Angebote stets mit dem Versprechen, die Infrastruktur dem gestiegenen Bedarf anzupassen. Pendler hofften auf den Ausbau des Straßen- und Bahnnetzes.

An der Bahnlinie Hamburg–Lübeck beispielsweise, die ans S-Bahnnetz angeschlossen werden soll, konnte jedoch eine bereits fertiggestellte Haltestelle im Ortsteil

> Finanzierung auf dem Rücken der erwerbstätigen Bürger

Ahrensburg-Gartenholz nicht in Betrieb genommen werden, weil eine EU-Richtlinie nicht eingehalten wurde. Die umstiegswilligen Pendler mussten sich weiter über das marode Straßennetz quälen. Wie ernst die Lage ist, zeigt der Fall der Landesstraße 205 zwischen Büchen-Dorf und Sarnekow im Kreis Herzogtum Lauenburg. Hier hat der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr die zwölf Kilometer lange Strecke sogar vollständig gesperrt, weil sie nicht mehr verkehrssicher ist.

Seit Längerem denken Politiker laut über die Einführung einer Pkw-Maut nach, weil die Einnahmen des Bundes aus der Mineralöl- und Kfz-Steuer sowie der Lkw-Maut nicht mehr ausreichten, um die notwendigen Investitionen zu schultern. Laut einem Gutachten des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK) fehlen in Deutschland jährlich bis zu 5,6 Milliarden Euro, um den Bedarf für Ausbau, Neubau, Erhaltung und Betrieb der Bundesfernstraßen zu decken.

Der ADAC sieht eine klaffende Lücke zwischen dem wachsenden Verkehr und den stagnierenden Ausgaben. Dabei ist eigentlich genügend Geld vorhanden. Über spezifische Steuern und Abgaben von den Autofahrern nimmt der Bund laut ADAC jährlich etwa 53 Milliarden Euro ein, gibt für den Erhalt und Ausbau der Straßen jedoch nur 19 Milliarden Euro aus. Das heißt, rund zwei Drittel der Einnahmen werden für andere Zwecke als für die Straßeninfrastruktur verwendet. Damit nicht genug: Laut BWIHK scheint sicher, dass auf die Autofahrer entweder Kosten für Pkw-Vignetten in Höhe von 114 bis 227 Euro zukommen, eine Pkw-Maut oder eine allgemeine Erhöhung der Kfz-Steuer. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9897**

Deutschland die Hände gebunden

Bundesinnenminister Friedrich wehrt sich gegen die von der EU verordnete Sozialzuwanderung

Während Deutschland und Großbritannien wegen steigender Zahlen von Armutsflüchtlingen aus Bulgarien und Rumänien die EU um Hilfe bitten, kann man in Brüssel partout kein Problem erkennen. Mit einem Trick soll nun sogar noch mehr Zuwanderung erzwungen werden.



Unter dem Dach des Alten Güterbahnhofs im Görlitzer Park, Berlin: Sinti und Roma haben sich häuslich eingerichtet Bild: DAVIDS

Fast bizarr mutet der Streit an, der aktuell zwischen den Innenministern Deutschlands, Österreichs, der Niederlande und Großbritanniens einerseits und der EU-Kommission andererseits entbrannt ist. Die vier Minister – unter ihnen der Deutsche Hans-Peter Friedrich (CSU) – haben in einem Brief Brüssel eindringlich um Hilfe wegen steigender Zuzugszahlen von Armutsflüchtlingen aus anderen EU-Ländern gebeten. Ohne dass Länder konkret genannt werden, ist allen Beteiligten klar, um welche Herkunftsländer es sich beim sogenannten Sozialtourismus vor allem handelt, nämlich um Rumänien und Bulgarien.

Ein Blick ins Ruhrgebiet oder nach Berlin genügt, um zu sehen, was Bundesinnenminister Friedrich oder seine britische Kollegin Theresa May Sorgen bereitet. Schon jetzt klagen immer mehr Kommunen über die Belastungen durch die Zuwanderung Tausender Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Fallen Anfang 2014 die letzten offiziellen Zuzugsbeschränkungen, die beim EU-Beitritt der beiden Balkanländer vereinbart worden waren, könnte eine Massenwanderung einsetzen, so die Befürchtung. Geklagt wird von den Innenministern über deutliche Zusatzkosten durch die Bereitstellung von Schulunterricht, Gesundheitsfürsorge und Unterbringung, oft genug auch durch Sozialhilfe. Allerdings nicht nur das, selbst in Fällen, in denen ein Missbrauch von Sozialleistungen offensichtlich ist, bindet das geltende Recht den Nationalstaaten die Hände. Werden betreffende EU-Bürger ausgewiesen, dann steht – zumindest nach aktueller Auslegung von EU-weiter Freizügigkeit – einer Wiedereinreise schon am nächsten Tag nichts im Wege, selbst wenn bei der Beantragung von Sozialhilfe Betrug oder Dokumentenfälschung nachgewiesen wurde. Folgerichtig ist demzufolge die Forderung, das EU-Recht praxistauglicher zu machen, um den allzu dreisten Missbrauch der Sozialsysteme zu verhindern. Innenminister Friedrich will darüber hinaus das Thema Sozialtourismus insgesamt diskutiert wissen: „Bedeutet Freizügigkeit in Europa, dass Menschen überall aus Europa, die glauben, dass sie von Sozialhilfe in Deutschland besser leben können als in ihren eigenen Ländern, nach Deutschland kommen?“ Der Konter der EU-Kommission auf den Vorstoß kam prompt. Die von einigen Ländern angezeigte Wahrnehmung entbehre jeder reellen Grundlage, so ein Sprecher der Kommission. Man sehe keinen Handlungsbedarf.

Inzwischen ist Brüssel sogar in die Offensive gegangen. Ein von EU-Sozialkommissar Laszlo Andor vorgelegter Entwurf zur Förderung der „Arbeitnehmermobilität“ legt den Eindruck nahe, als wolle Brüssel die Zuwanderung in einige EU-Länder mit attraktivem Sozialsystem regelrecht erzwingen. Nach Andors Vorstellungen sollen alle Mitgliedsländer verpflichtet werden, nationale Informationszentren einzurichten. EU-Bürger sollen dort nicht nur allgemein über Einwanderungsmöglichkeiten in das jeweilige EU-Land informiert werden, sondern auch über Ansprüche an das jeweilige Sozialsystem soll aufgeklärt werden. Glauben EU-Ausländer, auf dem Arbeitsmarkt, im Steuer- oder Sozialsystem des Einwanderungslandes benachteiligt zu werden, sollen sie leichter Möglichkeiten bekommen, gegen die vermeintliche Diskriminierung vorzugehen. Welche politische Sprengkraft in derartigen Plänen steckt, hat inzwischen Großbritanniens Premier James Cameron zu spüren bekommen. Bei den Kommunalwahlen in England und Wales Anfang Mai mussten seine Konservativen herbe Verluste einstecken, während die EU-kritische Ukip auf Anhieb in mehreren Wahlkreisen zur zweitstärksten Partei aufgestiegen ist.

> Staaten sollen über Sozialansprüche aufklären

Umso unverständlicher ist die Haltung der EU-Kommission zum Thema Sozialtourismus. Bleibt Brüssel dabei, dass es sich dabei um ein „Nicht-Problem“ handelt, oder werden gar die „Mobilitätspläne“ des EU-Kommissars Andor Realität, dann liefert Brüssel EU-Kritikern wie Nigel Farages Ukip Wahlkampfmunition für die Wahlen zum Europaparlament 2014 frei Haus. Das gilt umso mehr, als die eigentliche Belastungsprobe mit der vollen Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren Anfang 2014 erst noch bevorsteht.

Hermann Müller

MELDUNGEN

ZDF will billigen Journalismus

Mainz – Dass die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten längst nicht mehr für Qualitätsjournalismus stehen, beweist erneut das ZDF. Zur kommenden Bundestagswahl im September will der Sender einen „Faktencheck“ präsentieren, in dem die Wahlkampfaussagen von Politikern unter die Lupe genommen werden. Die Inhalte des „Faktenchecks“ sollen Autoren des wegen seiner politischen Einseitigkeit umstrittenen Internetlexikons „Wikipedia“ liefern. Das ZDF will die Ergebnisse multimedial in verschiedenen Formaten in die Berichterstattung einbringen. Viele der unentgeltlich arbeitenden Laien-Journalisten wollen sich jedoch nicht für das Projekt missbrauchen lassen. Sie kritisieren, der Sender suche billige Arbeitskräfte, die an Stelle der nicht mehr vorhandenen regulären Journalisten Inhalte erstellen sollten. *J.H.*

»Islam muss man nicht mögen«

Köln – Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, sieht derzeit keine Anhaltspunkte für eine Beobachtung des islamkritischen Internetblogs „PI News“. Im Gegensatz dazu wird „PI News“ seit Ende März 2013 vom bayerischen Landesverfassungsschutzamt beobachtet, weil es mit seiner deutlichen Islamkritik die Menschenwürde von Muslimen verletze, pauschale Ängste vor ihnen schüre und das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion bedrohe. Maaßen zeigt sich in dieser Frage wesentlich toleranter. Er sagt: „In Deutschland darf man sagen, dass man den Islam nicht mag, genauso wie man sagen darf, dass man das Christentum nicht mag.“ *J.H.*

Größenwahn im Keller

Bundestag plant unterirdisches Besucherzentrum

Der Deutsche Bundestag will ein Besucher- und Informationszentrum errichten. Mehr als 250 Millionen Euro Steuergeld droht der Bau zu kosten, denn er wird unter der Erde errichtet. Selbst manchen Politikern ist das jetzt zu teuer. Der „wunderbare Blick auf das Reichstagsgebäude“ dürfe durch ein Besucherzentrum nicht beschädigt werden, sagte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) noch 2012. Mit einer Machbarkeitsstudie probten also der Bund und das Land Berlin, einen entsprechenden Ort für die Bürger unterirdisch anzulegen. Die Studie gab grünes Licht. Der Bürger soll vor seinem Blick auf die Politiker gewissermaßen in den Keller geschickt werden. Verbunden mit Informationsangeboten über die deutsche Geschichte sollen die Besucher unter der Erde einer Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Bisher geschieht die Prüfung am Eingang und blicken die Gäste danach von der Kuppel und der Dachterrasse auf die Politiker herunter.

Seit Herbst letzten Jahres regt sich Unmut unter Haushaltspolitikern über die neue teure Unterwelt. „Ich habe mir schon bei der ersten Präsentation gedacht, mit dem Geld könnte man fast ein Fußballstadion bauen“, zitiert der „Spiegel“ Norbert Barthle (CDU), Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Unzufriedenheit des Steuerzahlers hingegen dürfte noch größer ausfallen, denn alle offiziellen Versuche, das Projekt günstiger umzusetzen, änderten kaum etwas an den immensen Kosten. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung nennt laut „Berliner Kurier“ inzwischen eine „prognostizierte Gesamtsumme“ von 215 Millionen Euro. Das Blatt ätzte: „Deutschland baut sich einen Demokratie-Bunker“. In der Summe seien allerdings 25 Millionen Euro für eine entsprechende Ausstellung plus weitere acht Millionen für die Anbindung an das Parlamentsgebäude noch nicht inbegriffen, so das Blatt.

> Die Gesamtkosten liegen bei einer Viertelmilliarde Euro

Schon die reine Größe des am Washingtoner Kapitol ausgerichteten Vorhabens verblüfft: Ein 360-Grad-Kino, ein eigenes Bistro, ein Geschäft mit Bundestagsartikeln, ein Kinderbereich und zehn Seminarräume umfasst selbst der abgespeckte Plan. Nach einer vermeintlichen Sparvariante soll das Besucher- und Informationszentrum unterhalb des Platzes der Republik nicht mehr direkt mit dem Reichstag unterirdisch verbunden sein. Dafür muss nun vor dem Westportal eine Rampe geplant werden. So bleiben rund 10000 Quadratmeter unterirdischer Baufläche, verteilt auf zwei Geschosse. Für 1000 Besucher gleichzeitig ausgelegt, bietet das neue Zentrum sofort Anlass für weitere Kritik, denn an dem anschließenden Rundgang über die Kuppel können nur maximal 600 Personen teilnehmen. Die Bürger werden somit unterirdisch geparkt. Die Begehrlichkeiten der Politik halten hingegen an. Ilja Seifert (Linke), Mitglied der Baukommission, forderte, „auch Veranstaltungen mit vielen mobilitätseingeschränkten Menschen“ möglich zu machen.

Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) mahnte indes „von Anfang an Kostenwahrheit und Kostenehrlichkeit“ an. Die ist angesichts der jüngsten Erfahrungen mit politischen Großbaustellen alles andere als sicher. Eine endgültige Entscheidung wird nicht vor der Bundestagswahl im Herbst erwartet. *SV*

Im Griff der Mafia

Straff organisierte Familienclans werden zur Bedrohung

Die Diskussion um den Skandalrapper Bushido und seine Verbindungen zum kriminellen arabischen Untergrund lenken die Aufmerksamkeit auf das lange nicht in seinem wahren Ausmaß erkannte Problem „Mafia in Deutschland“. Sie bildet ein weit verzweigtes Gestrüpp von Gruppen, das im Verborgenen wuchert, Verbrechen organisiert, Schmuggel, Betrug, Diebstahl, Raub, Glücksspiel, Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche und Prostitution betreibt, Zeugen besticht, Richter und Staatsanwälte bedroht sowie Schutzgelder kassiert. Jetzt schlägt auch das Landeskriminalamt Niedersachsen Alarm: Kriminelle Familienclans seien ein „flächendeckendes Problem“. Vor allem habe die Bereitschaft zu Gewalt sprunghaft zugenommen. Die Gruppen basieren meist auf einem ethnischen Hintergrund. Da gibt es die klassische italienische Mafia, die Türkenmafia, die Kurdenmafia, die Serbenmafia, die Russen- und die Albanermafia und die über Großfamilien operierende arabische Mafia. Nach Einschätzung von Experten hat sich Deutschland als ein „Schlaraffenland“ für das organisierte Verbrechen erwiesen – in jüngster Zeit vor allem für den Frauenhandel zum Zweck der Zwangsprostitution.

Die klassischen Standbeine der italienischen Mafia sind der Drogen- und der Waffenhandel. Hinzu kommen Giftmüllentsorgung, die Bauindustrie, Immobilien und öffentliche Aufträge aller Art. Subventionsgelder abzukassieren ist eine Spezialität der Mafia. Deutschland ist für sie in erster Linie interessant für die Geldwäsche, dazu eignen sich öffentliche Aufträge bestens. Für die Chinesen operieren Banden, die sich nach dem Vorbild der sogenannten Triaden organisiert haben und beispielsweise chinesische Restaurantbesitzer mit Schutzgeldern quälen. In Europa sollen diese Triaden 250000 Mitglieder haben und jährlich mehr als zwölf Milliarden Euro Gewinn machen. Die Polizei schätzt, dass die rund 150 Besitzer chinesischer Restaurants in Hamburg fast ausnahmslos Schutzgelder abführen. Der europäische Heroinmarkt wird von international organisierten Gruppen kontrolliert, unter denen türkische und kurdische Organisationen nach wie vor das Sagen haben. Allerdings haben albanische Banden ihren Anteil am Rauschgiftmarkt im Allgemeinen und speziell am Heroinmarkt kontinuierlich vergrößert.

> Eine Bekämpfung ist nur noch in Teilbereichen möglich

Drei Faktoren haben zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen: Die Anwesenheit von Albanern in nahezu allen westeuropäischen Ländern, die Existenz vieler Erscheinungsformen organisierter Kriminalität unter Albanern und das Bestreben einiger Gruppen, aus Albanien, dem Kosovo und Teilen Mazedoniens ein selbstständiges Groß-Albanien zu schaffen. Nach aller Erfahrung dient Rauschgifthandel auch den Albanern dazu, Geld für den politischen wie den bewaffneten Kampf zu beschaffen. Noch nie hat sich im deutschen kriminellen Milieu aus einer so kleinen Volksgruppe heraus in so kurzer Zeit eine so starke illegale Energie entfaltet. Überall, wo Banden „ethnischer Albaner“ operieren, ist aus Kripo-Kreisen zu hören: "Sie drohen eher, sie prügeln eher und sie schießen eher."

Die Besorgnis der Landeskriminalämter nimmt zu. Ihr Problem: Die Bekämpfung der kriminellen Parallelgesellschaften ist wegen der komplizierten und weitverzweigten Familienstrukturen über die Landesgrenzen hinweg nur noch in Teilbereichen möglich.

Joachim Feyerabend

MELDUNGEN

EU-Kritiker erfolgreich

London – Bei den Regionalwahlen in Großbritannien hat die United Kingdom Independence Party (Ukip) von Nigel Farage einen Überraschungserfolg erzielt. Die Euro-skeptische Partei erreichte durchschnittlich 23 Prozent. Drei von vier Stimmen für die Ukip sind dabei zulasten der Konservativen gegangen, die große Einbußen hinnehmen mussten. Die Ukip setzt sich neben dem EU-Austritt für eine Erhöhung der Militärausgaben sowie Investitionen in die Kernenergie ein, lehnt die staatliche Finanzierung von Klimaschutz ab und wendet sich gegen Überfremdung. Das gute Abschneiden der Ukip könnte für künftige Europawahlen richtungweisend sein. Bereits 2009 erzielte sie 16,5 Prozent der Wählerstimmen und damit 13 Sitze im Europäischen Parlament. *J.H.*

Überfallopfer supendiert

Brüssel – Der Fernsehsender RTL Belgien hat seinen Wettermoderator Luc Trullemans wegen ausländerfeindlicher Äußerungen vom Dienst suspendiert. Trullemanns war vor einer Woche von vier Arabern angegriffen worden. Nach eigenen Angaben war er langsam durch die Stadt gefahren, als er von hinten bedrängt wurde. Das andere Auto habe ihn dann überholt und ausgebremst. Die Insassen seien ausgestiegen, hätten ihn beschimpft und gegen die Autotür getreten. Anschließend hätten sie ihn bis zum Parkplatz des Senders verfolgt. Trullemans rechtfertigt sich: „Sie haben geschrien, sie wären hier bei sich zu Hause und ich sei nur ein kleiner Belgier.“ Der Angriff habe ihn so schockiert, dass er seine Wut auf Facebook herausgelassen habe. Inzwischen haben sich tausende Facebook-Nutzer mit ihm solidarisiert. *J.H.*

Kasachstan zeigt Selbstbewusstsein

Nasarbajew sagt USA am Kaspischen Meer Nato-Stützpunkt zu – Russland irritiert

Seit Kurzem ist Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew an einer intensiveren Zusammenarbeit mit den USA interessiert. Die Ankündigung, den Amerikanern den Hafen „Aqtau“ als Drehkreuz für Militärtransporte aus Afghanistan zur Verfügung zu stellen, lässt den bisherigen engen Partner Russland aufhorchen.



Hat konkrete Erwartungen an die USA: Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew (l.) mit Barack Obama (r.) Bild: pa

Kasachstan ist ein Land mit reichen Vorkommen an Bodenschätzen, die es aus eigener Kraft nicht gewinnen kann. Deshalb spielt die Suche nach einem finanzkräftigen Partner eine Schlüsselrolle in der kasachischen Politik. Dieser war in der Vergangenheit Russland, zu dem Nasarbajew, der das Land seit 1991 autoritär regiert, stets gute Beziehungen unterhielt.

Für Russland ist Kasachstan nicht nur wegen seiner Öl- und Gasvorkommen ein wichtiger Wirtschaftspartner, sondern auch geostrategisch wegen seiner Lage am Kaspischen Meer von Bedeutung. Der russische Konzern Gazprom investierte in Ölförderanlagen und baute ein Tankstellennetz. Weil Moskau aber nicht in Förderanlagen zur Gewinnung von Rohstoffen vom Grund des Kaspischen Meeres investieren will, suchen die Kaspi-Anrainer, allen voran Turkmenistan, andere Investoren.

Nasarbajew, dessen Politik bislang als ausgeglichen galt, scheint den Konflikt mit Russland nicht zu scheuen. Selbstbewusst begrenzt das durch Petrodollars reich gewordene Astana den Import von Ölprodukten aus Russland und lässt für den Transport nur noch kasachische Firmen zu. Zur Begründung heißt es, Russland zahle für kasachisches Öl weniger als es beim Weiterverkauf erhalte, streiche sich die Differenz ein, Geld, das dem kasachischen Haushalt fehle.

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass Nasarbajew eine engere Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem mit den USA, anstrebt. Im April gab er bei einem Außenministertreffen zum Thema Afghanistan bekannt, dass er den USA den Hafen „Aqta“ als Drehkreuz für Militärtransporte zur Verfügung stellen wird. Zurzeit besucht eine Delegation von kasachischen Parlamentariern Washington und New York, um über eine Festigung der kasachisch-amerikanischen Beziehungen zu sprechen, die auch in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht intensiviert werden sollen. Die kasachische Regierung sagte bei der Aufklärung des Boston-Attentats Hilfe zu. Zwei Kasachen wurden festgenommen, weil sie Beweismaterial vernichtet hatten. Ihnen drohen fünf Jahre Haft in den USA.

Nasarbajew fährt zurzeit mehrgleisig. Während er sich mit dem russischen Außenminister Sergej Schojgu traf, um eine erweiterte Zusammenarbeit in Sachen Raketenschutzschild zu vereinbaren, weilte Außenminister Jerlan Idrisow in Brüssel, wo er sich mit Anders Fogh Rasmussen traf, um mit dem Nato-Generalsekretär über ein Partnerschaftsprogramm zwischen Kasachstan und der Nato zu verhandeln. Welche Auswirkungen die Abfuhr an Gazprom und die Zugeständnisse an die USA für die Zollunion mit Weißrussland und Russland haben, ist noch ungewiss.

Russland zeigt sich irritiert. Experten glauben, dass, wenn Aqtau eine Basis des Pentagons wird, die Sicherheit im Kaspi-Raum bedroht wäre. Vor sieben Monaten fand in Aqtau eine internationale Konferenz mit dem Titel „Paradigmen der internationalen Zusammenarbeit am Kaspischen Meer“ statt. Vertreter der Kaspi-Anrainerstaaten besprachen, wie man eine Militarisierung am Kaspischen Meer verhindern könne, wie der Boden und das an Rohstoffen reiche Schelf aufzuteilen seien und wie die ökologischen Ressourcen des austrocknenden Sees geschützt werden könnten. Die Aufteilung des Kaspischen Meeres, bei der es vor allem um die Verteilung der Öl- und Gasvorkommen geht, war nach dem Zerfall der Sowjetunion lange ein Streitpunkt, eine endgültige Lösung fehlt bis heute. An den Streitigkeiten sind Aserbaidschan, Kasachstan, Tadschikistan, aber auch der Iran und Russland beteiligt, in deren geopolitischen Interessensbereich die Kaspi-Region fällt.

Sicherheit am Kaspischen Meer gefährdet?

Die heutige Regelung des Grenzverlaufs basiert auf einer sowjetisch-iranischen Vereinbarung von 1921 und 1940. Demnach dürfen lediglich Boote von Kaspi-Anrainern den See befahren. Ebenso gibt es eine trilaterale Vereinbarung zwischen Russland, Aserbaidschan und Kasachstan über eine Zone, innerhalb derer die Anrainer auf dem Boden des Meeres mineralische Bodenschätze gewinnen dürfen. Der freie Zugang der Amerikaner zum Kaspischen Meer werde die Lage an Russlands Südgrenze verkomplizieren, weil Moskau nicht nur mit erheblichen wirtschaftlichen, sondern auch mit militär-strategischen Verlusten rechnen müsse, so Beobachter. Wenn die USA und die EU ihre Interessen an kaspischen und zentralasiatischen Ressourcen geltend machen, indem sie Länder wie Turkmenistan, die nur zu bereitwillig die Interessen der übrigen Kaspi-Anrainer ignorierten, zu einer Umgehung Russlands ermuntern, werde dies nur die Gefahr von militärischen Konflikten erhöhen. Es sei damit zu rechnen, dass Russland und der Iran, der den Kreml in dieser Frage unterstütze, mit mehr Militärpräsenz in der Region antworten würden.

Ob sich amerikanische Investoren finden werden, die Geld in Fördertechnik stecken wollen, die sich oft erst nach vielen Jahren amortisieren, bleibt fraglich. Kasachstan hatte auch deutsche Unternehmer gelockt, doch die zögerten. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Prag täuscht und trickst

Widerstand gegen die Restitution enteigneten Kirchenbesitzes

Seit Juli 2012 besteht das tschechische Gesetz zur Rückgabe von enteignetem Kirchenbesitz. Am 1. Januar 2013 trat es in Kraft, zeigte aber bis jetzt keine Wirkung, wofür Petr Stovicek, Chef des Staatlichen Katasteramts, eine karnevaleske Begründung vorbringt: „Oft sind die Dokumente deutsch verfasst, in Schwabacher oder Kurrentschrift, die kaum jemand lesen kann“.

Ähnlich gehe es den Kirchen, so Joel Ruml, Präsident des Ökumenischen Kirchenrats. Sie brächten die für Entschädigungen nötigen Dokumente kaum zusammen, so gehe alles sehr langsam. Dabei ist das Gesetz knapp und präzise: Kirchenbesitz wird rückerstattet, der zwischen dem 25. Februar 1948 und dem 1. Januar 1990 enteignet wurde. In den kommenden fünf Jahren betrifft das Wälder, Äcker und Immobilien im Gesamtwert von 75 Milliarden Kronen (knapp drei Milliarden Euro). Nicht rückgabefähiger Besitz wird finanziell entgolten, wofür der Staat binnen 30 Jahren 59 Milliarden Kronen (2,3 Milliarden Euro) aufbringen wird. Im Gegenzug werden Staatszuwendungen für Kirchenarbeit, Gehälter und so weiter so heruntergefahren, dass „die Kirchen nach 17 Jahren völlig unabhängig von Staat und Staatshaushalt sind“.

Hinter dem Datum 25. Februar 1948, dem Tag der kommunistischen Machtübernahme in Prag, witterte der damalige Staatspräsident Václav Klaus eine Vorlage für die Ansprüche deutscher Vertriebener, denen ab 1945 alles genommen worden war. Premier Petr Necas beruhigte ihn brieflich im September 2012, es gehe um Wiedergutmachung kommunistischen Unrechts, zuvor enteigneter Besitz stehe nicht zur Disposition. Andere, wie der Wiedergutmachungsexperte Tomas Temin, schauen dagegen genauer hin: Natürlich hätten Beneschs „Konfiskationsdekrete“ Nr. 12 und 108/1945 deutschen Ordensgemeinschaften allen Besitz weggenommen, aber damals hätten auch Tschechen gelitten, zumal Enteignungen oft erst in den 1950er Jahren in Grundbüchern eingetragen worden seien. Damaliges Chaos ist bis heute spürbar und „die letzte Entscheidung werden Gerichte fällen müssen“, sagt der Abgeordnete Marek Benda. Vlastimil Tlusty, ehedem Finanzminister, und andere fürchten, dass mit neuen Prozessen alte Ansprüche von Sudetendeutschen auf den Tisch kommen könnten.

Die Mehrheit der Tschechen ist gegen Wiedergutmachung

Der „Kompromiss“, Benesch-Enteignungen seien unter „demokratischen Verhältnissen“ erfolgt, wird brüchig, da tschechische Kirchen bereits 1947 durch die Bodenreform Verluste erlitten. Da helfen auch Propagandalügen nichts, wonach Grundbesitz der katholischen Kirche die Beute von „Hexenprozessen in vorwiegend deutschen Gebieten“ gewesen sei.

Eile ist geboten, denn bis zum 2. Januar 2014 müssen 16 betroffene Kirchen ihre Ansprüche anmelden, damit diese bis Ende 2016 befriedigt werden können. Seit Januar 2013 trafen 156 Anträge auf Rückgabe von 8676 Ländereien und 23 Gebäuden ein. Weitere Forderungen auf 30 000 Hektar Acker, 142 000 Hektar Wald, 900 Gebäude und weiteren Grundbesitz folgen. Noch wurde kein einziges Grundstück zurückgegeben. Das Verfassungsgericht berät eine Klage von drei Abgeordneten, in der Politik macht eine linke Koalition gegen die Wiedergutmachung als „Diebstahl des Jahrhunderts“ mobil und der Waldwirtschaft verfallen die Holzpreise, da mit der Restitution von elf Prozent aller Waldbestände die staatlichen Subventionen wegfallen. *W.O.*

Scharia-Terror in London

Islamistengruppe will eigene Rechtsordnung durchsetzen

Die Aktivitäten einer islamistischen Gruppe namens „Muslim Patrol“ haben in Großbritannien die Diskussion um die zunehmende Ausbreitung der Scharia, der islamischen Rechtsordnung, wieder hochkochen lassen. Zwei Videos, die seit Kurzem im Internet kursieren, zeigen, wie vermummte Mitglieder der „Muslim Patrol“ durch Straßen des Londoner East Ends ziehen und im öffentlichen Raum die Einhaltung der Scharia erzwingen. Bei den Bemühungen, ihre muslimischen Gegenden „halal“, also „rein“, zu halten, werden von den islamischen Sittenwächtern Frauen in Miniröcken, Betrunkene oder Homosexuelle angepöbelt und aus dem Viertel verjagt.

In einem der von den Islamisten selbst gedrehten Videos wird beispielsweise gezeigt, wie nachts eine Bushaltestelle demoliert wird, an der eine Werbetafel für Damenunterwäsche hängt. Während von den vermummten Islamisten das Werbeplakat weggerissen und angezündet wird, ist das Video mit gesungenen Koranversen unterlegt. Noch extremer ist ein zweites Video: Eine Frau im Minirock wird beschimpft, weil sie sich in der Nähe einer Moschee aufhalte und „anzüglich gekleidet“ sei, so der Vorwurf. Die Entgegnung der Frau, dies sei Großbritannien, hier hätten Frauen Rechte, wird von den Islamisten umgehend gekontert: „Dies ist kein so großes Britannien. Wir respektieren niemanden, der Allah nicht gehorcht.“ Recherchen des Magazins „Commentator“ zufolge scheinen von „Muslim Patrol“ noch weitere Aktionen gefilmt worden zu sein. Da diese Videos aber gegen die Bedingungen des Internetportals YouTube verstoßen hätten, seien sie für die Veröffentlichung gesperrt worden. Ein Indiz dafür, dass ihr Inhalt extrem beleidigend oder gewalttätig gewesen sein könnte.

Muslimbruderschaft fordert Andalusien und Balkan zurück

Zumindest offiziell werden die Aktivitäten der „Muslim Patrol“ sogar von der Ostlondoner Moschee abgelehnt. „Sie haben großen Schaden in der muslimischen Gemeinschaft angerichtet und schüren den Islamhass“, so ein Sprecher der Moschee. Anderen Teilen der islamistischen Szene gehen die Patrouillen dagegen noch nicht weit genug, sie wollen grundsätzliche Änderungen in der Gesellschaft: „Wir glauben, dass eine kleine Gruppe nichts an Problemen wie Alkohol, Nacktheit und Prostitution ändern kann, solange der Westen diese Dinge erlaubt“, so Abu Usamah von der Kampagne „Shariah-Project“, die auf Londons Straßen regelmäßig gegen Alkohol und Prostitution demonstriert.

Während spektakuläre Aktionen wie die der „Muslim Patrol“ im Internetzeitalter schnell publik werden, bleiben andere Entwicklungen, die langfristig ebenso eine Wirkung entfalten werden, oft unbeachtet. Aufmerksamkeit verdient hätte etwa ein Artikel, der von der Islamic Society of North America, einem Ableger der Muslimbrüderschaft, unlängst in den USA veröffentlicht wurde. In dem Aufsatz war ganz offen die Rückkehr des spanischen Andalusien unter islamische Herrschaft gefordert worden. Ungeachtet der Tatsache, dass Christen und Juden als „Dhimmis“ galten – als minderwertige Bürger zweiter Klasse – wurde in dem Aufsatz das islamische Andalusien als „Hort der Toleranz“ und Paradies gefeiert. Mit der Forderung nach einem islamischen Andalusien steht der Nordamerika-Ableger der Muslimbruderschaft in bester Tradition von Hassan al-Banna, dem ägyptischen Gründer der einflussreichen Bewegung. Neben Andalusien bezeichnete dieser auch den Balkan und Sizilien als islamische Gebiete, die als Heimat des Islam wiederhergestellt werden müssten. *N.H.*

Durchsichtiges Manöver

Studie soll die Vorzüge des Euro beweisen – und scheitert erbärmlich

Hunderttausende neue Arbeitslose, weit weniger Einkommen – das blüht den Deutschen im Jahre 2025, wenn sie zur D-Mark zurückkehren, so eine Studie des „Prognos-Instituts“. Dabei stützen sich die Autoren auf längst widerlegte Prognosen, ignorieren die historische Erfahrung und blenden schwerwiegende Aspekte einfach aus.

Weitgehend kritiklos nahmen die deutschen Medien eine neue Studie des Prognos-Instituts im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung auf, wonach Deutschland erheblich vom Euro profitiere. Kehrte die Bundesrepublik mit sofortiger Wirkung zur D-Mark zurück, führe dies bis 2025 zum Verlust von 200000 Arbeitsplätzen. Zudem büße jeder Beschäftigte bis 2025 etwa 1100 Euro jährlich an Gehalt ein, so die Prognose.

Der Grund für den Einbruch sei, dass die deutsche Währung massiv aufwerten würde. Dadurch verlöre die heimische Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit. Außerdem müssten die Betriebe wieder mit Wechselkursschwankungen leben wie damit, dass die Preise in anderen Ländern weniger durchschaubar seien als heute unter dem Dach der gemeinsamen Währung.

All dies wurde in den Medien beifällig aufgenommen. Die offenkundigen Schwachstellen der Studie wurden hingegen übersehen. Wesentliche Gesichtspunkte werden in der Arbeit entweder gar nicht berücksichtigt oder falsch dargestellt.

Ein Grund für die fehlerhafte Darstellung mag darin liegen, dass es erklärtermaßen das Anliegen der Studie ist, die, wie die Autoren selbst schreiben, „Vorteile Deutschlands aus der Währungsunion aufzuzeigen“. Die parteiische Motivation hat den Blick auf die Realität offensichtlich getrübt.

So unterstellt die Studie, dass einer der „wesentlichen positiven Effekte einer gemeinsamen Währung ... die Intensivierung des Handels innerhalb des Währungsraums“ sei. Davon gingen die Euro-Befürworter in der Tat aus. Fakt ist jedoch, dass das genaue Gegenteil eintrat.

Im Jahre 1995 gingen rund 46 Prozent der deutschen Exporte in Länder, die heute den Euro haben. Schon 2011 war dieser Prozentsatz auf unter 40 Prozent gefallen. Die jüngsten Meldungen aus den sogenannten „Krisenstaaten“, beispielsweise über dramatisch einbrechende Absatzzahlen im Autohandel, deuten darauf hin, dass die Bedeutung dieser Märkte für den deutschen Außenhandel noch weiter schrumpfen dürfte.

Die Frage ist: Wie kommt Prognos dann zu der irrigen Annahme, der Euro habe den Handel innerhalb des Währungsraums „intensiviert“? Ganz einfach: Statt auf die Fakten zu blicken, stützen sich die Autoren auf andere, ältere Studien, die teilweise noch aus der Frühphase des Euro stammen und somit gar keine aussagekräftigen Daten über die Entwicklung des innereuropäischen Handels unterm Euro verwenden konnten.

> Export in den Euro-Raum stieg nicht, sondern schrumpfte

So hangelt man sich von (bereits widerlegter) Studie zu Studie, statt die Wirklichkeit zu betrachten.

Die These vom angeblich zwingenden Zusammenhang zwischen Exporterfolg und günstigem Wechselkurs ist überhaupt ein Dauerbrenner, der zwar spontan einleuchtend klingt. Dem Blick auf die Wirklichkeit hält die These jedoch nicht stand. In keinem Jahrzehnt wurde die D-Mark so stark aufgewertet wie in den 1970er Jahren. In keiner anderen Dekade aber wuchs auch der deutsche Export so stark.

Statt dass der Export infolge der Aufwertung einbrach, geschah nämlich etwas anderes: Deutschland musste sich von der Produktion günstiger Massenware etwa im Textil- oder Schiffbau trennen. Das kostete tatsächlich viele Arbeitsplätze, zwang die Deutschen aber dazu, sich auf wertintensive Qualitätsprodukte zu konzentrieren. Aufs Ganze gesehen stärkte die harte Währung auf diese Weise die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung mahnen Experten sogar, dass sich dieser Effekt unterm Euro umdrehen könnte: Dadurch, dass Deutschland nun günstiger exportieren könne, lasse der Innovationsdruck nach, was langfristig die Konkurrenzfähigkeit schwäche.

Unstrittig ist, dass der Euro für Deutschland relativ „schwach“, für andere Länder hingegen verhältnismäßig „stark“ ist. In den Euro-Südländern hat die starke Währung zu beträchtlichen Einbrüchen geführt, weshalb ihre Regierungen am Rande des Bankrotts wandeln und die Volkswirtschaften darniederliegen.

Welche Auswirkungen diese Krisen für den deutschen Außenhandel haben, lässt die Prognos-Studie allerdings völlig unberücksichtigt. Dabei hängt die Antwort auf die Frage, ob ein Mercedes in Spanien einen Käufer findet, weniger davon ab, ob der Wagen ein paar tausend Euro, D-Mark oder Peseten mehr kostet als vielmehr davon, in welcher wirtschaftlichen Situation der potenzielle spanische Käufer steckt. Die EU feiert die zurückgehenden Außenhandelsdefizite der „Krisenländer“ als Zeichen ihrer Erholung. Tatsache ist jedoch, dass sich derzeit dahinter vor allem der Zusammenbruch der dortigen Kaufkraft verbirgt.

Könnten diese Länder wieder in eigener Währung abwerten, würden deutsche Waren zwar teurer. Gleichzeitig aber könnten sich ihre eigenen Volkswirtschaften erholen, Kaufkraft und Zuversicht kehrten zurück und damit auch die Nachfrage nach hochwertigen, wenn auch teuren deutschen Qualitätsprodukten.

Ganz ausgeblendet werden in der Studie auch die Auswirkungen der europäischen Leitzinspolitik. Um den „Krisenländern“ billige Kredite zu ermöglichen, werden für die Euro-Zone Niedrigstzinsen erzwungen, die das Ersparte der Deutschen wegschmelzen lassen, weil der Zinssatz unter der Inflationsrate liegt (siehe auch Beitrag unten).

Alles in allem ist die Prognos-Studie nur ein weiterer Versuch, die Lage schönzureden. Im Vorfeld der Bundestagswahlen soll Euro-Kritikern der Wind aus den Segeln genommen werden. Das Manöver ist jedoch allzu leicht zu durchschauen. *Hans Heckel*



Von vielen als Garant für Stabilität zurückersehnt: Die D-Mark Bild: mauritius

KURZ NOTIERT

US-Steuerbehörden erhöhen Druck auf ausländische Banker: Die US-Behörden schrecken bei Steuerhinterziehung auch vor Festnahmen ausländischer Bankmitarbeiter nicht zurück. Momentan sind in den USA mindestens 30 Schweizer Bankiers, Treuhänder und Anwälte angeklagt. Der Druck eidgenössischer Banken auf ausländische, vor allem auch deutsche, Kunden steigt. Inzwischen haben sowohl UBS als auch Credit Suisse und Julius Bär ihre Kunden aufgefordert, Belege vorzulegen, dass es sich bei den angelegten Summen um versteuertes Geld handelt. Die Folge: Milliardenbeträge flossen ab, vermutlich in andere Steueroasen. Auch Luxemburg und Österreich schränken ihr Bankgeheimnis ein, um nicht völlig in den Fokus der Ermittler zu geraten und an Reputation zu verlieren. *J.F.*

Öl teurer: Der Ölpreis ist wieder deutlich gestiegen. Die Branche erklärt dies mit der leichten Erholung der US-Wirtschaft. Ein weiterer Grund ist die Krise im Nahen Osten. Durch die steigende Nachfrage dürfte demnächst auch das Benzin wieder teurer werden. *J.H.*

Deutsche horten ihr Bargeld: Noch nie haben die Deutschen so wenig Geld auf ihren Konten angespart und von der Bank geholt wie derzeit. Da der Barzahlungsverkehr nicht zugenommen hat, dürfte das Geld zuhause verwahrt werden. Der Grund für die Flucht ins Bargeld ist mangelndes Vertrauen in die Sicherheit der Anlagen und die Angst vor drohender Enteignung. *J.H.*

Chinesen zahlen lieber mit Bargeld: In China wächst der Bedarf an Geldscheinen, denn zunehmend werden auch größere Beträge wieder bar gezahlt. Der Grund ist keine altmodische Verweigerung zeitgemäßer Zahlungsmethoden, sondern ein tiefes Misstrauen der Chinesen gegenüber Staat, Banken und der kommunistischen Partei. Der Bargeldverkehr ist sicher vor Überwachung und schützt das Vermögen vor dem Zugriff des allmächtigen Staates. *J.H.*

Kreativ errechnetes Wunder

Finanzakrobatik gaukelt den USA Wirtschaftswachstum vor

Ohne dass mehr produziert worden wäre, dürften die USA im kommenden Juli mit einem erstaunlichen Wirtschaftswachstum für Schlagzeilen sorgen. Möglich wird der erwartete Wachstumsschub von bis zu drei Prozent allerdings nur durch eine Neuberechnung des US-Bruttoinlandsprodukts. Zur Anwendung kommen sollen gleich mehrere statistische Kniffe, die das ausgewiesene US-Bruttoinlandsprodukt als Einmaleffekt zur Jahresmitte um bis zu 430 Milliarden Dollar ansteigen lassen, so die Schätzungen.

Den größten Anteil an diesem „Wirtschaftswunder“ wird eine Neubewertung von Kosten für Forschung und Entwicklung haben. Wie die „Financial Times“ berichtet, sollen künftig die in diesem Sektor aufgewendeten Mittel nicht mehr als Ausgaben angesehen werden, sondern als Investitionen in die Wirtschaftsleistung mit einfließen. Statt als Vorleistung, der später gegebenenfalls Einnahmen folgen, werden die Forschungsausgaben nun quasi als Vorrat an verwertbarem Wissen und Technologie betrachtet – zunächst ungeachtet der Frage, ob sich die Forschungsaufwendungen später als Erfolg oder als Flop entpuppen. Noch umstrittener ist eine andere Änderung. Nebenkosten beim Häuserkauf sollen künftig noch stärker wie Investitionen gewertet werden. Was bereits jetzt für Maklerprovisionen gilt, soll nun auch auf Rechtsanwaltsgebühren und die Stempelsteuern im Zuge der Immobilienkäufe ausgeweitet

> Griff in die Sozialkassen macht Umbuchungen möglich

werden – sie sollen künftig wie Investitionen bewertet werden. Die Folge: Die US-Wirtschaftsleistung wird allein durch diese Änderung um geschätzte 60 Milliarden Dollar ansteigen. Einen weiteren Beitrag zur wundersamen Vermehrung des Bruttoinlandsprodukts wird der sogenannte „Hollywood-Effekt“ haben. Filme, TV-Serien, Theaterstücke und Musik sollen künftig nicht nur mit ihren Verkaufseinnahmen in die Wirtschaftsleistung einfließen, sondern auch mit dem Kapitalwert der Lizenzgebühren, selbst wenn sie in den Bilanzen gar nicht mehr als Investitionen geführt werden.

So umstritten diese Änderungen allein schon sind, die Bewertungsansätze sollen sogar rückwirkend bis zum Jahr 1929 angewendet werden. Was möglich ist, wenn es gilt, unerfreuliche Zahlen statistisch kleinzurechnen, wird bei der Staatsverschuldung deutlich. Je nach politischem Lager ist von rund 16,75 Billionen Dollar Schulden die Rede oder von nur 11,9 Billionen Dollar. Die unterschiedliche Sichtweise wird durch einen simplen statistischen Trick möglich: In der Summe von 16,75 Billionen Dollar ist die gesamte ausstehende öffentliche Schuld enthalten. Taucht die von der Regierung gern in der Öffentlichkeit verwendete Angabe von rund 11,9 Billionen Dollar auf, dann fehlen mehrere Billionen Dollar, die sich das Finanzministerium bei staatlichen Treuhandfonds ausgeliehen hat. Bei dieser „innerstaatlichen Umbuchung“ handelt es sich jedoch um nichts anderes als um einen Griff in die Rentenkasse. Das US-Finanzministerium bedient sich dabei für gewöhnlich bei den Treuhandfonds der Rentenversicherung oder bei der Krankenversicherung für Rentner. *N.H.*

Billiges Geld ist keine Lösung

Sparkassenverbandschef kritisiert Leitzinssenkung durch die EZB

Wie von den meisten Ökonomen erwartet, reduzierte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte, den sogenannten Leitzins, wegen der andauernden Wirtschaftsschwäche im Euroraum auf ein Rekordtief von 0,5 Prozent. EZB-Präsident Mario Draghi deutete an, dass weitere Zinssenkungen möglich seien, um den Liquiditätsbedarf der Banken zu decken. Vorstellbar sei es aber auch, der dass die Einlagenzins, der zur Steuerung der Bankzinsen genutzt wird, unter null Prozent gesenkt werden könne. In diesem Fall müssten die Geldhäuser eine Gebühr auf Guthaben bei der EZB zahlen. Zusätzlich zum Zinsbeschluss verlängerte die EZB das seit fast sechs Jahren bestehende Instrument der Rundumversorgung, so dass die Banken in der Euro-Zone sich bis Mitte kommenden Jahres weiter unbegrenzt Geld bei der EZB leihen können.

Bereits vor der EZB-Entscheidung hatte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, vor einer weiteren Senkung des Leitzinses gewarnt: „Noch mehr und noch billigeres Geld vermindert den Anreiz zum Sparen, hilft aber den Euro-Peripheriestaaten nicht, weil die Mittel gar nicht bei dortigen Unternehmen ankommen.“ Obwohl die Kernaufgabe der EZB die Sicherstellung der Geldwertstabilität in der Währungsunion sei, würden die Anleger wegen

> Draghi will lockere Geldpolitik »so lange wie nötig« fortsetzen

der niedrigen Zinsen immer stärker zu ungefragten Solidarmaßnahmen zur Entschuldung der Eurostaaten herangezogen, so der DSGV-Präsident. Selbst moderate Preissteigerungsraten würden inzwischen die Ersparnisse aufzehren. Die EZB-Politik schade daher vor allem den Gläubigern und nutze den Schuldnern, erläuterte Fahrenschon. Es bestehe die Gefahr, dass Banken die günstigen Zentralbankkredite eher zum Kauf von höherverzinslichen Staatsanleihen von Krisenstaaten oder spekulativen Anlagen verwenden würden und kaum für neue Unternehmenskredite zur Konjunkturbelebung in Südeuropa. Langfristig erhöhe sich damit die gegenseitige Abhängigkeit von schwachen Staaten und schwachen Banken und erfordere ständig neue Rettungsmaßnahmen, während die Reformbereitschaft nachlasse.

Ähnlich sieht das der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken. Nicht der mangelnde Zugang zu frischem Notenbankgeld sei die entscheidende Ursache für die erschwerten Finanzierungsbedingungen in den Krisenländern, sondern die höheren Risiken für die Banken bei der Kreditvergabe. In Ländern wie Portugal, Spanien oder Griechenland müssten Unternehmen bis zu fünf Prozentpunkte mehr für Kredite bezahlen als in Deutschland. Die Zinssenkung wirke aber kaum, weil Kundenkredite im Gegensatz zu Kapitalmarktanlagen mit mehr Eigenkapital unterlegt werden müssten. Draghi bestätigte indes, dass die lockere Geldpolitik so lange wie nötig fortgesetzt werde. Dabei sei die Geldpolitik, so Draghi, keineswegs das von der EZB angesehene Allheilmittel für jedes wirtschaftliche Problem. *Ulrich Blode*

Rote Linie

Von Jan Heitmann

Der Staub, den Carla del Ponte mit ihrem Verdacht, die syrische „Opposition“ habe Giftgas eingesetzt, aufgewirbelt hat, ist den westlichen Regierungen und Medien schmerzhaft in die Augen geweht. Sie hat ihnen gezeigt, dass das von ihnen gezeichnete Bild der Verhältnisse im Bürgerkriegsland Syrien wohl nicht so schwarz-weiß ist, wie sie es immer gezeichnet haben. Dafür wird sie kritisiert, denn schließlich kann nicht sein, was nicht sein darf. Es ist aber kaum anzunehmen, dass die auf internationalem Parkett erfahrene Juristin einen solchen Verdacht äußern würde, wenn sie nicht von dessen Stichhaltigkeit überzeugt wäre. Obama und seine Verbündeten betonen immer wieder, chemische Waffen dürften nicht „in die falschen Hände“ geraten. Die syrische „Opposition“ ist eine undurchschaubare Häufung von Gruppierungen, deren militärische Leistungsfähigkeit und Ziele so zweifelhaft sind wie ihre ideologische Ausrichtung. Sollte sich del Pontes Verdacht erhärten, bleibt abzuwarten, ob die von Obama gezogene rote Linie auch in der Gegenrichtung überschritten werden kann und die USA konsequenterweise militärisch gegen die syrische „Opposition“ vorgehen werden.

Kein Diktat bitte

Von Philipp Hötensleben

In Deutschland leben rund vier Millionen Muslime, von denen knapp die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Um den Dialog mit ihnen zu pflegen, wird unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministers die Islamkonferenz durchgeführt. Allein die Tatsache, dass es diese Veranstaltung geben muss, ist ein Anzeichen dafür, dass etwas mit der Integrationsfähigkeit der Muslime nicht stimmen kann. Nun wollen die muslimischen Teilnehmer plötzlich nicht mehr mitmachen. Sie kritisieren, Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) würde die innere Sicherheit und den Terrorismus zu sehr in den Fokus des Treffens stellen. Das aber sind genau die Kernthemen seines Ressorts. Und es ist eine Tatsache, dass die Anschläge und Anschlagsversuche der letzten Zeit zumeist einen islamistischen Hintergrund hatten. Als gastgebender Bundesinnenminister hat Friedrich nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, dies zu thematisieren.

Wenn man sich seine Gesprächspartner ansieht, darf man sich über deren Anmaßung nicht wundern. Selbsternannte und teils aus dem Ausland finanzierte „Dachverbände“, die vorgeben, für alle Muslime in Deutschland zu sprechen und die die Deutungshoheit über den Islam für sich beanspruchen; Vereinigungen, die teilweise unsere Grundrechtsordnung und unsere Lebensweise nicht anerkennen; die auch sachliche und berechtigte Islam-Kritik empört zurückweisen und das Islamphobie-Gespenst an die Wand malen. Wenn es nach ihnen ginge, wäre die Konferenz kein Dialog, sondern ein Diktat ihrer Themen und Forderungen. Der Innenminister sollte auf diese Veranstaltung verzichten.

Auch ein nationales Problem

Von Manuel Ruoff

Natürlich ist es schon ein starkes Stück, wenn ein EU-Kommissar die EU-Mitgliedsstaaten zwingen will, Informationszentren einzurichten, in denen Sozialtouristen erfahren können, wie sie ihr Gastland am besten schröpfen können. Und ebenso richtig ist es, dass Elmar Brok nicht frei von eigenen Interessen ist, wenn er in dieser Sache die Europäische Union verteidigt, deren Abgeordneter er ist. Allerdings würden wir es uns und den deutschen Politikern zu leicht machen, wenn wir unseren Ärger über Organisierte Kriminalität (OK) und den Missbrauch des deutschen Sozialstaates ausschließlich gegen die mehr oder weniger anonyme EU richten würden. Zum einen kann die EU – noch zumindest – wenig ohne die Rückendeckung durch die nationalen Regierungen machen, die sowohl den Europäischen Rat als auch den Rat der Europäischen Union dominieren. Wenn ein EU-Kommissar fehlt, haben sie schon einmal etwas falsch gemacht, denn die Zusammensetzung der EU-Kommission bedarf ihrer Zustimmung. Zum anderen wäre die Situation in der Bundesrepublik in Sachen OK und Sozialmissbrauch auch ohne die EU nicht rosig.

> Deutsche Politik darf nicht mit Verweis auf EU davonkommen

So stammen die Ausländergruppen, die der deutschen Polizei Sorgen bereiten, in der Regel von (noch) nicht zur EU gehörenden Staaten. Zugegeben sind die Schengen-Grenzen nicht so sicher, wie es die bundesdeutschen waren, aber illegal in Deutschland lebende Deutsche sind ja nur ein Teil des Problems. Weit ärgerlicher sind die vielen legal in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Kriminellen, die noch nicht einmal abgeschoben werden können, wenn die deutsche Polizei ihrer habhaft wird. Schuld daran ist nicht die EU, sondern eine verfehlte nationale Ausländer- und Einbürgerungspolitik, die dafür sorgt, dass viele ausländische Kriminelle – oft sogar noch mit deutschem Pass versehen – legal in Deutschland leben.

Und auch der Missbrauch des deutschen Sozialstaates durch Ausländer ist kein primäres Problem der Freizügigkeit. Ausländer aus EU-Staaten genießen in der Tat Freizügigkeit, aber niemand zwingt Bund, Länder und Kommunen, hier nicht arbeitenden Sozialtouristen aus EU-Staaten ein irdisches Paradies auf Kosten des deutschen Steuerzahlers zu bereiten. Dass es auch anders geht, hat Nicolas Sarkozy in Frankreich gezeigt. Und wenn – zu Recht – beklagt wird, dass EU-Bürger, denen bei der Beantragung von Sozialhilfe Betrug oder Dokumentenfälschung nachgewiesen wurde, einen Tag später wieder einreisen dürfen, dann muss doch die Frage erlaubt sein, warum derartige Kriminelle mit einer Ausweisung davonkommen. Wenn abschreckende Strafen bei steuersündigen Inländern als legitim gelten, warum dann nicht auch bei sozialbetrügerischen Ausländern?



Alltägliche Bilder einer Großstadt: Festnahme eines mutmaßlichen Einbrechers in einem Hamburger Problemstadtteil

Bild: action press

Gastbeitrag

Deutschland – ein williges Opfer der Rassismuskeule

Von Michael Leh

Die Hexenjagd auf Thilo Sarrazin hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Anti-Rassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen (UN) hat Deutschland gerügt, weil es Sarrazin wegen Äußerungen in einem Interview in der Zeitschrift „Lettre International“ im Jahr 2009 nicht strafrechtlich verfolgte. Damit habe Deutschland die Antirassismus-Konvention der UN verletzt. Der Ausschuss nennt Aussagen Sarrazins über Türken und Araber rassistisch und fordert von Deutschland Maßnahmen, damit solche Äußerungen künftig bestraft werden können. Innerhalb von 90 Tagen muss Deutschland berichten, wie es die Forderungen des Ausschusses umzusetzen gedenkt.

Deutschland hat 1969 das „Internationale Abkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“ (kurz: UN-Antirassismuskonvention) ratifiziert. Dies taten bis 2012 auch 174 weitere Staaten. Deutschland erklärte bei der Ratifikation keine Vorbehalte. Die Schweiz dagegen gab bei der Ratifizierung in weiser Voraussicht zu Protokoll: „Die Schweiz behält sich vor, die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Umsetzung von Artikel 4 in gebührender Berücksichtigung der Meinungsäußerungs- und der Vereinsfreiheit zu ergreifen, welche unter anderem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind.“ Die Eidgenossen hoben damit darauf ab, dass es darüber, was noch von der Meinungsfreiheit gedeckt ist und dem, was strafrechtlich geahndet werden soll, unterschiedliche Ansichten und Auslegungen geben kann.

> Andere Länder lassen sich von einem UN-Ausschuss keine Vorschriften machen

Auch Österreich, Großbritannien, Frankreich oder Monaco haben in Erklärungen bei der Ratifikation des Abkommens im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen Rassismus zugleich das Recht auf Meinungsfreiheit betont. Die USA erklärten bei der Ratifikation in einem sehr ausführlichen Vorbehalt kategorisch, dass sie in keiner Weise eine Einschränkung des Rechts auf Redefreiheit gemäß der amerikanischen Verfassung durch die UN-Antirassismuskonvention beziehungsweise eine Interpretation derselben akzeptieren. Die USA, kurz gefasst, denken nicht im Traum daran, sich durch einen zumal mit Vertretern aus diversen Diktaturen zusammengesetzten UN-Ausschuss Vorschriften bezüglich amerikanischer Gesetze machen zu lassen.

Deutschland hat 2001 auch – wie nur 54 weitere Staaten – dem Individualbeschwerdeverfahren zugestimmt. Ein solches hatte der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) angestrengt, nachdem die Berliner Staatsanwaltschaft keinen Anlass für eine strafrechtliche Verfolgung Sarrazins gesehen hatte. Das aus Steuermitteln finanzierte Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) hat den TBB mit einem Amicus Curiae-Gutachten (Äußerung Dritter) vor dem UN-Ausschuss unterstützt. Über diesen heißt es in der Konvention: „Er besteht aus achtzehn in persönlicher Eigenschaft tätigen Sachverständigen von hohem sittlichem Rang und anerkannter Unparteilichkeit, die von den Vertragsstaaten unter ihren Staatsangehörigen ausgewählt werden.“

Von den 18 sogenannten Sachverständigen – ein Deutscher ist nicht darunter – stammen allein elf aus Staaten, die selbst nicht das Verfahren der Individualbeschwerde akzeptieren. Es sind dies Guatemala, Burkina Faso, Togo, China, Pakistan, die Türkei, Niger, USA, Großbritannien, Kolumbien und Indien. Ferner sind 17 der 18 Persönlichkeiten von angeblich „hohem sittlichem Rang“, die jetzt meinten, über deutsches Recht und Gesetze in dieser Weise urteilen zu können, nach den Angaben in ihren Lebensläufen der deutschen Sprache nicht mächtig. Sie können weder eine deutsche Tageszeitung lesen noch gar einen deutschen Strafrechtskommentar.

Es sind auch nicht alle Juristen: Patricia Nozipho January-Bardill aus Südafrika hat Linguistik studiert, der Türke Kun Gut und der Pakistaner Anwar Kemal sind Politologen; diese haben schon in Deutschland meistens keinen Schimmer von Rechtsfragen. Der Rumäne Ion Diaconu, Jahrgang 1938, hat schon in den 60er Jahren unter Ceausescu als Diplomat gedient, was ohne KP-Mitgliedschaft kaum möglich gewesen sein dürfte. Ein Experte in Fragen der Meinungsfreiheit gemäß Artikel 5 Grundgesetz, der Schrankensystematik der Grundrechte oder der Rechtsprechung zu den Paragraphen 130 StGB und 185 StGB (Volksverhetzung, Beleidigung) dürfte Diaconu ebenso wenig sein wie Noureddine Amir aus Algerien, Kokou Mawuena Ewomsan aus Togo oder Fatimata-Binta Victoire Dah aus Burkina Faso. Wie es um die Unabhängigkeit des Chinesen Yong´an Huang bestellt ist, sähe man bald, wenn er einmal statt an Deutschland öffentliche Kritik an der rassistischen und mörderischen Unterdrückung der Tibeter äußerte. Schnell wäre es vorbei mit der Diplomatenherrlichkeit.

> Deutsches Institut für Menschenrechte soufflierte eifrig

Die Bundesregierung hatte sich im Januar – vor dem Votum des Ausschusses – in ihrem turnusmäßigen Bericht an denselben auch zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Sarrazin geäußert. Darin hieß es: „Die Bundesregierung betont noch einmal ausdrücklich, dass sie die Äußerungen Sarrazins ablehnt und sich ihres verletzenden Charakters bewusst ist. Dies hat die Bundesregierung auf vielfältige Weise, u. a. durch öffentliche Äußerungen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, zum Ausdruck gebracht.“ Dennoch sei die Bundesregierung der Auffassung, dass sich aus der Konvention im konkreten Fall keine Verpflichtung ableiten lasse, „die Äußerungen Sarrazins mit den Mitteln des Strafrechts zu verfolgen – zumal dies nicht mit der Meinungsfreiheit vereinbar wäre.“

Diese Stellungnahme der Bundesregierung hat den UN-Ausschuss jedoch kein bisschen beeindruckt. In seiner Entscheidung führt er Zitate Sarrazins in englischer Übersetzung auf, teils aus dem Zusammenhang gerissen, und interpretiert sie stets nur gegen ihn. Dabei wurde dem UN-Ausschuss fleißig vom DIMR souffliert. Das Institut wurde im Jahr 2000 auf Beschluss des Bundestages unter Berufung auf die „Pariser Prinzipien“ der Vereinten Nationen gegründet, die den Staaten die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution empfahlen. Die rund 50 Mitarbeiter des DIMR werden aus dem Bundeshaushalt finanziert. In seinem Gutachten erklärt das DIMR, Äußerungen Sarrazins erfüllten die „Voraussetzungen der Volksverhetzung“, es beklagt ein „zu enges Verständnis von Rassismus“ deutscher Gerichte und dass rassistische Äußerungen hierzulande zu wenig bestraft würden. Zu selten sei in der Sarrazin-Debatte auch die Frage gestellt worden, welche Wirkungen und Konsequenzen die Debatte bei den Betroffenen und in ihrem Alltag ausgelöst habe – all diese Punkte finden sich später im Votum des UN-Ausschusses als Kritik an Deutschland wieder. Die Stellungnahme des DIMR gipfelte in der Anregung an den UN-Ausschuss, dieser möge in seine Entscheidung „Empfehlungen zur Schulung von Staatsanwaltschaft und Richterschaft“ in Deutschland aufnehmen, so dass diese besser erkennen könnten, was Rassismus sei.

Wie reagiert Berlin? Der Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses, Siegfried Kauder (CDU), erklärte gegenüber der „Frankfurter Rundschau“: „Die Äußerungen von Thilo Sarrazin über die türkische Bevölkerung halte ich für absolut unmöglich und inakzeptabel. Das dürfen wir auch nach deutschem Recht nicht zulassen.“ Wenn Gerichte das anders sähen, müssten die Gesetze verschärft werden. Dazu werde er einen Gesetzesvorschlag unterbreiten.

Quo vadis, Star Trek?

Seit einem halben Jahrhundert irrt Raumschiff Enterprise durchs Universum – Jetzt kehrt Captain Kirks Crew ins Kino zurück

Gemeinsam mit Scotty können sich Kinogänger in ein neues Weltraumabenteuer „beamen“ – diesmal in 3D und einer bombastischen Geräuschkulisse. Am 9. Mai hebt die Kinorakete „Into Darkness“ in die unendlichen „Star Trek“-Weiten ab.

Der rote Teppich war diesmal schwarz. Sicher in Anlehnung an den Titel „Star Trek Into Darkness“ („Ins Dunkle“). Bei der Berliner Deutschlandpremiere warfen Scheinwerfer im Sony Center am Potsdamer Platz die Aufbauten, die das Innere des Raumschiffs suggerierten, in ein helles Weiß. Und da stand sie dann, die neue „Star Trek“-Crew: Chris Pine (Captain Kirk), Zachary Quinto (Mr. Spock), Simon Pegg (Scotty), Zoë Saldana (Uhura) und die Neue auf der Brücke, Alice Eve als verführerische Physikerin Carol Marcus.

Die Darsteller hatten Spaß am Premierenbad in der Menge. Kein Wunder, entrichteten die in Sternenuniformen verkleideten Fans doch den „Vulkaniergruß“. Mit dabei auch Martin Netter aus Bad Münster, der nach eigenen Angaben die größte Sammlung von „Star Trek“-Requisiten besitzt. Bedeutet für ihn die „Star Wars“-Welt eine Konkurrenz? Immerhin bildet das von George Lucas in den 70er Jahren erdachte „Krieg der Sterne“-Epos eine Art Paralleluniversum. Darauf hat der Fan nur eine Antwort: „Star Trek ist um Längen besser!“

Davon ist natürlich auch J. J. Abrams überzeugt, der Macher des Films und Präsident der Firma Bad Robot Productions. Sein Regiedebüt gab der gebürtige New Yorker mit „Mission Impossible III“. 2005 gewann er mit der Serie „Lost“ als Produzent und Regisseur des Pilotfilms zwei Emmys. „Der Film wurde nicht nur für die Fans gedreht, sondern für alle Kinobesucher“, ließ Abrams wissen. „Wir versuchen den Geist der Serie zu würdigen und wollen ein berührendes Abenteuer schaffen, nicht nur eine Neuverfilmung fast 50 Jahre alter Geschichten.“

Auch Zoë Saldana, charismatische Darstellerin der Uhura strahlte und hob die Hand zum „Vulkaniergruß“, wobei je zwei Finger den Buchstaben „V“ bilden. „Lebe lang und erfolgreich“, sollte das bedeuten. Der Gruß kann als Motto des Sternen-Mythos gelten. Schon lange und erfolgreich laufen diese Weltraumgeschichten. Mittlerweile umfasst das „Star Trek“-Universum zwölf Kinofilme und sechs TV-Serien.

Wilder Westernritt im Universum

Was aus der schlichten Verfilmung in Pappmaché werden würde, konnte sich der Erfinder Gene Roddenberry 1964 nicht einmal im Traum vorstellen. Zuerst war es nur eine Idee, aus der ein Pilotfilm entstand. Die Fernsehanstalten lehnten ab. Dass der Autor eine Frau in Führungsposition und einen Außerirdischen, der teuflisch aussah, mit auf die Brükke stellte, erregte die Gemüter zusätzlich. Die Produzenten wollten Western! So erzählte ihnen Roddenberry das Märchen vom Weltraumwestern, in dem Pferde zu Weltraumschiffen wurden. Das stimmte die Fernsehbosse um.

Die erste „Star Trek“-Serie, die hierzulande als „Raumschiff Enterprise“ lief, wurde von 1966 bis 1969 produziert. Das Ende fiel zeitlich mit der Mondlandung zusammen. Eine günstige Konstellation, wie sich herausstellte. Die Episoden wurden so populär, dass sie Kultstatus erreichten. 1979 sah man die Crew mit William Shatner als Kirk und Leonard Nimoy als Spock in „Star Trek: Der Film“ auch auf der Kinoleinwand. Mit weiteren sechs Filmen wurde das Filmepos zur beliebtesten Kinoserie Hollywoods.

1987 kam es zu einem Generationenwechsel. In „Star Trek: Treffen der Generationen“ verabschiedete sich die alte Mannschaft. Jetzt wurde ein neues Schiff unter dem Kommando von Jean Luc Picard im Fernsehen auf die Reise geschickt, angesiedelt etwa 100 Jahre nach den ersten Abenteuern. Die Erstausstrahlung brach alle Zuschauerrekorde. 30 Millionen Menschen wollten teilhaben an den Weltraumabenteuern. Nach sieben Jahren erschien die neue Crew auch als Kinofilm.

Doch die Geschichten waren noch lange nicht auserzählt. Mit „Deep Space Nine“ ging von 1992 bis 1999 eine weitere Serie an den Start. Angesiedelt im 24. Jahrhundert, stand erstmals eine Raumstation im Mittelpunkt. 1995 war man soweit, einer Frau das Kommando zu übergeben. Bis 2001 durfte Kate Mulgrew als Captain Kathryn Janeway in sieben Staffeln die im Weltall gestrandete „USS Voyager“ durch die Galaxien zum Heimatplaneten Erde geleiten. Von 2001 bis 2005 entstanden noch zwei Serien als sogenannte Prequels, also Handlungen, die zeitlich vor der ersten Serie spielen. Abrams stellte 2009 alles auf Anfang. Ihm und Produzent Bryan Burk gelang mit dem Kinofilm „Star Trek: Die Zukunft hat begonnen“ die Wiederbelebung der Saga mit unverbrauchten jungen Schauspielern. Temporeich wurde die Vorgeschichte der Figuren Kirk und Spock erzählt.

In „Star Trek Into Darkness“ schickt Abrams sein bewährtes Team nun auf eine zweite Reise. „Wir übertreffen den ersten Film in jeder Beziehung. Wir zeigen Vulkanplaneten, wilde Raumschiff-Verfolgungsjagden und gewaltige Spezialeffekte“, versprach der Regisseur. Wer sich im Kinosessel einen gemütlichen Abend machen will, wird enttäuscht werden. Der schnurrige Charme und hintergründige Witz der frühen Jahre ist ad acta gelegt. Die Crew um Captain Kirk lässt einen jetzt keine Sekunde mehr verschnaufen. Eher sollte man sich auf einen Marathonlauf mit Dauergetöse einstellen. So fliegen einem die Gesteinsbrocken auch virtuell in 3D um die Ohren. Und immer mal wieder erhebt sich ein Flugobjekt über den Kinoplätzen und landet, wo man es gar nicht vermuten würde.


Spock (Zachary Quinto) spitzt die Ohren, wenn ihm Captain Kirk (Chris Pine, r.) etwas einflüstert
Bild: Paramount

Dass die Crew um Kirk unterwegs ist in den Weiten des Alls und gerade gegen die Gesetze der Föderation verstoßen hat, erfährt man später. Kirk wird als Strafe vom Admiral Pike (Bruce Greenwood) das Schiff entzogen. Doch ein Terroranschlag in London ändert alles. Der Film ist temporeich und bleibt es die ganzen zwei Stunden lang. Immer wieder wird an Ground Zero erinnert. Einstürzende Türme, Menschen, die in Staubwolken schreiend davon eilen. Die Terrorangst der Amerikaner wird bestens bedient.

Neu in der Crew lächelt sich Alice Eve als Carol Marcus in Kirks Herz. Man nimmt ihr viel ab, nur keine promovierte Physikerin. Um Glaubwürdigkeit geht es auch nicht. Mit seinem bombastischen Getöse und der Spezial-Effekt-Maschinerie wirkt der Film wie eine massentauglich sauber Din-genormte Action-Orgie aus der Hollywoodfabrik.

Es geht ab wie in Über-Lichtgeschwindigkeit. Wenigstens der Impuls- und Warpantrieb der Enterprise funktioniert noch. Selbst Physikprofessoren haben sich damit schon wissenschaftlich beschäftigt, obgleich sie bewiesen haben, dass das gar nicht funktionieren kann: Die Mannschaft würde bei der Beschleunigung zu „Biomatsch“ werden.

Der geistige Vater Roddenberry war seiner Zeit wohl zu weit voraus. Er stellte eine feministisch gleichberechtigte Multikulti-Crew nebeneinander. Als die dunkelhäutige Uhura in einer Folge in den 60rn vom Captain geküsst wurde, ging man in den Südstaaten auf die Barrikaden. Bis heute ist die Episode nicht gesendet worden und war damals ein Skandal. In „Star Trek Into Darkness“ ist man nun soweit, dass Uhura den Außerirdischen Spock anhimmeln darf.

Der menschliche Fortschritt versöhnt einen ein wenig mit dem nervigen filmtechnischen. Am liebsten möchte man dem Bordtechniker Scotty den Befehl geben: „beam“ uns zurück in die 60er. *Silvia Friedrich*

Moralist und Monarchist

Gedichte des vor 110 Jahren geborenen Reinhold Schneider trösteten Frontsoldaten

Der katholische Dichter Reinhold Schneider war schon zu Lebzeiten eine Art Ikone. Das aber weniger aufgrund seiner historiografischen Romane („Philipp II.“, „Das Inselreich“, „Die Hohenzollern“), sondern wegen seiner theologischen Essays und geistlichen Sonette. Mit ihnen hatte er während der NS-Zeit vielen Menschen Trost und Orientierung gegeben.

In seiner politischen Grundhaltung war der vor 110 Jahren am 13. Mai 1903 in Baden-Baden geborene Schneider ursprünglich Monarchist gewesen. Auch wenn seine Sicht über das Wesen und die Bedeutung der Krone nicht frei von Idealisierung und Verklärung war, so hatte er doch so unrecht nicht, wenn er nach dem Untergang des NS-Reiches feststellte: „Wenigstens drei Verbrechen hätten sich mit der monarchischen Staatsform kaum vereinbaren lassen: die Verfolgung der Juden, der zynische Bruch des Rechts, die Verfolgung der Christen beider Bekenntnisse.“

Bereits 1934 hatte Schneider von der Existenz der Konzentrationslager erfahren. Seitdem ließ ihn das Leiden der in die Lager und Gefängnisse Verschickten nicht mehr los. In der 1938 erschienen Erzählung „Las Casas vor Karl V.“ schildert er, wie der Dominikaner Las Casas sich vor dem Kaiser zum Fürsprecher der Indios in den südamerikanischen Kolonien macht und leidenschaftlich gegen deren Unterdrückung und Misshandlung durch die sich als Vertreter einer höherwertigen Rasse verstehenden spanischen Konquistadoren protestiert. Mit seiner exemplarischen Erzählung sprach sich der Autor indirekt gegen die menschenverachtende Judenpolitik im Dritten Reich aus.

Mit dem Haus Hohenzollern war Schneider befreundet. Mehrmals war er zu Gast bei Wilhelm II. in dessen Exil im holländischen Doorn. Die in Wilhelms Charakter, in seinem sprunghaften und rastlosen Wesen liegenden staatsmännischen Defizite und Grenzen, erkannte Schneider nur zu sehr. Doch beteiligte er sich nicht an einer Karikierung dieser tragischen Gestalt der Geschichte, der – nach Schneider – ihre Ruhelosigkeit zum „entscheidenden Verhängnis“ geworden war. Für Schneider war der Hohenzollernkaiser „das Opfer seiner Zeit, wie auch die Zeit sein Opfer war“. Wilhelm II. ist ihm ein „Symbol kranker Macht“.

Gab Orientierung: Schneider
Bild: Archiv

Im Zweiten Weltkrieg versuchte Schneider durch ungezählte Briefe, durch religiöse Kleinschriften und Gedichte vor allem den vom Krieg getroffenen und gezeichneten Soldaten in ihrer Not und Glaubensgefährdung geistliche Deutung und Ermutigung zu geben. Seine Schriften – heimlich kopiert und weitergereicht – erreichten die Soldaten an der Front, in den Gefangenenlagern und Lazaretten; ja bis hinein in den Kessel von Stalingrad und in Konzentrationslager sickerten sie durch.

Schneider wiederum erhielt Tausende von Briefen, in denen einfache Soldaten, Mütter von Gefallenen, Schwestern aus Krankenhäusern und Lazaretten ihm tief bewegt ihren Dank aussprachen.

Obwohl er von Anfang an die Gegnerschaft der neuen Machthaber verspürte, hatte sich die Frage der Emigration für ihn nie ernsthaft gestellt, „Ich kann nur leben“, so bekannte er in seiner Autobiographie „Verhüllter Tag“, „mit meinem Volke; ich möchte und muss seinen Weg mitgehen Schritt für Schritt; so hoch ich diejenigen achte, die aus Gesinnung emigrierten, so habe ich doch nie daran gedacht, Deutschland zu verlassen; es hat sich auch ergeben, dass eine geistige Einwirkung auf ein der Diktatur unterworfenes Land von außen kaum möglich ist.“

Kurz vor Kriegsende hatte Martin Bormann gegen Schneider einen Prozess wegen „hochverräterischer Wehrkraftzersetzung“ eingeleitet. Als die Gestapo Schneider festnehmen wollte, befand sich dieser schwerkrank und kurz vor einer Operation stehend, in einem Freiburger Krankenhaus. Das sollte ihm das Leben retten. Zumal bald darauf die zerbombte Stadt von den Franzosen eingenommen wurde.

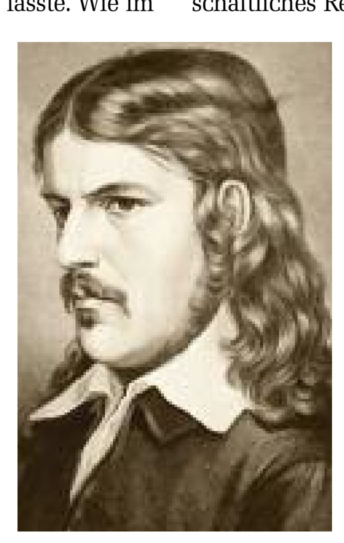
Auch nach Kriegsende setzte Schneider in seinen Schriften sein ethisch-moralisches (Ein-)Wirken auf die verstörten Menschen und die noch ungefestigten politischen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland fort.

Doch um 1950/51 herum wird der eben noch vielfach Geehrte zur Zielscheibe heftiger, bösartiger Kritik, da er sich nicht nur gegen die Wiederbewaffnung, sondern auch gegen die beginnende atomare Aufrüstung ausgesprochen hatte. Die nun einsetzende Welle der Distanzierung und Verleumdung traf den überaus sensiblen, physisch und psychisch ohnehin schon stark angeschlagenen Dichter zutiefst. Im Alter von erst 54 Jahren starb Schneider am 7. April 1958 in Freiburg an den Folgen eines schweren Sturzes. *Matthias Hilbert*

Divan-Dichter

Vor 225 Jahren wurde Rückert geboren

Der Winter 1833/34 war lang und hart. Zu hart für die sechs Kinder des Erlanger Orientalistik-Professors Friedrich Rückert, die in jenem Winter alle an Scharlach erkrankten. Sein jüngster Sohn und seine einzige Tochter starben daran. Der Vater bewältigte den Tod beider Kinder, indem er seinen Schmerz in Gedichte fasste. Wie im Rausch verfasste er in kurzer Zeit über 400 „Kindertotenlieder“. Dieser riesige Zyklus sollte zu seinem bekanntesten Werk werden.


Friedrich Rückert Bild: Archiv

Dass der am 16. Mai 1788 in Schweinfurt geborene Rückert bis heute nicht in Vergessenheit geraten ist, verdankt er dem Komponisten Gustav Mahler, der einige Rückertlieder vertont hat. Neben dem Liederzyklus mit fünf Stücken aus den „Kindertotenliedern“ wie das düstere „In diesem Wetter, in diesem Braus“ verarbeitete Mahler fünf weitere Lieder aus anderen Rückert-Sammlungen, am bekanntesten dabei ist „Um Mitternacht“.

Obgleich Rückert pro Tag bis zu sechs Gedichte verfasste und damit der wohl produktivste Lyriker seiner Zeit war, blieb die große Anerkennung als Dichter aus. In Prosa-Zeiten war Lyrik ein Auslaufmodell. Sein Geld verdiente er daher als Gelehrter für orientalistische Sprachen und Übersetzer. Obwohl er nie über Rom hinaus gereist war, hat er sich mit 44 Sprachen beschäftigt. Vom altiranischen Avestisch über das südindische Malayalam bis zum osttürkischen Tschagataisch reichte sein sprachwissenschaftliches Repertoire.

Zur selben Zeit, als Goethe 1819 mit dem „West-Östlichen Divan“ eine wahre Orient-Begeisterung entfachte, lernte Rükkert in Wien bei dem Begründer der wissenschaftlichen Osmanik, Joseph von Hammer-Purgstall, die persischen Sprachen.

Nachdem er den Koran teilübersetzt, mehrere Grammatiken verschiedener Sprachen geschrieben und Gedichte in Ghasel – eine persische Lyrikform – veröffentlicht hatte, berief ihn König Friedrich Wilhelm IV. 1841 nach Berlin. Er blieb sieben Jahre, zog dann nach Neuses bei Coburg zurück, wo er 1866 starb. Geistesgeschichtlich bleibt er von Bedeutung, da mit ihm die Mode für indische und fernöstliche Kulturen in die deutsche Literatur einzog und Autoren wie Hermann Hesse nun anfingen, sich für den Buddhismus zu begeistern. *tws*

Frankreichs Außenminister der vielen Regime

Der »hinkende Teufel« Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord arbeitete für viele Herren – aber es gibt auch Konstanten

Wohl kaum ein anderer Politiker hat derart viele Regimewechsel politisch überlebt wie Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord. Ihm halfen dabei sein diplomatisches Talent und sein Sarkasmus, um nicht zu sagen Zynismus. Das Desinteresse an Ethik und Moral dieses – um es positiv zu formulieren – Realpolitikers zeigt das ihm zugeschriebene Wort: „Das war schlimmer als ein Verbrechen – es war ein Fehler.“

Wenn Talleyrand auch im Gegensatz zu Josef Stalin Mäßigung auszeichnete, so verbindet die beiden doch, dass ihnen ein mehr oder weniger ausgeprägter Zynismus eigen war und beide zumindest zeitweise ein Priesterseminar besucht haben. Im Falle des am 2. Februar 1754 in Paris geborenen Franzosen war die Entscheidung hierzu aus der Not geboren. Seine Eltern waren zwar von Adel, aber auch arm und der Weg ins Militär war ihm zu seinem Leidwesen durch seinen Klumpfuß verbaut. Dieser hatte – so Talleyrand in seinen Memoiren – seine Ursache in der Unachtsamkeit einer Pflegerin, die ihn als Kleinkind von einer Kommode fallen ließ. Es folgten die vier schönsten Jahre seiner Kindheit bei einer Urgroßmutter, bis er auf das Collège d'Harcourt kam, wo er die nächsten fünf Jahre verbrachte.

Gegen seinen Willen folgten anschließend die Ausbildung und das Dasein eines Geistlichen. Keuschheit war ihm fremd und so verlief seine Karriere für einen Angehörigen des Adels ziemlich schleppend. Dank eines Onkels wurde er 1780 Generalagent des französischen Klerus. Dieses Amt kam ihm entgegen, da zu ihm weltliche Verwaltungsaufgaben gehörten. Mit 31 Lebensjahren wurde er dann endlich Bischof, aber das auch nur, weil sein Vater König Ludwig XVI. auf dem Sterbebett um diesen letzten Gunstbeweis gebeten hatte.

Talleyrands Chance, sich als Geistlicher in der Politik, seinem Metier, zu betätigen, schlug, als der französische König 1789 die Generalstände einberief. Der Franzose und Geistliche, dessen Biografie eine gewisse Affinität zu den Briten wie ein roter Faden durchzieht, kandidierte hierfür mit einem liberalen Programm und Erfolg.

Talleyrand schwebte eine konstitutionelle Monarchie mit zwei Kammern nach britischem Vorbild vor. Nach dem Ausbruch der Revolution wechselte er aus seinem Zweiten in den Dritten Stand und in der aus jenem hervorgegangenen Nationalversammlung. Klar entschied er sich gegen die Kirche und für den sich neu ausbildenden französischen Nationalstaat, und wenn man Talleyrand überhaupt ein Ideal unterstellen will, dann war es sicherlich Frankreichs Größe. Dafür war Talleyrand auch bereit, den Bruch mit seinem Papst in Kauf zu nehmen. Er sprach sich für die Verstaatlichung von Kirchengut aus und band sich per Eid an den französischen Staat. Für Talleyrand hatte das zur Folge, dass sich nun die Kirche von ihm trennte. Pius VI. enthob ihn seiner geistlichen Ämter und exkommunizierte ihn sogar.



Der Mann mit den sechs Gesichtern: Karikatur aus dem Jahre 1815 auf Talleyrands Anpassung an die politischen Systemwechsel Bild: Archiv

Talleyrand gehörte zur alten Elite, ohne durch diese kompromittiert zu sein, und stellte sich im Laufe der Revolution glaubhaft auf den Boden der neu entstehenden Ordnung. Er stieg in der Revolution auf, wurde eines ihrer Kinder. 1790 wurde er schließlich Präsident der Nationalversammlung.

Als Freund des Maßhaltens war ihm die sich abzeichnende jakobinische Schreckensherrschaft des Wohlfahrtsausschusses zu extrem. Er ließ sich mit einer diplomatischen Mission betrauen, um Frankreich 1792 legal verlassen zu können. Als Exilort wählte er als erstes die große Insel auf der anderen Seite des Kanals. Doch dort machten die bereits vorher dorthin geflohenen Anhänger des Ancien Régime gegen ihn mobil und so reiste er in die USA weiter.

Nach dem Ende des Großen Terrors (Grande Terreur) kehrt Talleyrand 1796 in die Heimat zurück. Zur Zeit des Direktoriums wird er dessen Außenminister. Er erkennt jedoch, dass nicht diesem, sondern Napoleon Bonaparte die Zukunft gehört, und tritt wenige Monate vor dessen Staatsstreich des 18. Brumaire VIII (9. November 1799) zurück.

Nur wenige Wochen nach seinem erfolgreichen Putsch macht Bonaparte Talleyrand zu seinem Außenminister. So wie Talleyrand Bonapartes Talent erkennt, erkennt umgekehrt auch Bonaparte Talleyrands: „Talleyrand ist durch seine Eigenschaften geradezu prädestiniert für das Führen von Verhandlungen. Er versteht die Welt; er kennt die Höfe Europas durch und durch; er besitzt Finesse, um es bescheiden auszudrücken; er zeigt nie, was er denkt; und schließlich trägt er auch einen großen Namen.“

Es begannen Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit. Beide Franzosen wünschten ein größeres Frankreich. Im Gegensatz zu Bonaparte wollte Talleyrand jedoch maßhalten. In dieser Beziehung Otto von Bismarck sehr ähnlich, wollte er sein Land nur so weit vergrößern, wie es den anderen Großmächten mit dem europäischen Gleichgewicht noch vereinbar erschien. Mit dem Frieden von Amiens, der 1802 den Zweiten Koalitionskrieg beendete, war diese Grenze in Talleyrands Augen erreicht. Immerhin war es in Amiens gelungen, das traditionelle Ziel französischer Außenpolitik zu erreichen, das Land bis zu seinen „natürlichen Grenzen“ einschließlich des Rheins auszudehnen. Und das mit der Zustimmung Großbritanniens, der traditionellen Hüterin des Gleichgewichts auf dem Kontinent.

Bonaparte reichte das jedoch noch lange nicht. Talleyrands Wunsch zuwider führte der kleine Korse weiter Krieg und zwei Koalitionskriege später, nach dem Frieden von Tilsit, der den Vierten Koalitionskrieg 1807 beendete, demissionierte Talleyrand. Er hintertrieb sogar Napoleons Politik in der Annahme, dass Napoleon alles für Frankreich Erreichte verspielen würde.

Nachdem es tatsächlich soweit gekommen war, machte sich Talleyrand für eine Rückkehr der Bourbonen stark. Die von ihm bereits 1789 erstrebte konstitutionelle Monarchie schien nun möglich zu sein. Zudem konnte sich ein von den Bourbonen regiertes Frankreich als erstes Opfer der Französischen Revolution und als natürlichen Verbündeten der antinapoleonischen Siegermächte darstellen. Talleyrand setzte auf das Prinzip der „Legitimität“, was die Hoffnung versprach, dass der Status quo ante restauriert wurde, sprich Frankreich ein Pariadasein erspart blieb und es vielmehr wieder an seine Rolle von vor der Revolution als eine der fünf Großmächte anschließen durfte. Zu diesem Prinzip der Legitimität gehörte eben auch die Rückkehr der Bourbonen auf den französischen Thron. Frankreichs neuer König Ludwig XVIII., der älteste Bruder Ludwigs XVI., dankte Talleyrand dessen Eintreten für die Restauration der Bourbonenherrschaft mit der Ernennung zu seinem Außenminister.

> Sarkasmus, diplomatisches Geschick, Ablehnung politischer Extreme, Affinität zu England und Dienst an Frankreichs Größe

In dieser Eigenschaft leitete Talleyrand auch die französische Delegation bei der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress von 1814/15. Selten ist ein Verlierer nach einer Neuordnung derart ungeschoren davongekommen. Talleyrand hat das ganz unbescheiden als sein eigenes Verdienst erscheinen lassen. Zweifellos hat er den vier anderen Großmächten geschickt einen Strich durch die Rechnung gemacht, als diese glaubten, sie könnten die Neuordnung Europas unter sich aus machen. Er gerierte sich als Anwalt der Mittel- und Kleinstaaten und erhob gegen deren Übergehen Protest. Das Ergebnis war, dass die vier Großmächte Frankreich als fünften im Bunde akzeptierten und Talleyrand dafür nicht mehr gegen die Missachtung der mindermächtigen Staaten protestierte. Allerdings waren die Rahmenbedingungen für den französischen Kriegsverlierer auch ausnehmend günstig, da zum einen sich die Sieger über die Verteilung der sächsischen und polnischen Kriegsbeute entzweiten und zum anderen die den Wiener Kongress dominierenden Politiker Klemens Wenzel Lothar von Metternich aus Österreicher und Robert Stewart, zweiter Marquess of Londonderry und Viscount Castlereagh, aus Großbritannien ein kontinentales Gleichgewicht unter Einschluss Frankreichs anstrebten, nicht zuletzt zur Eindämmung Russlands. Allerdings konnte auch Talleyrand nicht verhindern, dass Bayern und vor allem Preußen linksrheinische Territorien erhielten, was dem zweiten französischen Kaiserreich 1870 zum Verhängnis wurde.

Der Wechsel auf dem französischen Thron von Ludwig XVIII. zu Karl X. führte zu einem Bedeutungsverlust Talleyrands. Letzterer wünschte eine konstitutionelle Monarchie wie zu Zeiten Ludwigs, aber nicht den von Karl unternommenen Versuch, zum Absolutismus zurückzukehren. Talleyrand begrüßte deshalb auch die Julirevolution von 1830. Noch im selben Jahr stellte er sich als Botschafter in London in den Dienst des aus der Revolution hervorgegangenen „Bürgerkönigs“ Louis-Philippe. Die auf der Londoner Konferenz 1830 sanktionierte Loslösung des stark französisch geprägten Königreiches Belgien aus dem stark britisch geprägten Königreich der Vereinigten Niederlande war ein beachtlicher Erfolg.

Aus Altersgründen gab Talleyrand 1834 den Botschafterposten in London auf und zog sich in das Privatleben zurück. Nachdem er vorher noch seinen Frieden mit der römisch-katholischen Kirche gemacht hatte, starb er am 17. Mai 1838 in Paris. *Manuel Ruoff*

Auch für Horst Tappert gilt die Unschuldsvermutung

Die Zugehörigkeit zur Waffen-SS ist kein Verbrechen – Ehrenerklärungen von Kurt Schumacher und Konrad Adenauer

Mehr als vier Jahre nach seinem Tod widerfährt dem 1923 geborenen Schauspieler Horst Tappert so etwas wie eine postmortale Hinrichtung. Der Grund: Ein Soziologe will herausgefunden haben, dass Tappert in einer SS-Flak-Ersatzabteilung und ab März 1943 in der 14. Kompanie des SS-Panzergrenadier-Regiments 1 „Totenkopf“ gedient hat. Ob er sich freiwillig gemeldet hat oder eingezogen wurde, bleibt unklar. Die letztgenannte Einheitsbezeichnung macht stutzig, denn ein exakt so bezeichneter Truppenteil wird in den offiziellen Übersichten über die Formationen der Waffen-SS für den Zeitraum, in dem Tappert dort gedient haben soll, gar nicht aufgeführt. Ganz unabhängig davon, in welcher Einheit der Waffen-SS Tappert gedient haben mag, würde ihn das nicht automatisch seiner Ehre berauben. Denn die Waffen-SS ist als im Verbund der Wehrmacht kämpfende rein militärische Fronttruppe nicht mit der Allgemeinen („schwarzen“) SS und schon gar nicht mit den KZ-Wachmannschaften zu verwechseln, auch wenn es hin und wieder einen Personalaustausch zwischen den Organisationen gab. Zur Frage der kollektiven Diffamierung der Waffen-SS kann es keine jeglicher Nähe zum Nationalsozialismus unverdächtigere Stimme als die des legendären Sozialdemokraten und ehemaligen KZ-Häftlings Kurt Schumacher geben. Im Oktober 1951 äußerte er sich in einem Schreiben an den jüdischen Verbandsfunktionär Liebmann Hersch über die Integration der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS in die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Seine Ausführungen sind so differenziert und aufschlussreich, dass sie hier wiedergegeben werden sollen:

> Brief Schumachers an Liebmann Hersch vom Oktober 1951

„Die Sozialdemokratische Partei ist ausgegangen und geht aus von jeder Ablehnung und Bekämpfung der Kollektivschuld. Das bedeutet nicht, dass sie damit individuelle Verbrechen entschuldigen oder gar zudecken wolle. Sie tritt für die strafrechtliche Verfolgung krimineller Delikte ein. Es wird für Sie von Bedeutung sein zu erfahren, dass sich die beiden Vertreter der früheren Waffen-SS ausdrücklich zu der Bestrafung dieser individuellen Verbrechen bekannt haben. Es besteht also gerade von dieser Seite gar nicht der Wunsch, an die Stelle der Kollektivschuld eine ebenso unmögliche Kollektivunschuld zu setzen. Die Grundlage dieser Unterhaltung ist das menschliche und staatsbürgerliche Moment. Aus dem zweiten Weltkrieg sind mehr als 900 000 Angehörige der früheren Waffen-SS zurückgekehrt. Diese Waffen-SS ist weder mit der allgemeinen SS, noch mit den speziellen Organisationen der Menschenvernichtung und -verfolgung gleichzusetzen, sondern hat sich selbst als eine Art vierter Wehrmachtsteil gefühlt und ist damals auch so gewertet worden. Die Waffen-SS als Massenformation ist kriegsbedingt gewesen und für Kriegszwecke geschaffen worden. Sicher sind viele der jungen Menschen Träger einer spezifisch hitlerischen Ideologie gewesen, ohne aber die Verbrechen der zwölfjährigen Diktatur als solche zum Bestandteil ihrer politischen Zielsetzung zu machen, sehr oft, ohne sie zu kennen oder ohne sie ausreichend zu kennen. Hunderttausende aber sind ohne ihr Zutun für die SS als Wehrmachtsteil eingezogen oder von anderen Formationen, z. B. von der Luftwaffe, gegen ihr Wollen zur Waffen-SS abkommandiert worden. Die Mehrzahl dieser 900 000 Menschen ist in eine ausgesprochene Pariarolle geraten. Sie sind kollektiv haftbar für die Verbrechen des SD und der Menschenvernichtungsaktionen gemacht worden, trotzdem sie als Waffen-SS kaum nähere Berührung damit hatten als manche andere Wehrmachtsteile. Zu jedem totalitären System hat es gehört, mit allen Methoden der Verstrikkung ein Ergebnis der Mitschuld aller zu erzeugen. Im Falle der Waffen-SS hat man im Bewusstsein der Welt eine totale Komplizität herbeizuführen sich ziemlich erfolgreich bemüht. Uns scheint es eine menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit zu sein, diesen Ring zu sprengen und der großen Masse der früheren Angehörigen der Waffen-SS den Weg zu Lebensaussicht und Staatsbürgertum freizumachen. Die früheren Angehörigen der Waffen-SS haben die ersten Jahre der Hilflosigkeit und der Existenzlosigkeit, die sich besonders für ihre Familien drückend bemerkbar machten, ohne viel Gejammer überstanden. Allmählich zieht aber ein Gefühl der Empörung bei ihnen herauf, das weniger den gegenwärtigen Leiden, als der Angst vor der Ausweglosigkeit ihrer Situation entspringt. Ein kompakter Komplex vor rund 900 000 Menschen ohne soziale und menschliche Aussicht ist zusammen mit ihren Angehörigen schon zahlenmäßig keine gute Sache für eine junge, von größten Spannungen der Klassen und Ideen zerpflügte Demokratie. Ihnen, die keine kriminelle Schuld auf sich geladen haben, sollte man die Möglichkeit geben, sich erfolgreich mit der für sie neuen Welt auseinanderzusetzen. Die überwiegende Mehrheit hat die NS-Ideologie verlassen.“

> Schreiben Adenauers an Paul Hausser vom Dezember 1952

Zweifellos waren die Truppenteile der Waffen-SS stärker ideologisiert als die der Wehrmacht, weshalb sie häufiger als diese in Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht verwickelt waren. Trotzdem hat die große Mehrheit ihrer Angehörigen tapfer und ritterlich ihre soldatische Pflicht erfüllt. Bundeskanzler Konrad Adenauer hat dies Ende 1952 in einem Schreiben an Paul Hausser deutlich gemacht, als er seine vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Wehrmacht auf die Angehörigen der Waffen-SS ausdehnte, „soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben“. Solange ihm nicht nachgewiesen wird, dass er dies nicht getan hat, gilt diese Ehrenerklärung auch für Horst Tappert. *Jan Heitmann*

Schwarz-Rot-Gold statt Wilhelm I.

Vor 60 Jahren wurde der Reiterstandbild-Sockel am Deutschen Eck in ein Mahnmal umgewidmet

Seit 1993 ziert wieder ein Reiterstandbild des ersten Deutschen Kaisers den Denkmalsockel am Deutschen Eck, wie dieses auch schon in den Jahrzehnten nach 1897 der Fall gewesen war, dem Fertigstellungsjahr des Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmals der preußischen Rheinprovinz. Dazwischen diente es mit einem Fahnenmast statt des Standbildes jahrzehntelang als „Mahnmal der deutschen Einheit“.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Reiterstandbild von einer US-amerikanischen Artilleriegranate getroffen. Ob hier übermütige GIs Schießübungen vornahmen, ob hier ein Befehl des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa Dwight D. Eisenhower umgesetzt wurde oder ob der Kunsthistoriker im Staatsdienst Mario Kramp mit seiner US-freundlichen Vermutung richtig liegt, dass „die Befürchtung der Amerikaner, dass sich deutsche Soldaten im Denkmalbereich verschanzt hielten“, die Ursache gewesen sei, sei dahingestellt, doch die Zerstörung am emotional und symbolisch hoch aufgeladenen Deutschen Eck war Fakt und irgendwie musste sich die westdeutsche Politik dazu verhalten.

> »... bis die Einheit ... in Freiheit wieder vollendet ist«

Entsprechend dem westdeutschen Föderalismus fiel die Entscheidung in den Kompetenzbereich von Rheinland-Pfalz. Vor der Gründung des Landes hatte sich bereits die französische Militärregierung der Frage angenommen. Einer Rekonstruktion des Denkmals an den preußischen König, welcher der Grande Nation die deutsche Einheit abgetrotzt hatte, zog sie verständlicherweise andere Lösungen vor. Das Ergebnis war die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes. Ein Friedensdenkmal und eine Marienstatue wurden dabei ebenso vorgeschlagen wie Cafés und Garten-Restaurants. Aus Kostengründen kam es jedoch zu keiner Umsetzung.

Nachdem die Besatzungsmacht die Frage ungeklärt Rheinland-Pfalz überlassen hatte, versuchte dessen Landesregierung den Schwarzen Peter an Koblenz weiterzureichen, indem es der Stadt die Anlage schenkte. Die Stadt verweigerte jedoch die Annahme und so machte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier einen Vorschlag, der die anderen Länder mit ins Boot holte und zudem kostengünstig war. Das Denkmal wurde in ein „Mahnmal der deutschen Einheit“ umgewandelt, wozu an die Stelle der zerstörten Herrscherdarstellung ein Fahnenmast mit der Deutschlandflagge trat.

Die dem Denkmal einst als Sockel dienende Säulenhalle war weitgehend unzerstört geblieben und wurde nun entsprechend dem neuen Zwecke umgestaltet. Dem Föderalismus der inzwischen gegründeten Bundesrepublik wurde unter anderem im unteren Rundgang des Denkmals durch Bronzetafeln mit den Wappen der Bundesländer Rechnung getragen. Des Weiteren wurden auf der Spitze des Deutschen Ecks Fahnenmasten mit den Flaggen der Bundesländer angebracht. Das Saarland, das erst 1957 zur Bundesrepublik kam, sowie die Länder und Provinzen Mittel- und Ostdeutschlands waren nicht durch Flaggen und Wappen, aber dafür durch die namentliche Nennung auf zwei Tafeln in Form von Adlern vertreten, welche die Aufreihung der Bundesländerwappen flankierten.

Der Zeitplan war knapp, aber zum geplanten Einweihungstermin waren die Renovierungs- und Umbaumaßnahmen abgeschlossen. Dabei ist es einmal wieder bezeichnend, dass mit dem 18. Mai nicht etwa ein Jahrestag nationaler



Mahnmal der deutschen Einheit: Einweihung durch den damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss Bild: pa

Bedeutung gewählt wurde, sondern der sechste Verfassungstag von Rheinland-Pfalz. Die Einweihungsfeier wurde gezielt als großes Spektakel angelegt. Schulen und Vereine in Koblenz und der näheren Umgebung erhielten Einladungen und ab 16 Uhr wurden die Festteilnehmer durch ein über Lautsprecher übertragenes Standkonzert eingestimmt. „Es waren Tausende, als der Zeiger der Uhr auf 17.30 zeigte: Menschen in sommerlichen Kleidern, kunterbunt gemischt, von der Arbeit aus den Büros kommend, Mütter mit Kinderwagen, die jüngsten Schängel in Krachledernen und mit gummibereiften Rollern, dazwischen geschäftstüchtige Limonadenverkäufer, Obsthändler und auch ein Würstchenverkäufer. ‚Ein ordentlicher Wasserwerfer wär' mir lieber!‘, meinte einer der Schulbuben, der mit seinen Kameraden zum Spalierbilden anrückte.“ So und ähnlich beschrieb die örtliche Presse anschließend die Volksfeststimmung.

Kurz nach 18 Uhr war es dann soweit. Bundespräsident Theodor Heuss und Ministerpräsident Altmeier trafen ein und platzierten sich am unteren Denkmalsockel um ihre Festansprachen zu halten. Nach der Ansprache des Ministerpräsidenten, während der die Fahnen der Bundesländer an der Spitze des Deutschen Ecks aufgezogen wurden, ging der Bundespräsident, in gewisser Hinsicht der damalige Nachfolger Kaiser Wilhelms I., auf die lange Geschichte des Deutschen Ecks ein. Es sei nur natürlich, so das Staatsoberhaupt, dass man in dieser Stunde von einer Stätte des Deutschen Ordens aus an die von ihm geschaffenen Länder deutscher Art im Osten denke. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal sei gebaut worden als ein Symbol der gewonnenen Einheit. Die Nachgeborenen hätten die Pflicht, den Charakter des stellvertretenden Symbols zu retten und zu erneuern. Das Denkmal, einst errichtet als stolzer Dank für gewonnene Einheit, sei nun ein Bekenntnis zu einer wieder zu gewinnenden Einheit. Am Schluss seiner Ausführungen wurde die Bundesfahne am Mast hochgezogen und die Feierstunde mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes und Böllerschüssen von der Festung Ehrenbreitstein beendet.

„Die am 18. Mai 1953 aufgezogene Bundesflagge soll daher solange auf dem Denkmalsockel wehen, bis die Einheit Deutschlands in Freiheit wieder vollendet ist. Dann sollte der Zeitpunkt gekommen sein, eine dem Gedanken entsprechende endgültige Gestaltung für dieses Deutsche Eck zu wählen.“ Eigentlich hatte Altmeier diese Zeilen 1958 dem Koblenzer Oberbürgermeister Josef Schnorbach geschrieben, um immer wieder aufkommende Forderungen nach einer Wiedererrichtung des Reiterstandbildes abzuwehren. Aber er stellte damit dem von ihm initiierten „Mahnmal der deutschen Einheit“ ein Verfallsdatum aus, das 1990 tatsächlich ablief. Trotz eines großzügigen Stifters sollte es dann allerdings noch einmal drei Jahre dauern, bis die Zweckentfremdung endete und der Denkmalsockel wieder dem Zwecke diente, für den er von seinen Erbauern erschaffen worden war. *Manuel Ruoff*

Redlich bemüht

Nadolny war erfolgsarm, aber unermüdlich

Der deutsche Diplomat und Botschafter des Deutschen Reiches Rudolf Nadolny hat am 18. Mai seinen 60. Todestag. Geboren im Jahre 1873 in eine Familie, die seit Jahrhunderten als Gutsbesitzer lebte, hebt sich der Lebensweg Nadolnys von seinem Umfeld ab. Nach dem Abitur absolvierte er ein Jurastudium an der Albertus-Universität Königsberg, das er 1896 abschloss. Als Nadolny Referendar am Amtsgericht Rhein wurde, begann eine Laufbahn von vielfältigen und oft wechselnden Tätigkeiten. 1901 wurde er Richter in Königsberg, nur ein Jahr später wechselte er ins Auswärtige Amt in Berlin, und bereits 1903 befand er sich im Amt des Vizekonsuls in Sankt Petersburg. Dort verblieb er vier Jahre, bis er 1907 zurück nach Berlin kam und als Legationsrat wieder im Auswärtigen Amt arbeitete und Aufträge in Persien, Bosnien und Albanien erhielt.

> Irans Unabhängigkeit und deutsche Einheit

Im Ersten Weltkrieg wurde er 1915 zum Chef der Sektion Politik in der Nachrichtenabteilung des Generalstabes des Feldheeres ernannt. Ein Jahr später sollte er wieder nach Persien, um sich als Repräsentant des Deutschen Reiches für die Unabhängigkeit Irans einzusetzen. Seine Bemühungen scheiterten jedoch in der Schlacht um Bagdad 1917, woraufhin Nadolny wieder nach Berlin zurückkehrte. Bei den Verhandlungen mit den Bolschewiken, die den Friedensvertrag von Brest-Litowsk zur Folge hatten, war Nadolny Teil der Verhandlungsdelegation.

In der Weimarer Republik wurde er zum Chef des Büros des damaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert ernannt. Seine Botschafterkarriere wurde fortgeführt, indem er 1920 Gesandter in Stockholm und ab 1924 Botschafter der Türkei wurde. Nach Nadolnys Leitung der deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbunds hatte er 1933 den Botschafterposten in Moskau inne, den er im August desselben Jahres wieder freigab, da seine politische Meinung als Botschafter mit der Außenpolitik der Regierung nicht übereinstimmte. Nach Aufgabe dieses Amtes zog sich Nadolny aus der Politik zurück. Nach Kriegsende setzte er sich für eine nationale Einheit Deutschlands ein.

Obwohl Nadolny in seinem Leben viele politische Ziele hatte, so waren seine hauptsächlichen Bestrebungen wie die Unabhängigkeit Irans oder die Verhinderung der deutschen Teilung gescheitert. Nadolny war bis zu seinem Tod mit 79 Jahren politisch aktiv und als unverdrossener politischer Kämpfer geschätzt und respektiert. *M.H.*

Mehr als nur der Status quo ante

Die Prussia-Sammlung soll nicht nur rekonstruiert werden – Projektvorstellung in Berlin

Ostpreußen sei, archäologisch gesehen, eine überaus attraktive Region, ja, das Samland zwischen Frischem und Kurischem Haff sei bis heute „eine der fundreichsten Landschaften Europas“. Wenn das mit dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Hermann Parzinger einer der renommiertesten deutschen Archäologen sagt, muss es wohl stimmen. Parzinger zeigte sich jedenfalls hochgemut auf einer Pressekonferenz im Neuen Museum zu Berlin, auf der ein international besetztes Forschungsprojekt vorgestellt wurde, mit dem die bisherigen archäologischen Archivalien Ostpreußens, soweit sie den Krieg überstanden haben, sowie Ergebnisse neuerer Grabungen erschlossen und für die Forschung zugänglich gemacht werden sollen.

Grundlage bilden die erhaltenen Archiv- und Sammlungsbestände des einst berühmten, vor 1945 im Königsberger Schloss beheimateten Prussia-Museums. Die im Jahr 1844 gegründete „Altertumsgesellschaft Prussia“, entstanden aus der damals überall anzutreffenden Begeisterung für die deutsche Vor- und Frühgeschichte, hatte ab 1881 im Schloss am Pregel eine erste kleine Schausammlung eingerichtet, die sich im Laufe der Jahre zu einer mehrere Hunderttausend Objekte umfassenden Sammlung mit Funden aus der Stein-, Bronze- und Eisenzeit im ostpreußisch-baltischen Raum entwickelte.

Wie so vieles wurde auch diese einzigartige Sammlung im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört. Ein kleiner Teil wurde ab 1943 nach Carlshof [Karolewo], Kreis Rastenburg ausgelagert und befindet sich heute im Museum für Ermland und Masuren in Allenstein. Ein weiterer kleinerer Teil kam kurz vor Kriegende in das Fort Quednau am Stadtrand von Königsberg, das von sowjetischen Militärs besetzt war; erst nach 1990 wurde in wahrer Detektivarbeit russischer Archäologen dieser vom Verfall bedrohte Bestand wiedergefunden und gerettet. Die meisten Gegenstände aber gelangten ins vorpommersche Demmin in ein Gutshaus, wo sie dem Verfall preisgegeben waren. Was 1949 noch vorhanden war, wurde an die Akademie der Wissenschaften der DDR geschickt, die diese Bestände – vermutlich aus politischen Gründen – streng verwahrt in ihren Kellern am Gendarmenmarkt lagerte, wo Fäulnis und Wassereinbruch weitere schwere Schäden anrichteten. Bis 1994 wurden dann diese im wahrsten Sinne des Wortes vergammelten Bestände – Mitarbeiter der Akademie sollen abschätzig von dem „Gelumpe im Keller“ gesprochen haben – an das Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz übergeben, wo sie seitdem fachgerecht untergebracht sind und nach und nach erschlossen werden.

> Erweiterung der Sammlung und bessere Erschließung

Die lange Odyssee und Teilung soll nun aber ein Ende haben. Das von Parzinger vorgestellte Projekt sieht vor, dass alle Bestände, ob in der Republik Polen, in Königsberg oder in Berlin, nach gleichen Kriterien erfasst, soweit möglich restauriert und dann sowohl für die Forschung als auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die etwas umständliche Finanzierung erfolgt im Rahmen des Akademienprogramms der acht deutschen Wissenschaftsakademien über die Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz. Neben dem Berliner Museum ist das Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie in Schleswig beteiligt. Dem wissenschaftlichen Beirat gehören Archäologen aus Moskau, Warschau und den drei baltischen Staaten an. Die Laufzeit des Vorhabens beträgt 18 Jahre, also ein typisches Langzeitprojekt wie die meisten Akademieprojekte.

Animiert werden die Wissenschaftler, wie Parzinger und seine Kollegen aus den Nachbarstaaten sagten, immer wieder durch die erstaunlich reichen Funde, auf die man bis heute stoße. Die südliche Ostseeküste war in der Vorzeit keineswegs ein abgelegener Küstenstrich, sondern ein Handelszentrum zwischen Nord- und Südeuropa. Die Fernbeziehungen reichten bis weit in die Mittelmeerländer. In Gräbern wurden Devotionalien und Schmuck mit hethitischem Einfluss gefunden, und umgekehrt war der an der Ostsee reichlich vorhandene Bernstein ein überaus begehrtes Gut in Südeuropa, wofür der römische Autor Plinius d. J. als Zeuge steht, der sich ärgerte, dass ein Stück Bernstein „mehr wert ist als ein Sklave“.

Der Fahrplan sieht vor, dass neben der archivalischen Erfassung und wissenschaftlichen Bewertung in etwa einem Jahr ein digitales Archiv arbeitsfähig ist, mithin der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. In seinem Konzept als grenzüberschreitendes Projekt steht diese „Siedlungsarchäologische Grundlagenforschung zur Eisenzeit im Baltikum“, so der Projekttitel, mit seinem Bezug auf Ostpreußen derzeit ziemlich einzigartig da. Gewissermaßen ist es eine Wiedergewinnung der Geschichte Ostpreußens mit heutigen wissenschaftlichen Methoden. *Dirk Klose*

Nähere Informationen im Internet unter www.prussia-museum.eu/

Wenn der Staat »umfairteilt«

Zu: „Vom Sozialneid geblendet" (Nr. 15)

Cool bleiben, nur nicht aufregen: Unser (im Ländervergleich eigentlich weniges) Geld gehört uns doch schon gar nicht mehr, wir haben nur noch die Treuhänderschaft für unser mehr oder weniger hart Erarbeitetes und Erspartes. Was sich nicht durch negative Zinsen bereits verflüchtigt hat, was nicht noch rechtzeitig von uns selbst verjubelt wird, wird früher oder später im Säckel des fürsorglichen Staates landen und unter dem Jubel der meisten Mitbürger „umfairteilt" werden.

Und auch wer mit schönen Münzen und Goldbarren vorsorgen wollte, wird eines fernen Tages alles abliefern und gegen buntes staatliches Papier eintauschen müssen (kauft lieber einen Akker!). Aber ich denke, auch dann wird der deutsche Michel die gierigen „Reichen" und die noch gierigeren „Spekulanten" verantwortlich machen, sich über deren Steuerspartricks ereifern, Enteignung fordern und gerne und auch um des lieben Friedens willen in der EU samt Euro verbleiben, dabei alle vier Jahre die schwere Wahlentscheidung um die Einheitspartei „CDUCSUSPDFDP-GRÜNELINKE" treffen.

Außerdem wird der Normalbürger brav seine wenigen Kinder zwecks sozialverträglich richtiger Erziehung beim Staat abgeben, für wenig Geld immer mehr schuften, sich einen ewigen Nazi nennen lassen und sich Hilfe von noch mehr Staat erhoffen. Und all diejenigen, die eine andere Sichtweise haben, werden irgendwann aufhören, flammende Leserbriefe zu schreiben – und resignieren oder rechtzeitig auswandern müssen!

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Einfach bestialisch

Zu: „Am schlimmsten traf es Ostpreußen" (Nr. 12)

Ich selber war Ende 1944 noch zum Militär eingezogen, als sogenanntes letztes Aufgebot, 17-jährig. Im April 1945 bei den Endkämpfen um unser Vaterland habe ich auch einige dieser schrecklichen Vergewaltigungen durch russische Soldaten aus der Dekkung heraus sehen und hören können. Mein Eindruck war, dass es eine Horde von Tieren gewesen sein muss, die über die Frauen hergefallen ist. Bestialisch. Von den russischen Offizieren war kaum etwas zu sehen. Die Frauen schrien, bettelten um Gnade, es war zwecklos.

Es waren mit die schwersten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges. Es ist hier bei der jungen Generation kaum etwas davon bekannt.

Siegfried Seidel, Hagen

Verfall marschiert voran

Zu: „Zu allem fähig, aber zu nichts (mehr) zu gebrauchen?" (Nr. 15)

Die Gesamtsituation in der Bundeswehr-Truppe ist weitaus schlimmer als in der *PAZ* beschrieben. Ich selbst bin Reservist und nehme an mehreren Übungen im Jahr teil. Vor kurzem war ich auf einem vierwöchigen Lehrgang in der aktiven Truppe. Ich war sprachlos über die Verwahrlosung der Truppe (in Bezug auf Disziplin, Ordnung, Kameradschaft und anderes).

Seit Abschaffung der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Personalmangel sind sämtliche Vorgesetzte angehalten, junge Rekruten ja nicht zu verprellen. Das Resultat ist erschreckend. Meine Pflicht zur Verschwiegenheit verbietet es mir, hier Details zu nennen. Bei den jährlich stattfindenden Reserveübungen merkt man davon noch nichts, weil da nur altgediente Kameraden teilnehmen. Und im Gegensatz zu früher sind es heute die Reservisten, bei denen die soldatischen Tugenden noch gelten.

Es stimmt auch nachdenklich, wenn, wie im letzten Jahr selbst erlebt, ein aktiver Brigadegeneral an unserer Übung teilnimmt und dieser am Ende resümiert: „Meine Herren, sie haben hier eine tolle Leistung gebracht. Selbst aktive Kameraden könnten sich hier ein Beispiel nehmen!"

Ich denke gerade wegen des Erlebten ist es meine Pflicht, weiter meinen Dienst in der Reserve zu leisten und dem Verfall, wo möglich Einhalt zu gebieten. In der Gesamtbetrachtung ist die Truppe aber nur das Opfer einer verfehlten Politik. Der Verfall unseres Landes schreitet mit großen Schritten voran und lässt sich nicht aufhalten.

Marco Schmidt, Dresden

Patrioten gesucht

Zu: „Gegen das Land" (Nr. 17)

Es liegt an uns selbst, was wir aus unserer Kultur machen. Es reicht, wenn jeder von uns darüber nachdenkt, was unsere Nation ausmacht. Wenn jeder etwas mehr als Patriot handeln würde, dann wäre vieles leichter und durchsichtiger. Das führt dann auch dazu, dass Migranten mit Bedacht an unsere Kultur herangeführt werden. Jetzt benehmen sich die meisten, wie solche, die Amerika besiedelt haben. Für sie waren die Ureinwohner Feinde. Jetzt sind wir die Ureinwohner und Feinde der Einwanderer.

Adrian Doru, Berlin

Bushido zockt ab

Zu: „Gegen das Land" (Nr. 17)

Bushido hat nie etwas geleistet. Er zieht den Teenies die Kohle aus dem Sparschwein und im Gegensatz zum Fall Hoeneß interessiert es keinen, wo er seine Millionen hinbringt. Wir schaffen uns wirklich ab.

Dr. Peter Siemens, Hamburg

Lotteriespiel um D-Mark

Zu: „Die Geschichte gibt ihnen recht" (Nr. 16)

Ich verhehle nicht, eine gewisse Sympathie für die AfD zu empfinden. Gleichwohl stellt sich mir die Frage, ob das Wirtschaftswachstum in den 1970er Jahren bei gleichzeitiger Aufwertung der D-Mark als Prognosegrundlage für die 2010er Jahre geeignet ist.

Sämtliche politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und Strukturen haben sich bekanntermaßen in den vergangenen 40 Jahren gravierend verändert. Insoweit ist davon auszugehen, dass eine positive Prognose des Erfolgs der Wiedereinführung der D-Mark ebenso erstellt werden kann, wie mit Fug und Recht eine negative.

Wir können nämlich im Grunde nur die verschiedenen Mechanismen des Leistungsausgleichs innerhalb der beiden Währungssysteme miteinander vergleichen. Letztlich – und das wird übersehen – „bezahlte" Deutschland durch die Aufwertungen der D-Mark, was den Außenhandel damals bremste.

Heute gibt es keine solche Bremse mehr, wodurch die schwächeren Staaten, die sich vormals mit Abwertungen gegenüber der D-Mark „zur Wehr" setzten, nunmehr – unbeachtet der tiefergehenden innerstaatlichen Gründe – in den Ruin und ins innenpolitische Chaos abzugleiten drohen. Deutschland zahlt jetzt für die schwachen Länder in Euro den Vorteil aus, der Deutschland aus dem Nichtabwertenkönnen – also dem Eurosystem – erwächst.

Es wäre bei aller Euphorie um die D-Mark angebracht, die ganze Situation und eine abermalige Währungsumstellung auch einmal aus dieser Perspektive zu betrachten oder besser: zu erahnen. Denn eine Prognose zu diesem Komplex wäre so sicher wie die der Lottozahlen am kommenden Sonnabend.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf



Appell an die Truppe: Verteidigungsminister Thomas de Maizière glaubt nicht daran, dass der Zusammenhalt der Bundewehr gefährdet ist. Insider sehen das anders Bild: action press

Nicht Ratzeburg

Zu: „Papa Hamlet aus Rastenburg" (Nr. 16)

Ein Lob auf die *PAZ*, dass sie den ostpreußischen Mitbegründer des Naturalismus, Arno Holz, gleich in der Überschrift korrekt in Rastenburg beheimatet hat!

Als ich in „Deutschlandradio Kultur" das „Kalenderblatt" über Arno Holz hörte, dachte ich zuerst, ich hätte mich verhört. Als ich dann aber den Beitrag im Internet ausdruckte, las ich tatsächlich, dass er in Ratzeburg am Ratzeburger See in Schleswig-Holstein geboren sein soll und nicht in Rastenburg/Ostpreußen. Autor Christian Linder, der sonst ein passabler Literaturkritiker ist, hätte nur in Wikipedia nachschlagen müssen, da steht es richtig.

Wenn das ein Einzelfall wäre, könnte man es dabei belassen, aber es häuft sich in den letzten Jahren, dass Geschichte und Kultur der 1945 untergegangenen Ostgebiete vergessen sind, obwohl der Beitrag Ostpreußens und Schlesiens zur deutschen Kultur überdurchschnittlich hoch ist. Schade!

Dr. Jörg Bilke, Coburg

Studentische Spielwiese für linke Aktivisten

Zu: „Zu: „AStA unter Beschuss" (Nr. 14)

Unter einem AStA (Allgemeiner Studentenausschuss) kann sich der Normalbürger kaum etwas vorstellen und der politisch wenig interessierte Normalstudent gleichfalls nicht. Deshalb liegt der Teilnahmequotient bei den AStA-Wahlen allerorten auch immer unter zehn Prozent, weil der Normalstudent in der Regel nicht einsieht, warum er ein so nutzloses und überflüssiges Instrument überhaupt wählen soll.

Hier gerade liegt die Chance aller „linken" Kräfte. Die gehen nämlich immer vollständig zur Wahl, der „Normalo"-Student hingegen nicht, und schon hat man „völlig demokratisch" die Mehrheit im Studentenparlament und im AStA gekapert und man kann auf dessen materielle und finanzielle Mittel zurückgreifen – und die sind wahrlich nicht gering.

Ich habe seinerzeit als Student (ich war auch ein „Linker" früher) einmal als Kassenprüfer fungiert und mir sind dabei die Augen übergegangen. Das war übrigens für mich die Stunde, wo ich anfing nicht mehr „links" zu sein.

Auch hat die Stammtischhoheit im AStA für dessen Mitglieder den Vorteil, sich gleichsam „demokratisch legitimiert" zu fühlen, obwohl man mit weit unter zehn Prozent aller wahlberechtigten Studenten gewählt wurde. Da kann man dann schön im Namen der Studentenschaft fordern, kritisieren und anklagen, nur das eigene Studium kriegen viele AStAs dann nicht mehr auf die Reihe.

Aber Studium ist für diese Gattung Mensch ohnehin nur Nebensache. Gäbe es keine AStAs mehr, würde das dem Normalstudenten gar nicht auffallen. Aber dann wären unsere Universitäten auch nicht mehr „demokratisch verfasst", weil eine ganze Reihe Politaktivisten um ihre Spielwiese käme und sich hier so manche Parteien ihren politischen Führungsnachwuchs herauspicken.

Mir tun immer nur die Normalstudenten leid, die mit ihren (Zwangs-)Beiträgen diese linke Spielwiese notgedrungen finanzieren müssen. AStAs sind de facto so notwendig wie ein Kropf, was natürlich die AStAs im Gegenzug als „unerhörten Anschlag" auf studentische Mitspracherechte abkanzeln würden. Aber wer gibt schon freiwillig seine Pfründe auf?

Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin

Frühgeburt von »Multikulti«

Zu: „Tödlicher ‚Dank'" (Nr. 16) und „Panoptikum der politischen Korrektheit (Nr. 12)

Die Idee der Multikulti-Gesellschaft für Deutschland und Europa war bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts in New York geboren worden. Graf Coudenhove-Kalergi, Gründer der Paneuropa-Bewegung und erster Preisträger des Karlspreises der Stadt Aachen, schrieb bereits 1922 in seiner Schrift „Adel" und ein Jahr später in der Freimaurerzeitung, Wien, Nr. 9/10, 1923: „Wir erstreben ein orientalisches Europa mit einer eurasisch–negroiden Mischrasse der Zukunft. Diese zukünftige Mischrasse wird äußerlich der altägyptischen Rasse ähnlich sein: Führer werden die Juden sein als neuer Adel von Geistes Gnaden."

Coudenhove-Kalergi war Mitglied der B'nai-B'rith-Loge (Söhne des Bundes), die sich auf Angehörige jüdischen Glaubens beschränkt. 1955 erhielt er anlässlich der Verleihung des Karlspreises an Winston Churchill „wegen besonderer Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland" das Großkreuz des Bundeverdienstordens. Also eine der höchsten Auszeichnungen der Bundesrepublik.

Die oben erwähnte Idee wurde schließlich durch drei zurückgekehrte Immigranten, die die bereits in den 20er Jahren gegründete „Frankfurter Schule" wieder ins Leben riefen, in Deutschland verbreitet und gelehrt. Die 68er waren gelehrige Schüler, denen die Grünen mit Erfolg nacheiferten, leider mit einem unumkehrbaren Ergebnis.

Gebhard Knull, Buxtehude

Taten verharmlost

Zu: „Die Deutschen sind keine Menschen" (Nr. 14)

Ich selbst habe aufgrund der schlimmen Erlebnisse auf der Flucht bis heute kein entspanntes Verhältnis den Sowjets gegenüber finden können. Wenn ich in der DDR einmal davon sprach, sagte man mir immer, das hätten die Sowjetsoldaten nicht getan und überhaupt wäre ich ja noch so klein gewesen, dass ich ja nichts davon hätte wissen können. Diese Genossen schienen nicht zu wissen, dass die ersten Jahre im Leben eines Menschen für immer prägend sind.

In einer Fernsehsendung antwortete ein Sowjetgeneral, als man ihn mit den Vergewaltigungen konfrontierte: „Nun ja, das kam vor. Aber was wollen Sie? Die Soldaten waren jung, hatten oft ohne Frauen gelebt, da schlägt man eben mal über die Stränge."

Bernhard Ax, Halle-Neustadt

Hoffen auf den Crash

Zu: „Erste Sicherungen durchgebrannt" (Nr. 15)

Jeder Bankkunde war und ist gleichzeitig auch Darlehensgeber für seine Bank. Ein Kredit als Kontoguthaben an die Bank ist gut für die ein Prozent Hinterlegung an die Bundesbank, damit mit dem Faktor 99 Geld aus dem Nichts (Fiat-Geld, Giralgeld) geschöpft werden kann. Dieses Geschäftsmodell ist genial, denn mit der staatlichen Legitimation, also der Gesetzeskraft, wird aus mathematischen und naturgesetzlichen Gründen die Massenenteignung nebst Verelendung ganzer Volkswirtschaften erfolgen.

Es ist ein staatlich erlaubtes Schneeballsystem. Wer das nicht will, der ist gefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Zins im Geldsystem entfernt wird. Sonst ist es im Schuldgeldsystem nicht möglich, Schulden zu bezahlen, denn würden diese bezahlt werden, gibt es danach kein Geld.

All diese Folgen im Schuldgeldsystem konnten nur aus der Unkenntnis und den falschen Lehren an Schulen zur Praxis werden. Ich kann nur hoffen, dass nach dem Crash ein Geldsystem installiert wird, bei dem die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden.

Hartmut Lau, Indaial, Santa Catarina, Brasilien

Bitte vernichten!

Zu: „EU-Richtlinie verärgert Firmen" (Nr. 17)

An solchen Absurditäten, der Zahlungshöchstfrist von 60 Tagen im Gewerbe, hätte der Rechts- und Staatsphilosoph Hegel sich zu Recht abgearbeitet. Ein Skandal, dem man die praktische Vernichtung der Richtlinie wünscht. Was für den einen gut ist, muss es nicht auch für den anderen sein.

Hegel, dies nur am Rande, sollte bei jedem im Bücherregal stehen. Je mehr die Europadiktatur Einzug hält, desto mehr treten Wahrheit und Erfahrung auseinander.

Michael Schröder, Iserlohn

Sozialer Kollaps droht

Zu: „Aufgedrängt" (Nr. 16)

Seit nun mehr als einem Jahr lese ich regelmäßig die *PAZ* und kann deren kritische Haltung zum Thema Sozial- und Einwanderungspolitik sehr gut verstehen.

Selber arbeite ich zurzeit in einem Kaufhaus an der Kasse. Ab und an vergibt das hiesige Sozialamt Kleidergutscheine für Asylbewerber und Sozialhilfeempfänger. Es schmerzt mich einfach mit anzusehen, wie der Staat diesen Menschen, die augenscheinlich nie eine Chance haben werden, Teil einer steuerzahlenden Sozialgemeinschaft zu werden, das Geld so einfach hinterherwirft.

Nicht selten kommt es vor, dass eben jene Kunden mit modernem technischen Gerät wie iPads oder iPhones in unser Warenhaus kommen, um ihre Gutscheine einzulösen. Und ich bekomme für mein Studium noch nicht einmal Bafög und muss mich verschulden. Ich kann nur hoffen, dass auch auf diesem Gebiet die neue Partei „Alternative für Deutschland" tätig wird, denn mit dieser Politik sowie in Hinblick auf den Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien befürchte ich den sozialen Kollaps der Bundesrepublik Deutschland.

Alexander Canaza Chambi, Enzelhausen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 19 – 11. Mai 2013

MELDUNGEN

Museen laden zur Nacht ein

Königsberg – Am 17. und 18. Mai ist es wieder soweit: Zum achten Mal öffnen die Museen der Pregelmetropole nachts ihre Pforten für Besucher. Königsberg hatte sich erstmals 2006 an einer langen Nacht der Museen, einer von Berlin ausgehenden Idee, die sich in zahlreichen europäischen Städten durchgesetzt hat, beteiligt. Um die 17 teilnehmenden Museen bequem erreichen zu können, wird ein Buspendelverkehr eingerichtet. Das einheitliche Ticket zum Preis von 450 Rubel (etwa 11 Euro) ist gleichzeitig Eintrittskarte für alle Museen und Busfahrkarte. Die Königsberger Ausstellungsstätten – unter anderem Kunsthistorisches Museum, Bernsteinmuseum, Friedländer und Friedrichsburger Tor, das Ozeanmuseum mit seinen Filialen – haben für das Ereignis besondere Projekte vorbereitet. Außerhalb der Gebietshauptstadt findet die Museumsnacht einen Tag später statt. Nähere Informationen unter www.museum-night.info. *MRK*

Ein Film zu Kants Ehrentag

Königsberg – Anlässlich des 289. Geburtstags von Immanuel Kant wurde im Königsberger Dom ein Film über den großen deutschen Philosophen uraufgeführt. Laut der Gebietsregierung handelt es sich bei dem Streifen um ein Porträt des berühmten Deutschen. Der Film mit dem Titel „Immanuel Kant. Der philosophische Pfad“ ist ein Werk von St. Petersburger Filmschaffenden. *MRK*

Die Schönste unter Hundert

Königsberg belegt ersten Platz im russischen Städtewettbewerb – Königsberger schauen lieber gen Westen

Zum zweiten Mal in Folge führt Königsberg die Rangliste der „100 schönsten Städte Russlands“ an. Staatliche Agenturen und Zeitungen hoben die Pregelmetropole auf diesen Platz, doch deren Bewohner sehen die große Ehre mit Skepsis.



So schön nur von wenigen Blickwinkeln zu sehen: Pregel mit Fischdorf Bild: J.T.

Staatliche Agenturen und Zeitungen bewerten jährlich Hunderte russische Städte hinsichtlich verschiedener Kriterien ihrer Entwicklung. In diesem Jahr, wie auch schon im vergangenen, hat Königsberg dieses „Ranking“ gewonnen. Das Handelsblatt „RBK“ zählt Königsberg immerhin zu den sieben schönsten Städten des Landes. Bewertet werden Städte und Kreise mit über 100000 Einwohnern, wobei die Großmetropolen Moskau und St. Petersburg ausgenommen sind. Insgesamt wurden 13 verschiedene Kriterien bewertet, nach deren Auswertung Königsberg mit weitem Abstand vor Jekaterinburg und Belgorod führt.

Folgende Kriterien flossen mit ein: der durchschnittliche Umsatz des Einzelhandels, berechnet auf einen Warenkorb, die Zahl der Studenten und die der Ärzte auf 10000 Bewohner, wie viele Vorschulkinder auf einen Kindergartenplatz kommen, die durchschnittliche Wohnfläche, der Umfang von Wohnraumneubauten pro Einwohner, die durchschnittlichen Investition in das Grundkapital und das durchschnittliche Steueraufkommen.

Die Autoren der Rangliste führen den Spitzenrang Königsbergs auf seine Lage als Sonderwirtschaftszone und seine Nähe zur Europäischen Union zurück: „Königsberg ist ein hervorragendes Beispiel für Unternehmertum, das durch Steuer- und Zollvergünstigungen vorangebracht wurde.“

In anderen Bereichen kann Königsberg allerdings nicht solche Erfolge nachweisen. In der Rangliste der Städte mit den komfortabelsten Lebensbedingungen, die vom St. Petersburger Institut für räumliche Planung „Urbanica“ gemeinsam mit dem Architektenverband erstellt worden ist, nimmt die Metropole an der Pregel von 100 getesteten Städten nur den 28. Platz ein.

Noch bescheidener sehen Königsbergs Ergebnisse bei einer anderen Aktion aus. Im Rahmen des Projekts „Russische Stadt. Nationale Wahl 2012“, die mit Unterstützung der Staatlichen Tourismusagentur durchgeführt wurde, haben Millionen Russen geäußert, welche Stadt ihrer Meinung nach die beste sei. Die Befragung war Teil des „Jahres der russischen Geschichte“. Mit diesem Projekt sollten nationale Werte gebildet und gefestigt werden sowie auch das Interesse an der Geschichte russischer Städte überhaupt geweckt werden.

Auf anderen Listen weiter hinten platziert

Diesen Wettbewerb gewann Smolensk, Königsberg landete auf Rang 67. Natürlich basieren diese Ergebnisse nicht auf professionell erstellten Kriterien, sondern sie geben allein die Meinung der Städter wieder.

Die Königsberger sind ohnehin nicht geneigt, ihre Stadt mit russischen zu vergleichen, sondern sie nehmen lieber benachbarte europäische zum Beispiel, die sie ständig besuchen können. Deshalb ruft der erste Platz für die schönste Stadt Russlands bei vielen Gefühle von Ironie und Unverständnis hervor. Vertreter der Stadt- und Gebietsregierung erklären die Skepsis der Königsberger damit, dass sie nur wenig von den Städten in Russland kennen, sondern mehr nach Europa tendieren. Die Exklavenbewohner fragen sich unweigerlich: Wenn bei uns fast alles bemerkenswert ist, wie leben dann die, deren Stadt nur den 50. oder 90. Platz erlangt hat?

Die Königsberger können selbst am besten beurteilen, wie ihre Alltagssituation aussieht. Selbst wenn statistisch das Zahlenverhältnis zwischen Ärzten und Einwohnern sowie zur Verfügung stehenden Kindergartenplätzen und Vorschülern positiv beurteilt wurde: Die Wartelisten für einen Kindergartenplatz sind gewaltig, weil sich in der postsowjetischen Zeit ihre Zahl drastisch verringert hat. Kindergärten mussten Hochhäusern und Handelszentren weichen. Einzelne Bauprojekte für neue Kindergärten können die Lage nicht wesentlich verbessern.

Ein weiteres brennendes Problem ist die Gesundheitsversorgung. Zwar ist die Lage im Königsberger Gebiet nicht schlechter als in den meisten Regionen der Russischen Föderation, aber selbst offizielle Vertreter der Regierung sehen den kläglichen Zustand der medizinischen Einrichtungen. Zahlreiche Maßnahmen und Versuche, die Situation zu verbessern, haben nur wenig Wirkung gezeigt.

Das Einzige, worin die Königsberger ohne Widerspruch mit dem Rating übereinstimmen, ist die auf jeden Einwohner kommende Zahl der Handelszentren, die auf den Plätzen der Stadt gebaut worden sind. *Jurij Tschernyschew*

Ein Prozedere wie im Mittelalter

Universität in Allenstein verleiht Osnabrücks Professor Christian von Bar die Ehrendoktorwürde

Die Ermländisch-Masurische Universität in Allenstein (UWM) hat zum 27. Mal den Titel eines Ehrendoktors verliehen. Als fünfter Deutscher wurde der Juraprofessor Christian von Bar aus Osnabrück ausgezeichnet, dessen Familie aus Schlesien stammt.

Zu den Ehrendoktoren der UWM gehören der Kardinal Stanisław Dziwisz und der Professor Władysław Bartoszewski ebenso wie Allensteins Ehrenbürger aus Offenburg Georg Dietrich, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und der ehemalige Präsident des Europaparlaments Hans-Gerd Pöttering. Nach Pöttering erhielt mit von Bar nun bereits ein zweiter Bundesbürger aus dem Kreis Osnabrück die Würde eines Ehrendoktors. Kein Wunder, denn Osnabrück und Allenstein sind Partnerkreise. Initiiert wurde die Verleihung des Ehrendoktortitels an von Bar denn auch vom Landkreis Allenstein.

Zu Beginn des Festaktes, der unter der Schirmherrschaft des polnischen Außenministers Radosław Sikorski stand und an dem auch eine Delegation aus Osnabrück mit dem ehemaligen Landrat Manfred Hugo an der Spitze teilnahm, begründete der Rektor der UWM, Ryszard Górecki, die Entscheidung des Universitätssenats, von Bar in dieser Weise zu ehren. Von Bar erhalte, so der Rektor, den Titel „für hervorragende Verdienste bei der Synthese des europäischen Privatrechts, der Steigerung des Interesses der westeuropäischen Komparatisten am Recht Osteuropas, beim Brückenschlag zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Komparatisten sowie der Inspiration und Förderung der polnischen und besonders der ermländisch-masurischen Wissenschaft des Privatrechts“.



Der Ehrendoktor und der Rektor beim Festakt: Christian von Bar und Ryszard Górecki Bild: UVM

Von Bar sei ein Jurist europäischen Ranges, wie Bronisław Sitek, der Dekan der Fakultät für Recht und Verwaltung der UWM, die mit von Bar seit einigen Jahren intensiv und fruchtbar zusammenarbeitet, in seiner Laudatio betonte: „Er gründete 2003 an der Universität in Osnabrück das European Legal Studies Institute, dessen Direktor er bis heute ist. Außerdem leitet er seit 1999 die Study Group on a European Civil Code.“ Diese Studiengruppe ist ein Netzwerk europäischer Rechtswissenschaftler im Vergleichenden Recht und im Europäischen Privatrecht. Gleichzeitig erntete Professor von Bar Lob für die Treue zu seiner Universität – er lehrt seit 1981 in Osnabrück – und den Einsatz für die polnischen Kollegen. „An seinen Forschungsgruppen nahmen viele junge Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern teil, darunter aus Polen. Dank ihm studierten in Osnabrück viele polnische Studenten“, so Sitek.

Der Allensteiner Landrat Mirosław Pampuch ergänzte: „Sie haben nicht nur einen hervorragenden Wissenschaftler, sondern vor allem auch eine warmherzige und menschliche Person für sich gewonnen.“

Nach der Übergabe des Diploms – auf Latein – trat der frischgekürte Ehrendoktor zu seiner Vorlesung zum Thema „Die Rolle des vergleichenden Rechts bei der Bildung eines europäischen Privatrechts“ an – auf Englisch, wie er das in seiner täglichen Arbeit tun muss. Vorher dankte er der Universität für die Ehrung, und fügte bescheiden hinzu: „Eigentlich hätte ich es vorgezogen, an diesem Nachmittag nicht zu sprechen. Nicht aus Angst, Sie zu langweilen, sondern vor allem, um die heutigen Eindrücke auf ruhige und nicht so hörbare Weise zu reflektieren.“ *Uwe Hahnkamp*

C. von Bar

Der 1952 in Hannover geborene Jurist und Universitätsprofessor Christian von Bar ist Inhaber eines Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Europäisches Privatrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Osnabrück. Dort gründete er 1987 das Institut für Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung sowie 2003 das European Legal Studies Institute (ELSI), dessen geschäftsführender Direktor er seither ist. Des Weiteren ist er seit 1999 Vorsitzender der Study Group on a European Civil Code. Von Bar ist Gründungsmitglied des European Law Institute, das sich der juristischen Forschung sowie der Verbesserung des europäischen Rechts widmet mit dem Ziel, die europäische Integration auf dem Gebiet des Europarechts konstruktiv zu begleiten.

Vor jener in Allenstein hatten ihn bereits andere polnische Universitäten geehrt. Seit 2011 ist er Träger der goldene Verdienstmedaille der Schlesischen Universität in Kattowitz und Honorarprofessor an der Jan-Dlugosz-Universität in Tschenstochau. *M.R.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt Freundschaften, die halten ein Leben lang, auch wenn sich längst die Wege getrennt haben. Sie halten auch dann, wenn man von dem Freund oder der Freundin von einst lange nichts mehr gehört hat, denn sie bleiben in der Erinnerung lebendig. Und führen immer wieder zur Suche, auch noch im späten Alter, aber gerade deshalb besonders intensiv. Vor allem, wem man liest, dass andere Suchende auch nach Jahrzehnten vergeblicher Suche schließlich doch Erfolg gehabt haben, und das oft über unsere Ostpreußische Familie. So gibt es Briefe, wie den von Herrn **Gerhard Minuth** aus Frankfurt am Main, der mit den Sätzen beginnt: „Immer wieder lese ich in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* Ihre Seite. Viele Suchende haben mit ihren Anfragen Erfolg. Vielleicht habe ich auch das Glück!“ Es wäre schön, wenn seine jahrzehntelange Suche endlich zu einem Erfolg führen würde. Unsere Ostpreußische Familie ist jedenfalls der Joker, den Herr Minuth nun setzt, um seinen alten Schulfreund **Kurt Nöske** endlich zu finden. Beide sind geborene Königsberger. Gerhard Minuth, *30. September 1929, wohnte bis Kriegsende in der Insterburger Straße 4, sein etwa gleichaltriger Tischnachbar in der Sackheimer Mittelschule war Kurt Nöske vom Lieper Weg. Sie waren die besten Freunde, hegten als Sackheimer Bowkes gemeinsam Streiche aus und standen einander bei, wenn etwas schief ging. Ende des Jahres 1944 verloren sie sich aus den Augen. Anscheinend hatte Kurt Nöske die Schule verlassen, denn Gerhard Minuth blieb in Königsberg. Zwar nicht mehr in der Insterburger Straße, er wohnte mal hier, mal dort im russisch besetzten Königsberg. Bis zu seiner Ausreise 1948 arbeitete er in der Brauerei Ostmark. Es ist anzunehmen, dass sein Freund Kurt nicht in Königsberg verblieb. Vielleicht hat er noch vor der russischen Okkupation die Stadt verlassen. Er könnte auch als etwa 16-Jähriger zur Flak gekommen sein – niemand konnte Gerhard Minuth etwas über das Schicksal seines Freundes sagen. Das Haus am Lieper Weg, in dem Kurt gewohnt hatte, war der Hirschkrug. Er hatte auch noch eine Schwester, an deren Namen sich Herr Minuth allerdings nicht mehr erinnert. „Vielleicht gibt es noch jemanden, der etwas von ihm weiß – oder Kurt meldet sich noch!“, hofft Herr Minuth. Da ist die Latte allerdings ziemlich hoch gelegt. (Gerhard Minuth, Friedrich-Stampfer-Straße 18 in 60437 Frankfurt am Main.)

Auch Herr **Werner Mai** aus Maisach sucht noch immer seine Freundin aus Königsberger Kindertagen. Wir hatten vor einiger Zeit schon einmal nach **Ursula Brandenburg** im Rahmen der Suche nach ehemaligen Mitbewohnern der Familie in der Schönstraße 11 geforscht, aber während es zu einigen der erwähnten Namen einige Zuschriften gab, herrschte im Fall Ursula Brandenburg Schweigen. Mit dem zwei Jahre älteren Mädchen verbrachte der 1938 geborene Werner die Bombennächte im Keller, denn sie bewohnten mit ihren Müttern gemeinsam die Räume im Obergeschoss des Hauses in der Schönstraße, durchlebten zusammen die Schrecken des Krieges – das verbindet. Herr Mai besitzt noch ein Foto, das ihn auf dem Balkon des Hauses Schönstraße 11 zusammen mit Ursula Brandenburg und Frau **Lagerpusch** – deren Friseursalon sich in dem Hause befand – zeigt und das er uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt hat. Vielleicht hilft diese alte Aufnahme bei der Suche weiter. Aber das alleine ist nicht der Grund seines erneuten Schreibens, das diesmal nicht nach Königsberg, sondern nach Masuren führt, in den Kreis Treuburg, denn seine Mutter stammte aus Czukten und ihre Kinderzeit verlebte sie in Treuburg. Nun ist Herr Mai dabei, für seine Enkel eine Familienchronik zu schreiben, in der er ihnen so viel Wissenswertes wie möglich über ihr Stammland vermitteln möchte. Und da gibt es doch einiges zu erklären, so auch, warum Treuburg früher Marggrabowa hieß und im Kreis Oletzko lag. Über die Umbenennung aufgrund der vielen Stimmen für Ostpreußen bei der Abstimmung am 11. Juli 1920 konnte ich ihm Auskunft geben und ihn auch über die Stadt mit dem einst größten Marktplatz des Deutschen Reiches informieren, aber hinsichtlich des Geburtsortes seiner Mutter vermochte ich ihm nur einige Angaben zu vermitteln: Czukten (Czukty), 1938 umbenannt in Schuchten, Dorf, 13 Kilometer von Treuburg entfernt. Seine Mutter war eine geborene **Slomianka**. Ob diese Familie zu den alteingesessenen Bewohnern gehört, kann vielleicht noch jemand der ehemaligen Nachbarn wissen. Deren Zahl ist aber sehr begrenzt, denn 1945 hatte Schuchten nur 165 Einwohner. Herr Mai würde sich jedenfalls sehr freuen, wenn er etwas über die Heimat seiner Mutter erfahren könnte. (Werner Mai, Bürgermeister-Bals-Straße 8 in 82216 Maisach.)



Der Hirschkrug in Königsberg heute Bild: privat

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Manchmal führen Grabsteine zu einer neuen Spur in der Familienforschung, sie sind steinerne oder eiserne Dokumente, die alle Zeiten überdauert haben. So erging es dem Ehepaar **Hanna** und **Siegfried Hoefer** aus Wanderup, das dabei ist, die Verwandtschaft der Linie Hoefer zu erkunden und zu erfassen. Frau Hoefer hat hierbei die Fäden in die Hand genommen und an uns geschrieben, weil sie sich durch eine Veröffentlichung in unserer Kolumne einen Erfolg verspricht. Der Vater von Siegfried Hoefer war **Emil** Hoefer aus Dobawen/Dobauen, Kreis Goldap. Nun erhielt das Ehepaar kürzlich das Foto eines Grabsteines mit der Inschrift: „Hier ruhet in Gott mein lieber Mann **Fritz** Höfer, geboren 17. September 1898, gestorben 2. Juli 1938“. Die Aufnahme stammt aus dem Nachlass von **Elisabeth Weiß** geborene **Arnold** aus Budweitschen/Elsgrund im Kreis Goldap. Elisabeth Weiß war in erster Ehe mit **Hugo** Höfer, einem Bruder von Emil Hoefer, verheiratet. Hugo Höfer wurde in Dobawen geboren und war später Uhrmachermeister in Szittkehmen/Wehrkirchen. Jetzt geht es also um den auf dem Grabstein verzeichneten Fritz Höfer. Da er 1938 verstarb, ist es möglich, dass sich noch ehemalige Bekannte oder Verwandte an ihn erinnern oder über ihn Auskunft geben können. (Hanna und Siegfried Hoefer, Ringstraße 26 in 24997 Wanderup, Telefon 04606/548.)

Der Faktor Zeit spielt eine immer größer werdende Rolle, und deshalb ist ja das wöchentliche Erscheinen der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* so wichtig, weil es zwischen Suchfrage und Veröffentlichung keine den Erfolg verzögernde Zeitspanne gibt. Das geht auch aus dem Schreiben hervor, mit dem sich Frau **Karen Baum** bei unseren Leserinnen und Lesern bedankt. Wir hatten schon berichtet, dass Herr **Hans Dzieran** aus Chemnitz die Herkunft des in Tilsit gefundenen Milchkännchens mit dem Signum „**Paul Artschwager**“ einwandfrei lokalisieren konnte. Und das blitzschnell, weil er meinte, dass „wir Alten von unserem Wissen Gebrauch machen sollten, solange wir dazu in der Lage sind“. Nun schreibt Frau Karen Baum: „Herzlichen Dank für die Zusendungen und Anrufe bezüglich meiner Veröffentlichung des Milchkännchens. Ich bitte um Verständnis, dass ich mich bisher bei niemandem persönlich gemeldet und bedankt habe, aber kurz nach dem Erscheinen meiner Anfrage verstarb leider mein ‚Muttchen‘, so nannte ich sie oft. Ich konnte ihr noch aus der Veröffentlichung vorlesen beziehungsweise sie zeigen und auch noch über zwei Zusendungen erzählen, aber mehr leider nicht. Meine Mutter nahm immer regen Anteil an meiner Familienforschung und half mir, wo sie konnte. Es ist eine schwere Zeit für mich, deshalb auf diesem Wege noch einmal ein Dankeschön für die Unterstützung, die ich durch Ihre LeserInnen erfahren durfte. Ihrer Zeitung bleibe ich treu verbunden und erhalte sie bereits regelmäßig.“ Bezüglich des auch in ihrer Familie vorkommenden Namens „Artschwager“ hat sich allerdings noch keine verwandtschaftliche Verbindung ergeben.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch über die Informationen, die Herr **Frank Schneidewind** bezüglich des Ortes Ketzwalde Herrn **Rolf Schweig** aus Ganderkesee geben konnte, haben wir berichtet. Der Kulturwart der LO-Kreisgruppe Siegerland konnte „einige Hinweise vermitteln“, wie er mir mitteilte – na, das war aber reichlich untertrieben. Denn nun bedankt sich Herr Schweig für die Vermittlung sehr herzlich: „Herr Schneidewind verhalf mir zu zahlreichen Namen und Adressen aus und über Ketzwalde, wovon sich eine als ‚Volltreffer‘ herausstellte. Herr Hans-Henning Dugge schrieb 1912 ein Buch, das neben verschiedenen Geschichten auch jüngere Fotos enthält. Ein Exemplar habe ich bekommen und werde es zu meinen Kusinen in die USA schicken.“ Die hatten nämlich Sehnsucht nach ihrem Heimatort im Oberland bekommen und wollten gerne wissen, wie es dort heute aussieht. Solche umfassenden und aktuellen Informationen, dazu in so kurzer Zeit ermittelt, hatten sie mit Sicherheit nicht erwartet. Kurz vor der Fertigstellung dieses Berichts teilte mir Herr Schneidewind mit, dass er Herrn Schweig die Anschrift einer noch heute in Ketzwalde lebenden Deutschen geben konnte, so dass eventuell auch persönliche Verbindungen zustande kommen.

Aber auch Herr Frank Schneidewind, unser erfahrener und verlässlicher Zuarbeiter, hat eine Suchfrage, und wir erfüllen sie ihm gerne. Im Nachlass seiner Mutter **Johanna Schneidewind** geborene **Günster**, †5. März 2013, fand er Hinweise auf die Namen ihrer ehemaligen Freundinnen aus ihrem Zufluchtsort im Raum Wilster nach der Flucht aus dem östlichen Brandenburg über Thüringen nach Norddeutschland. Von 1946 bis 1948 wohnte Johanna Schneidewind in Dammfleth bei Wilster. Ihre Freundinnen **Else Tramnitzke** und **Waltraud Ulbrich** wohnten im November/Dezember 1947 in Wilster. Dass sie auch beruflich miteinander verbunden waren, beweist ein Vermerk „Deine Arbeitskameradinnen“. Wer weiß etwas über den Verbleib der jungen Frauen und ihr weiteres Schicksal? Über das einer dritten Freundin von Johanna Schneidewind, **Erna Dreher** aus Königsdorf, Kreis Mohrungen, konnte in Erfahrung gebracht werden, dass diese vor einigen Jahren im Ruhrgebiet verstorben ist. (Frank Schneidewind, Grubenstraße 10 in 57462 Olpe.)

Eure

Ruth Geede

Und am Abend kam das Schimmelchen

Eine Kindheitserinnerung zum Muttertag

Immer ist sie da, am Tag wie im Traum. Sie ist abrufbar zu jeder Zeit, wenn es eine Frage gibt, für die man keine Lösung zu finden glaubt. Da denkt man – und manchmal sagt man es auch: „Muttchen, was würdest du jetzt tun?“ Auch wenn man selber schon längst Mutter und sogar Großmutter geworden ist: In der Erinnerung ist und bleibt man Kind und versucht, ihr Wissen und Können, ihre Erfahrung und ihre Hilfsbereitschaft aus der Vergangenheit zu holen und in das reale Leben zu transferieren. Und manchmal hilft es sogar, das Problem zu lösen, weil man es nicht mehr durch die eigene Brille, sondern mit ihren Augen betrachtet. Vielleicht war sie eine Übermutter, wie ich sie oft empfunden habe, wenn mir in jungen Jahren manchmal ihre Dominanz zu mächtig wurde. Heute weiß ich, dass sie dazu gute Gründe hatte, denn wenn sie in der heutigen Zeit gelebt hätte, wäre mit Sicherheit ihr Lebensweg anders verlaufen. Sie, das Landkind, hatte „in die Stadt“ geheiratet, die Sehnsucht blieb: nach dem alten Haus unter den Eichen in Schöckstupönen, das so viel Geborgenheit vermittelte, nach der Weite der grünen Ebene, nach ihren geliebten Tieren, nach allem, was wächst, grünt und blüht. Als junges Mädchen hatte sie davon geträumt, Ärztin zu werden. Das Studium in der Schweiz hätte ihr ein kinderloser Patenonkel ermöglicht, aber ihr Vater war dagegen: „Marjellen studieren nicht!“ Später wollte sie Hebamme werden, aber als Frau eines preußischen Beamten war es damals vor dem Ersten Weltkrieg nicht opportun, einen Beruf auszuüben. So übertrug sie ihre Sehnsüchte, ihre Wünsche, ihren Wissensdurst auf die Kinder. Der Sohn wurde Arzt, auch die Töchter sollten Menschen werden, die sich mit den von ihnen gewählten Berufen selber ihr Leben gestalteten. Ohne sie hätte ich nicht bereits mit 17 Jahren meine ersten Gedichte veröffentlicht, ohne sie wäre ich nie Schriftstellerin geworden. Ohne sie würde ich wahrscheinlich heute im Alter von 97 Jahren nicht diese Zeilen schreiben. Dass ich, das jüngste von fünf Kindern, die sie geboren hatte, mit ihr besonders eng verbunden war, hatte viele Gründe. Ich war mitten im Ersten Weltkrieg an einem bitterkalten Februarsonntag in einer Mietwohnung zur Welt gekommen – als Frühchen, nicht einmal drei Pfund leicht, niemand gab mir Überlebenschancen – nur meine Mutter. „Die bleibt leben“, sagte sie, als mein Vater ihr den Winzling reichte, der gerade auf seiner Hand Platz hatte. Und ich blieb leben, ohne Brutkasten, ohne künstliche Ernährung – dafür stillte sie mich fast drei Jahre lang, denn sie hatte reichlich Nahrung, auch in der Hungerzeit nach Kriegsende. Als sie begann, mir ihre Märchen zu erzählen – uralte seltsame Geschichten, von Generation zu Generation weitergegeben – bauten wir uns eine eigene Wunderwelt auf der Ofenbank, die sie sich auch in der engen Stadtwohnung ertrotzt hatte. Und dann wurde ich jäh aus dieser warmen Geborgenheit gerissen durch ein Ereignis, das ich bis heute nicht vergessen habe, obgleich ich damals erst vier Jahre alt war. Es begann damit, dass meine Mutter am Morgen nicht aufstand, sondern im Bett blieb. Das fand ich wundervoll und wollte zu ihr unter die Bettdecke schlüpfen, aber das wurde mir verwehrt. „Muttchen ist krank“, sagte man mir, „du bleibst im Wohnzimmer und bist ganz still.“ Alles war still in der großen Wohnung, unheimlich still. Ein Wort, das unser Hausarzt Dr. Rosenstock sagte, als er aus dem Schlafzimmer kam, prägte sich bei mir ein: Wanderrose! Ich sang beim Spielen vor mich, denn eine Rose war doch eine schöne Blume, und die blühte nun für meine Mutter. Heimlich schlich ich mich in das Schlafzimmer und setzte mich ganz still auf das Ende ihres großen Bettes. Sie erzählte viel, sah mich aber nicht an und blickte unentwegt in die Ecke zwischen Kleiderschrank und Wand und sagte: „Gleich kommt es!“ Es schien, als ob sie ungeduldig auf etwas wartete. Vielleicht auf die wandernde Rose? Und dann lachte sie, ihre Hände schienen etwas Unsichtbares zu streicheln und sie flüsterte zärtlich „Mein Schimmelchen, mein Schimmelchen!“ Jeden Abend, wenn das Fieber stieg, begann sie zu phantasieren, dann glaubte sie den warmen Pferdeatem zu verspüren, streichelte das schnobernde Schimmelchen, das ich nie sah. Ich wollte es aber auch „puscheien“ und hockte mich auf den Bettrand, wenn ich meinen Geschwistern, die mich bewachten, entkommen war. Schließlich brachte man mich zu Onkel Max und Tante Martha, die in der belebten Kaiserstraße wohnten. Da gab es eine zwei Jahre ältere Cousine, gut zu essen und viel zu sehen – aber als ich nach drei Tagen noch immer jede Nahrung verweigerte und die Nächte durchweinte, holte man mich heim. Und man ließ mich sogar zu Muttchen in das Schlafzimmer. Ich hockte mich wieder auf das Fußende ihres Bettes und sagte keinen Ton. Muttchen auch, aber sie atmete nicht mehr so schnell und ihre Hände lagen still auf der Bettdecke. Als es dunkel wurde, wachte sie auf, blickte aber nicht zum Kleiderschrank. Warum kam denn das Schimmelchen nicht, ich wollte es doch endlich sehen? Ganz langsam rutschte ich die Bettkante entlang und legte meinen Kopf auf ihr Kissen. Ihr Gesicht glühte nicht mehr. „Wann kommt denn das Schimmelchen?“, fragte ich ganz vorsichtig. Meine Mutter sah mich erstaunt an und fragte: „Welches Schimmelchen?“ *R.G.*

Mutters Heimat: Das alte Haus unter den Eichen Bild: privat



ZUM 108. GEBURTSTAG

Maas, Herta, geb. **Stangwald**, aus Elbing, Sonnenstraße 39, am 11. Mai

ZUM 102. GEBURTSTAG

Lippe, Elsa, geb. **Rachstein**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 18. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Prawitt, Lisbeth, geb. **Moehrke**, aus Klein Powayen, Kreis Samland, am 18. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kasper, Margerete, geb. **Dombrowski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Olschewski, Ernst, aus Kielen, Kreis Lyck, am 14. Mai
Wiese, Lieselotte, geb. **Nischk**, aus Lyck, am 18. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kerstan, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Schick, Margarete, geb. **Lelewell**, aus Lyck, Hindenburgstraße 21, am 14. Mai
Schumacher, Hilda, geb. **Scheppert**, aus Tilsit, Lindenstraße 29, am 23. April
Zöttl, Eva, geb. **Kleist**, aus Lyck, Yorkplatz 5, am 17. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klauss, Eva, geb. **Alexander**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Wagner, Magdalene, geb. **Lindenau**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jablonski, Hanna, geb. **Joswig**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 16. Mai
Ruddies, Else, geb. **Urbigkeit**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Stryewski, Hildegard, geb. **Ullisch**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 13. Mai
Tintemann, Heinz, aus Tilsit, Grünwalderstraße 98, am 30. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Chmielewski, Margaret, geb. **Berg**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Hetzelt, Gertrud, geb. **Lasars**, aus Lyck, am 16. Mai
Krause, Ingeburg, geb. **Canditt/Thimm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 11. Mai
Neumann, Herta, geb. **Schnitzer**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 10. Mai
Szillat, Hedwig, geb. **Bolz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Voss, Gertrud, geb. **Pyko**, verwitwete **Napierski**, aus Denkhein, Kreis Neidenburg, und aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Winter, Margarete, geb. **Rossmannek**, aus Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Doll, Hildegard, geb. **Beckmann**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Domnik, Werner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Jacobeit, Prof. Dr. Wolfgang, aus Lyck, am 13. Mai
Kasperowski, Gertrud, aus Neidenburg, am 13. Mai
Klaas, Ida, geb. **Rinau**, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Lunkwitz, Horst, aus Lyck, General-Busse-Straße 10, am 16. Mai
Mai, Eva, geb. **Soltau**, aus Peyse, Kreis Samland, am 19. Mai
Orlowski, Hugo, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Porrey, Elisabeth, geb. **Raphael**, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 16. Mai
Reszat, Eva-Maria, geb. **Brosowski**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Ziemba, Elisabeth, geb. **Müller**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bernitzki, Margarete, geb. **Jurzeniuk**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Bertulat, Fritz, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Mai
Broschell, Gisela, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 14. Mai
Czisso, Gerda, geb. **Schulz**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 17. Mai
Daniel, Erna, geb. **Kruppa**, aus Lötzen, am 17. Mai
Kirschnick, Gerda, geb. **Balluneit**, aus Lehmfelde, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Liedmann, Hildegard, geb. **Bock**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. Mai
Nikoleizik, Willi, aus Statzen, Kreis Lyck, am 17. Mai
Rettkowski, Hans, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 14. Mai
Robbert, Hildegard, geb. **Mügge**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Sareik, Hilde, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Birkholz, Erika, geb. **Schäfer**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Druschke, Hedwig, geb. **Markgraf**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Gudd, Willy, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Hinze, Else, geb. **Herrman**, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Hirsch, Charlotte, geb. **Kell**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Joneleit, Irmgard, geb. **Emmenthal**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Schiller, Elli, geb. **Tabel**, aus Taukitten, Kreis Samland, am 18. Mai
Schmidt, Elsbeth, geb. **Lange**, aus Bartenhof, Thulpörschken, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Schmidt, Gertrud, geb. **Tutahs**, aus Ortelsburg, am 18. Mai
Schmidt, Ruth, geb. **Steiner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Mai
Wiechert, Hilda, geb. **Venohr**, aus Bladiau, Pfarrstraße, Kreis Heiligenbeil, am 17. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bruchmann, Helene, geb. **Scheffler**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 13. Mai
Burdinski, Otto, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 14. Mai
Chlupka, Reinhold, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 19. Mai
Ewert, Gerhard, aus Wehlau, am 17. Mai
Gregorzewski, Klaus, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. Mai
Hallmann-Bellgardt, Hildegard, geb. **Hallmann**, aus Braunsberg, am 15. Mai
Heling, Walther, aus Lindenhof, Kreis Mohrungen, am 14. Mai
Hellermann, Hildegard, geb. **Dagg**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 15. Mai
Huhn, Anneliese, geb. **Kucharzewski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Mai
Jellonnek, Margarete, geb. **Sobolewski**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai
Junkermann, Elfriede, geb. **Starrat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Keller, Elfriede, geb. **Sommerfeld**, aus Neidenburg, am 19. Mai
Koslowski, Erich, aus Lyck, am 19. Mai
Lasarzik, Helga, geb. **Murawski**, aus Lyck, am 19. Mai
Pierlings, Luzie, geb. **Szielenkewitz**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Poppe, Marga, geb. **Sinnak**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Ratmann, Gerhard, aus Tapiau, Lindemannstraße 2, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Riemann, Guido, aus Ortelsburg, am 13. Mai
Sahm, Kurt, aus Königsberg, Königstraße, am 15. Mai
Scheffler, Ilse, geb. **Scheffler**, aus Goldbach, Karpau, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Schmid, Ruth, geb. **Nogga**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 18. Mai
Schneider, Irmgard, geb. **Schwanke**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 13. Mai
Sprengel-Fiebig, Charlotte, aus Königsberg-Rossgarten, am 15. Mai
Steiner, Hanni, geb. **Loeper**, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Tiebert, Herbert, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 17. Mai
Walter, Irmgard, geb. **Barkenings**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Warnat, Klaus-Jürgen, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz, 10, am 15. Mai
Wenig, Anne-Eva, geb. **Philipp**, aus Kirschnehnen, Kreis Samland, am 13. Mai
Wiesner, Ruth, geb. **Dormeyer**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 16. Mai
Woelk, Herta, geb. **Oschlies**, aus Schiewenau, Bonslack, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Wölk, Irmgard, geb. **Schächter**, aus Wehlau, Deutsche Straße 8, am 17. Mai
Wotzke, Elisabeth, geb. **Orginowski**, aus Frischenau Stanillien, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Armgardt, Heinz, aus Koslau, Kirchspiel Ribben, Kreis Sensburg, am 16. Mai
Baumgarten, Waltraut, geb. **Kulschwski**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Mai
Buchholz, Manfred, aus Bartstein, Kreis Neidenburg und aus Heinrichshöfen, Kreis Sensburg, am 16. Mai
Budischewski, Hans, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. Mai
Deja, Adelheid, geb. **Liebe**, aus Klein Kuhren, Kreis Samland, am 18. Mai
Funk, Ingelore, geb. **Preuß**, aus

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16



Termine der LO

Jahr 2013

5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März 2014: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April 2014: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai 2014: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November 2014: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 11. Mai, 13.15 Uhr, 3sat: Der römische Limes.
Sonnabend, 11. Mai, 15.30 Uhr, ARD: Machen Kinder glücklich? Reportage.
Sonnabend, 11. Mai, 17.30 Uhr, NDR: Echt was los: Hafengeburtstag in Hamburg.
Sonnabend, 11. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Ägyptens versunkene Hafenstadt. Ein Mythos taucht auf. Die Entdeckung der antiken Stadt Herakleion.
Sonnabend, 11. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Arche Noah und das Rätsel der Sintflut. Dokumentation.
Sonntag, 12. Mai, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 12. Mai, 11.15 Uhr, Vox: Wie wirkt Werbung? – Hinter den Kulissen einer Milliardenbranche. Doku.
Sonntag, 12. Mai, 20.15 Uhr, N24: Die neuen Energiesupermächte China und Russland.
Sonntag, 12. Mai, 23.10 Uhr, RTL: Wider Gewalt: Richter, Recht, Gerechtigkeit. Jugendrichter Andreas Müller ist gegen „Kuschelpädagogik“.
Sonntag, 12. Mai, 23.30 Uhr, ZDF: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit…“. Parteigeschichte „150 Jahre SPD“.
Montag, 13. Mai, 14.45 Uhr, 3sat: Pferde, Flüsse und ein Friedhof. Geschichten aus Böhmen, Mähren und der Slowakei.
Montag, 13. Mai, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitfragen. 150 Jahre SPD. Vorwärts in die neue Zeit? Von Heiner Dahl.
Montag, 13. Mai, 20.15 Uhr, ARD: Hungerlohn am Fließband. Die Schattenseiten der vermeintlich guten Beschäftigungslage werden ungeschönt dargestellt. Reportage.
Montag, 13. Mai, 21. Uhr, NDR: Der Pflege-Check. Was tun, wenn die Eltern Hilfe brauchen? Reportage.
Montag, 13. Mai, 21 Uhr, BR: Faszination Wissen. Burnout – Erschöpft vom Leben.
Dienstag, 14. Mai, 13.07 Uhr, Deutschlandradion Kultur: Urlaub auf der Müllkippe? Plastikabfall an der Nordseeküste. Von Anja Krieger.
Dienstag, 14. Mai, 15.15 Uhr, NDR: Strandspaziergänge – Mythos Ostsee.
Dienstag, 14. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Themenabend: Das Geschäft mit dem Klima. Saubere Energie. Das falsche Versprechen. Doku. – 21.10 Uhr: Profit mit schmutziger Luft.
Dienstag, 14. Mai, 23.30 Uhr, Arte: Mengeles Erben. Menschenexperimente im Kalten Krieg. Versuche an Inhaftierten wurden auch nach dem Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion und ihren Verbündeten fortgesetzt.
Mittwoch, 15. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Der Physiker und Publizist Heinz Haber wurde geboren.
Mittwoch, 15. Mai, 15.15 Uhr, NDR: Die Küsten der Ostsee. Baltikum.
Mittwoch, 15. Mai, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Schnörkel oder Kulturgut? Die Geschichte der Schreibschrift. Von Matthias Eckoldt.
Mittwoch, 15. Mai, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Aus Religion und Gesellschaft. Die böhmischen Gotteskrieger. Auf den Spuren der Hussiten in Tschechien. Von Kilian Kirchgeßner.
Mittwoch, 15. Mai, 22.45 Uhr, ZDF: Kaum gekauft, schon kaputt. Der Ärger mit den Elektrogeräten.
Mittwoch, 15. Mai, 23.45 Uhr, ARD: Du Opfer! Wie Gewalt ein Leben verändert.
Donnerstag, 16. Mai, 22.30 Uhr, SWR: Planspiel Atomkrieg (1/2). Adenauers Kampf um die Bombe.
Donnerstag, 16. Mai, 22.30 Uhr, WDR: Wir Kriegskinder. Warum Traumata oft erst im Alter Ängste auslösen und selbst Nachkommen betroffen sind. Report.
Freitag, 17. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 175 Jahren: Der französische Staatsmann Charles Maurice de Talleyrand-Périgord ist gestorben.
Freitag, 17. Mai, 21.05 Uhr, N-TV: Müll-Metropole Berlin: Das Abfall-Geheimnis.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Gemmer, Ursula, geb. **Siemund**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 13. Mai
Goerigk, Lorenz, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 14. Mai
Grabowski, Hermann, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Mai
Grams, Lieselotte, geb. **Krüger**, aus Widminnen, am 13. Mai
Großheide, Elfriede, geb. **Pullwitt**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Henselewski, Kurt, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 15. Mai
Jakubeit, Gertrud, geb. **Metschulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Jermies, Else, geb. **Armbrust**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Kabela, Hanna, geb. **Kaiser**, aus Gauleden, Linkehnen Gut, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Kerwien, Erich, aus Dowiaten, Kreis Angerburg, am 13. Mai
Kitzki, Ruth, geb. **Lamowski**, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 16. Mai
Klupsch, Helga, geb. **Bernhard**, aus Pillau, Kreis Samland, am 16. Mai
Kotowski, Günter, aus Königshagen, Kreis Neidenburg, am 14. Mai
Krüger, Agnes, geb. **Niekulski/Bansleben**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, und aus Gollen, Kreis Lyck, am 16. Mai
Letzing, Gertrud, geb. **Lehmann**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Mrowka, Klaus, aus Ebenrode, am 15. Mai
Olias, Wilhelm, aus Regeln, Kreis Lyck, am 17. Mai
Schwill, Helmut, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 7. Mai
Tepp, Christel, geb. **Müller**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 17. Mai
Thiel, Gerhard, aus Frischenau, Tiefenthamm, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Westphal, Otto, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Angersbach, Irmgard, geb. **Schenda**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, und aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. Mai
Borm, Hartmut, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 18. Mai
Gerasch, Giesela, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Kabisch, Hildegard, geb. **Bernotat**, aus Lichtentann, Kreis Ebenrode, am 17. Mai
Kalnassy, Elfriede **von**, geb. **Schmidt**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Klein, Dietrich, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 16. Mai
Kueßner, Karl-Heinz, aus Ortelsburg, am 13. Mai
Krieger, Werner, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Olschewski, Hartmut, aus Wehlau, Parkstraße 37, am 13. Mai
Opitz, Ursula, geb. **Schroeder**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 14. Mai
Packhäuser, Maria, geb. **Pecka**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Schäfer, Waltraut, geb. **Glanert**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Scharnowski, Horst, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 16. Mai
Schönfeld, Wolfgang, aus Kallen, Kreis Samland, am 16. Mai
Steffan, Günter, aus Wasienen, Kreis Neidenburg, am 14. Mai
Thiel, Manfred, aus Frischenau, Tiefenthamm, Kreis Wehlau, am 19. Mai

Ostpreußisches Landesmuseum

Andenken - Lesung mit Lars Brandt

Mittwoch, 15. Mai, 19 Uhr, Eintritt: 5 Euro/ Schüler und Studenten: 3 Euro.

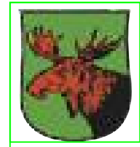
Alle glauben, Willy Brandt zu kennen, den ehemaligen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Träger des Friedensnobelpreises für seine Politik zur Wiederaufnahme und zum Ausbau von friedlichen Beziehungen zum europäischen Osten. Er war die Identifikationsfigur einer ganzen Generation. Aber da gab es auch eine andere Seite: Brandt der Privatmann, Ehemann und Vater. Lars Brandt, zweiter von drei Söhnen des berühmten Politikers, erzählt in seinem Buch „Andenken“, was er in seinem Vater sieht: „Hätte man diesen Menschen von seinen Widersprüchen befreien wollen, wäre wenig von ihm übrig geblieben.“ Unverwechselbar, persönlich und von großer Zuneigung getragen ist dieses Buch, das sich von allem unterscheidet, was über Willy Brandt geschrieben wurde. Hier geht es nicht um Politik oder Biographie, sondern um das Verhältnis zwischen Vater und Sohn. In seinem persönlichen Andenken, mit genauer, knapper und einfühlsamer Sprache erzählt, zeigt Lars Brandt den widersprüchlichen Menschen, der eine so ungeheure Überzeugungskraft besaß.

Lars Brandt, der 1951 in Berlin geboren wurde, lebt heute als Autor, Filmemacher und freier Künstler in Bonn. Eine Veranstaltung des Kulturreferats.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

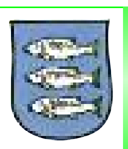


ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschaftstreffen

Sonnabend, 5. Oktober, Soest: Treffen der drei ostpreußischen Heimatkreise Elchniederung, Tilsit-Ragnit und der Stadtgemeinschaft Tilsit. Seit einigen Jahren treffen sich die oben genannten Memelstromer zu einer gemeinsamen Veranstaltung, dem Nachbarschaftstreffen. Aus Gründen der rückläufigen Mitgliederentwicklung sind diese Treffen nötig, um Bekanntschaften zu schließen beziehungsweise zu vertiefen und Erinnerungen auszutauschen. Veranstaltungsort ist die Stadthalle, Dasselwall 1, 59494 Soest, Telefon (02921) 36331. Die Kreisstadt Soest liegt mitten im Herzen von Nordrhein-Westfalen. Sie ist bequem über die A 44, B 1, B 229 und B 475 zu erreichen, mit der Bahn im Zwei-Stundentakt per IC-Verbindung. Nach der Eröffnung um 10 Uhr durch Winfried Knocks und dem Geistlichen Wort durch Pfarrer Martin Lipsch erfolgt die Begrüßung durch den Kreisvertreter Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit) und die Vertreter für Tilsit und die Elchniederung. Es schließen sich Gesangsvorträge an. Die Festrede wird Peter Sönnichsen, Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein, halten. Die Tische sind nach Heimatkreisen und Kirchspielen beschildert. Im Foyer können ostpreußische Spezialitäten erworben werden. Mit dem Schlusswort von Dieter Neukamm und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußen-Liedes endet das Nachbarschaftstreffen.



LÖTZEN

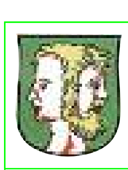
Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Masuren in Neumünster

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen/Ostpreußen in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 h, lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis November findet stets an einem Sonnabend des Monats „Der besondere Tag“ statt, mit der Öffnungszeit von 10 bis 16 Uhr. Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – um 16.15 Uhr. Der Eintritt ist frei. Besuch von Heimatmuseum und Archiv zu anderer Zeit nach Absprache mit Ute Eichler (040) 608 30 03 oder Manfred Kickstein (04326) 14 36. Sehr erfreulich ist die Zugänglichkeit zu unseren Räumlichkeiten ohne jede Treppenstufe. Endlich können Menschen mit Rollator, ja auch im Rollstuhl, uns besuchen. Besucher, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu uns kommen, benutzen bitte vom Bahnhofsvorplatz die Buslinie 4 (Böcklersiedlung) – der Bus fährt alle 20 Minuten – bis Haltestelle Kantplatz (unmittelbar am Restaurant am Kantplatz). Für Autofahrer ist die Autobahnabfahrt Neumünster Mitte anzuraten. Neumünsters Tierpark oder auch das Freizeitbad am Stadtwald liegen nicht weit von unserer neuen Adresse entfernt. Am 25. Mai (10 bis 16 Uhr) laden wir herzlich unsere Nachbarn und alle Interessierten ein, sich im Lötzener Museum umzuschauen und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Veranstaltungen 2013

Folgende Veranstaltungstage sind geplant: 22. Juni: „Geschichten aus der Geschichte“ (die erste Serie). Ausgewählte Exponate aus dem Lötzener Heimatmuseum erzählen – mit den Stimmen von Dieter und Ute Eichler – ihre Geschichte (16.15 Uhr). 27. Juli: Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren“ – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik (10 bis 16 Uhr). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. 17. August: „Künstler auf der Kurischen Nehrung“ – Ein Vortrag (mit Bildern) von Dr. Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg (16.15 Uhr). 21. September: Die Kunst des Bandwebens – Hildegund Hergenhan, Kiel. Ausstellung (auch Verkaufsangebote) und Demonstration des Webens von Jostenbändern von 10 bis 16 Uhr. 19. Oktober: Angelika Rischer, Märchenerzählerin aus Hamburg, erzählt Ostpreußische Märchen (16.15 Uhr). 16. November: Ostpreußen trifft Erzgebirge – ein vorweihnachtlicher Nachmittag (15 Uhr).



LYCK

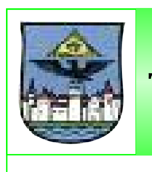
Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Verdiente Lycker werden 85 Jahre alt

Am 8. Mai werden Dr. Hartmut Kondoch und am 21. Mai Peter Dziengel 85 Jahre alt. Beide waren Schüler des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums in Lyck und am Ende des Zweiten Weltkrieges Flakhelfer.

Dr. Hartmut Kondoch, geboren in Grabnick, wo sein Vater Schulleiter war, ist seit 1983 Ortsvertreter seines Heimatortes, seit 1992 Bezirksvertreter und Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck. Das Silberne Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihm am 24. August 2002 verliehen. Verdienste hat Kondoch auch durch die Organisation des Kirchspiel-Treffens der Grabnicker in Egenroth im Taunus und durch die Herausgabe des jährlich erscheinenden Grabnick-Briefes.

Peter Dziengel, geboren in Lyck, ist seit 1987 Stadtsprecher seiner Heimatstadt und Mitglied des Kreisausschusses unserer Kreisgemeinschaft. Von 1993 bis 2008, also 15 Jahre lang, redigierte Dziengel unseren Hagen-Lycker Brief. In Berlin ist er Kreisbetreuer der Lycker. Das Goldene Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihm am 30. August 2008 verliehen. Die Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert beiden verdienten Lyckern zum Geburtstag und wünscht noch viele Jahre bei guter Gesundheit.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Besuch aus Breitenstein

Sechs Schüler und zwei Lehrer aus Breitenstein [Uljanowo] besuchten Mitte April ihre Partnerstadt Lütjenburg. Zum Programm gehörten eine Stadtführung in Lütjenburg, Ausflüge nach Kiel und Lübeck, ein gemeinsames Kochen russischer Spezialitäten, aber auch Unterrichtsstunden. Organisiert von den Mitgliedern der Partnerschaftskommission ist es seit 2011 die zweite russische Schülerdelegation. Im vergangenen Jahr fand ein Gegenbesuch von Lütjenburger Schülern statt. Die Partnerschaft zwischen den beiden Gemeinden existiert bereits seit 60 Jahren. Die Jungen und Mädchen der Klassen sieben bis zehn, die seit mehreren Jahren in deutscher Sprache unterrichtet werden, waren in Lütjenburg bei Familien mit gleichaltrigen, russisch lernenden Jugendlichen untergebracht. Beim Empfang im Lütjenburger Rathaus musste die Ansprache des Bürgermeisters Dirk Sohn kaum übersetzt werden, so vertraut waren die Schüler aus Breitenstein [Uljanowo] bereits mit der deutschen Sprache. Der Bürgermeister rief die Jugendlichen dazu auf, viele Kontakte zu knüpfen und einige auch zu halten. „Nur im Dialog kann es allen gelingen, das friedliche Miteinander weiterhin zu sichern“, gab der Bürgermeister den Jugendlichen mit auf den Weg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Neustädtische Schule

Unser langjähriges Schulgemeinschaftsmitglied **Günter Voigt** verstarb nach langem und schwerem Leiden im März 2013. Günter war von der ersten Stunde an, an der Seite von Gretel Seitz, einer der aktivsten und engagiertesten Mitmacher. Seit 2003 war er auch für mich ständig bereit, sich besonders für die Durchführung von Treffen einzusetzen. Seine Verdienste sind unvergessen. Sein Tod ist ein Verlust für die ostpreußische Zeitzeugen-Generation.

Dreiertreffen in Soest

Der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit hat über das nächste gemeinsame Treffen der drei Kreisgemeinschaften am 5. Oktober in Soest/Westfalen beraten. Wir Tilsiter treffen uns schon am Freitag, 4. Oktober, und führen die satzungsbedingte Stadtvertretersitzung durch. Ich würde mich freuen, wenn nach dem Treffen in der Fuhrmanns-Schänke auch ein Wiedersehen in Soest am 4. und 5. Oktober möglich wäre. Dazu habe ich drei Hotels zur Übernachtung angeschaut und vorzuschlagen: Direkt neben der Stadthalle das Hotel am Wall, Telefon (02921) 35000, Dasselwall 19, 59494 Soest, oder zirka 400 Meter von der Stadthalle entfernt, Pilgrim-Haus, seit 1304 Ältester Gasthof, WF Jakobistraße 75, 59494 Soest, Telefon (02921) 1828, oder Im Wilden Mann, direkt im Altstadtzentrum, am Marktplatz gelegen, 20 Minuten Fußweg bis zur Stadthalle. Telefon (02921) 15071, Am Markt 11, 59494 Soest. Für Plachandern am Freitag-Abend bietet sich das Pilgrim-Haus an, dort würde ich gern einen Tisch für unsere Schulgemeinschaft bestellen. Über telefonische Zusagen zur Teilnahme würde ich mich freu-

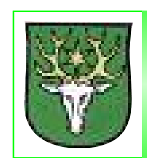
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

en, umso mehr, wenn noch Gestaltungsvorschläge dabei sind.

Erwin Feige, Schulsprecher



WEHLAU

Kreisvertreter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden. Telefon (0611) 50 50 98 40, Fax (0611) 50 50 98 41, E-Mail: Werner.schimkat@wehlau.net. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Personelle Veränderungen

Am 6./7. April traf sich die Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft Wehlau zur planmäßigen Sitzung. Im Mittelpunkt der Beratung standen personelle Veränderungen im Vorstand, Berichte über die Vorbereitung der in diesem Jahr anstehenden Maßnahmen der Kreisgemeinschaft, der Wirtschaftsplan 2013 und Überlegungen zur Arbeit der Kreisgemeinschaft sowie sonstige landsmannschaftliche Angelegenheiten. Mit großem Bedauern mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der frühere Sprecher der Kreisgemeinschaft und viele Jahre als Redakteur des Heimatbriefes tätige Hans Schlender aus gesundheitlichen Gründen von allen Funktionen zurücktritt. Die Aufgaben des Heimatbriefredakteurs übernimmt ab sofort Frau Jacqueline Krohn, die aus diesem Grund auch in die Kreisvertretung und in den Vorstand der Kreisvertretung kooptiert wurde. Als neue Schatzmeisterin wurde Ingrid Eigenbrodt gewählt. Sie übernimmt die Aufgaben zusätzlich zu der bisherigen Tätigkeit als Verantwortliche für die Heimatkreisdatei. Die Kassenprüfer Hauke-Hermann Eggert und Hanna Comteße berichteten über das Ergebnis der Kassenprüfung. Bei der intensiven Kontrolle aller Unterlagen wurden keine Fehler festgestellt. Die Buchführung des Schatzmeisters ist lückenlos. Durch Abstimmung wurde der Vorstand entlastet. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2013, der vorab allen Mitgliedern der Kreisvertretung übersandt worden war, wurde durch den Vorsitzenden Werner Schimkat vorgestellt und durch die Kreisvertretung bestätigt. Wiederholt wurde festgestellt, dass die Spenden weiterhin geringer werden und wir versuchen müssen, Ausgaben soweit wie möglich zu verringern und insbesondere am größten Ausgabeposten, der Herstellung und dem Versand des Heimatbriefes, Kosten einzusparen. Die Orts- und Kirchspieltreffen gehen in der Beteiligung weiter zurück. Da die Treffen Goldbach, Pregelswalde und Schirrau eingestellt sind, gibt es nur noch einige Schultreffen wie das der Groß Engelauer, die Kirchspieltreffen der Grünhayner, der Allenburger und die regelmäßigen Treffen der Berliner Gruppe der Wehlauer. Auf Initiative von Helmut Fellbrich und Eberhard Grashoff wird am 8. Juni in Leipzig in der Gaststätte „Goldene Höhe“ erstmals ein regionales Treffen der Wehlauer und Labiauer sowie in Zusammenarbeit mit Dietmar Wrage für die Pobethener als gemeinsame Maßnahme durchgeführt. Damit soll den Landsleuten, die dort in der Umgebung wohnen, aber nicht mehr die Anstrengungen bei An- und Abreise mit Übernachtung am Veranstaltungsort auf sich nehmen können, die Möglichkeit gebote werden, sich mit Landsleuten zu treffen und Erinnerungen an die Heimat auszutauschen. Sollte genügend Interesse vorhanden sein, wird das Treffen dann weiterhin regelmäßig durchgeführt. – Gerd Gohlke und

Werner Schimkat berichteten über den Sachstand der Vorbereitungen für das Hauptkreistreffen am 14./15. September in Syke. Es wird wieder alles getan, um das Treffen allseitig sicherzustellen. Die Festrede wird von Dr. Harald Behrens, Bürgermeister der Stadt Syke, gehalten. Sieglinde und Heinrich Kenzler berichteten über den Schüleraustausch 2012 und die Begegnungen Oranienburger Gymnasiasten mit Schülern in Wehlau und Tapiau. Die Kreisvertreter schätzten den Schüleraustausch als eine bewährte Daueraktivität ein und sicherten die weitere Unterstützung durch die Kreisgemeinschaft zu. Weiterhin wurde von Werner Schimkat und Helmut Fellbrich über die erfreulicherweise zunehmenden Besuche der Internetseiten der Kreisgemeinschaft berichtet. Das Interesse an unserer Website und dem Forum ist ungebrochen stark. Gerd Gohlke unterstrich die Notwendigkeit der beschleunigten Archivierung aller vorhandenen Materialien der Kreisgemeinschaft. Mehrere Mitglieder der Kreisvertretung erklärten sich bereit, bei der Archivierung mitzuarbeiten. Die Sitzung dauerte bei regem Gedankenaustausch bis zum frühen Nachmittag.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 15. Mai, Treffpunkt 11 Uhr an der Endstation der Linie U12 und U5 oder mit dem Bus Linie 43 und 44, Stuttgart: Maiwanderung und Treffen mit Einkehr auf dem Killesberg. – Dienstag 21. Mai, 14.30 Uhr, Haus der Heimat Kl. Saal, Stuttgart: Treffen der Frauengruppe. Thema „Muttertag und Pfingsten“ und Bericht der Frauengruppenleiterin Uta Lüttich über die Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen in Kopernikus-Haus in Allenstein. Gäste sind herzlich willkommen.

Buchen – Dienstag, 14. Mai, 14.30 Uhr, Treffpunkt am Musterplatz und am Ring: Muttertags-Kaffee in lustiger Runde mit Musik im Hasenwald, Hettingen: Beginn 15 Uhr.

Esslingen – Donnerstag, 16. Mai, ab 14.30 Uhr, „Waldheim“, ES-Zollberg: Die Gruppe lädt nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken zu einer musikalischen Maiwanderung mit Begleitung von Geige, Gitarre und Klavier ein. Den Wonnemonat wollen alle gemeinsam mit bekannten Liedern fröhlich begrüßen. Jedermann/-frau ist willkommen.

Ludwigsburg – Montag, 27. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 15. Mai, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Ein Nachmittag, ganz der Heimat gewidmet. Die Gruppe wird schöne Erinnerungen aus der Kindheit und Jugendzeit austauschen und der geliebten Heimat gedenken. „Wir haben sie zwar verloren, aber in unseren Herzen lebt sie weiter.“



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 24. Mai, 19 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Gunzenhausen: Tilsiter-Käse-Essen, anschließend Vorführung des Dokumentarfilms „Wolfskinder“.

Ansbach – Sonnabend, 25. Mai, 15 Uhr, Orangerie: Edith Richter aus Gunzenhausen erzählt von ihrer Reise in die Heimat Pommern im letzten Sommer.

Bamberg – Mittwoch, 15. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Treffen der Gruppe zur „Muttertagsfeier – Geschichten zum Muttertag in Ostpreußen“.

Ingolstadt – Sonntag, 26. Mai, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Kitzingen – Freitag, 17. Mai, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Vortrag „Ostpreußen heute“. Referent Wolfgang Peconik. – Mehrtagesfahrt nach Süd-Ostpreußen (Ermland und Masuren) von Sonnabend, 19. Juni bis Sonntag, 7. Juli. Sofortige Anmeldung dringend erforderlich unter Telefon (09321) 4405.

Landshut – Bericht von der Jahreshauptversammlung – Am 16. April fand die Neuwahl im Bereich des Vorstandes statt. Das Ergebnis bestätigt die Beliebtheit der bisher Verantwortlichen: 1. Vorsitzende Ingrid Leinhäupl, 2. Vorsitzende Katharina Brünler, 1. Kulturwart Hans Brünler, 2. Kulturwart Christel Weiß, Schriftführer und Pressewart Reinhard Poneleit, Schatzmeister Wolfgang Siebert, 1. Kassenprüfer Margot Poneleit, 2. Kassenprüfer Ulla Zimmermann. Als Vorsitzende der Wahl unterschrieben Lydia Schütz, Ingeborg Siebert und Ute Eichhorn das Protokoll.

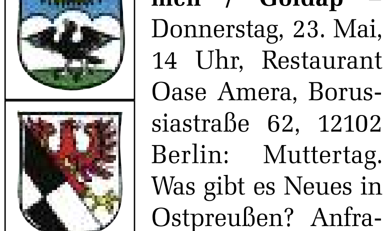
München – Jeden Montag, 18–20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Starnberg – Donnerstag, 16. Mai, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Die Gruppe trifft sich zur Muttertagsfeier.

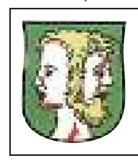


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



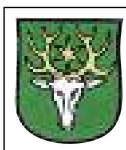
Angerapp / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 23. Mai, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Muttertag. Was gibt es Neues in Ostpreußen? Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



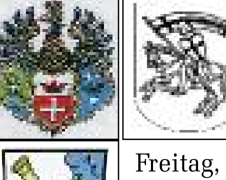
Lyck – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.




Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 2. Juni, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.




Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 7. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Rastenburg – Sonntag, 9. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. Juni, 13.30 Uhr, Café Tam, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. Geschichten aus dem Hausbuch ostpreußischen Humors. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen /Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 18. Juni, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Sommerfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



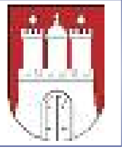
Bartenstein – Sonnabend, 22. Juni, 13 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremerhaven (Elbing) – Freitag, 31. Mai, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Die Gruppe trifft sich zum Kulturnachmittag.



HAMBURG

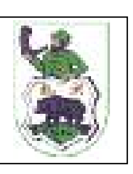
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

FRAUENGRUPPE

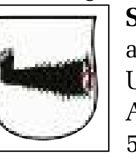


Bergedorf – Freitag, 24. Mai, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47, 21031 Hamburg-Bergedorf: Treffen der Gruppe. Thema: Arno Surminski „Gruschelke und Engelmannke opbewoahre fer alle Tiede“. Geschichten auf Ostpreußisch und Hochdeutsch. Anfragen bei Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

KREISGRUPPE

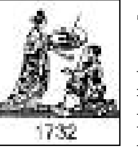


Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel @hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 11. Mai, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohlsdorf): Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 11. Mai, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenaueralle 41: Die Gruppe lädt herzlich zu folgendem Programm eingeladen: DVD-Video – Präsentation „Ostpreußisches Tagebuch“. Eine Do-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

kumentation“ (H. Lehndorff). Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 18. Mai, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Neu-Kranichstein: Treffen der Gruppe. Nach dem Kaffeetrinken heißt das Motto „Fröhlich in den Frühling“. Unter musikalischer Begleitung wird mit Gesang, Gedichten und kleinen Geschichten der Lenz begrüßt.

Wetzlar – Montag, 13. Mai, 18 Uhr, Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Treffen der Gruppe zu einem Vortrag von Pfarrer Dieter Nebeling über „Das Königsberger Diakonissen-Mutterhaus der Barmherzigkeit: Neuanfang in Berlin“.

Wiesbaden – Dienstag, 14. Mai, 8.30 Uhr, Hauptbahnhof Wiesbaden, Busbahnsteig hinter der Aral-Tankstelle: Treffen der Frauengruppe. „Mit dem Omnibus unterwegs“. Fahrt nach Frankenberg (Eder) und zur Edertalsperre mit Staudamm. – Donnerstag, 16. Mai, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46 (ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße): Stammtisch. Serviert wird Maischolle. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 10. Mai bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. – **Bericht vom Monatstreffen April** – Das Monatstreffen im April war zugleich Jahreshauptversammlung mit Wahlen des Vorstands und der Kassenprüfer. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Reinhard Kayss (stellvertretender Vorsitzender) und Bernhard Kolb (stellvertretender Schatzmeister) mussten ihr Amt aus familiären und gesundheitlichen Gründen niederlegen. Für ihre Mitarbeit und in Würdigung der Leistungen und Verdienste sprach ihnen der Vorsitzende Dieter Schetat Dank und Anerkennung aus und überreichte Urkunden und Weinpräsente. Alle anderen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurde Christa Gintaut. Für die laufende Amtszeit bilden so den Vorstand: Dieter Schetat (Vorsitzender), Helga Kukwa (stellvertretende Vorsitzende), Christian Wnuck (Schatzmeister), Heinz Kroehnert (Schriftführer) sowie Irmgard Steffen, Christa Gintaut, Bernd Sievers und Helmut Zoch (Organisation, Technik, Mitgliederbetreuung). Zu Kassenprüfern wurden gewählt: Peter Gutzeit, Margot Schittko, Irmgard Gethöffer und Eberhard Krause. Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Landsleute, berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat in seinem Geschäftsbericht über die vielfältigen Veranstaltungen der Landsmannschaft. Bei den monatlichen Zusammenkünften mit überwiegend heimatbezogenen Themen kommen auch gesellige Stunden nicht zu kurz. Zudem trifft man sich auch gerne in der Frauengruppe

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

bei Gesang, Dia-Vorträgen und Ausflügen unter Leitung von Helga Kukwa sowie zu den traditionellen Stammtischen mit meist heimatlichen Gerichten. Mit Geldspenden zur Weihnachtszeit greift die Landsmannschaft sechs deutschstämmigen Familien in Ost-und Westpreußen unter die Arme, deren kleine Rente meist nicht für das Allernötigste reicht wie beispielsweise Heizmaterial und Medikamente. In seinem Bericht räumte Dieter Schetat ein, dass ihm der „biologische Faktor“ Sorge bereite, denn wieder seien unerwartet viel Landsleute im letzten Jahr gestorben; so verringere sich zunehmend der Kreis der „Erlebnisgeneration“. Nach 196 Mitgliedern im Jahr 2012 sind es zur Zeit noch 182. „In Zukunft ist es an der „Bekenntnisgeneration“, die Landsmannschaft aufrechtzuerhalten“, meinte der Vorsitzende. Einstimmig wurde dem Vorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr Entlastung erteilt. Dem Schatzmeister Christian Wnuck bestätigten die beiden Rechnungsprüfer, Margot Schittko und Peter Gutzeit, einwandfreie Kassenführung und dokumentierten dies im Prüfungsvermerk. Nach dem offiziellen Teil zeigte Dieter Schetat Bilder aus dem Vereinsleben des vergangenen Jahres.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 30. Mai: „Halbtagesfahrt Kaffee, Kuchen und Likör“. Die Gruppe besucht das informative Heimatmuseum Goldap in Stade, genießt im Museum Kaffee und Kuchen, fährt durch den blühenden Obstgarten Altes Land an die Elbe zu einem kurzen Verdauungsspaziergang auf dem Elbdeich und besucht zum Abschluss die „Edelbrennerei Nordik“ in Jork. Die Teilnehmer tauchen ein in die Welt des flüssigen Obstes, der Kräuter und Aromen und werden mindestens fünf verschiedene Produkte probieren. Kosten pro Teilnehmer 20 Euro. 13.30 Uhr Busabfahrt Buxtehude ZOB, 13.40 Uhr Buxtehude, Denkmal Stader Straße, Rückkehr gegen 19 Uhr. Weitere Haltestellen können bei der Anmeldung erfragt werden. Anmeldung erforderlich bis zum 23. Mai bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Helmstedt – Donnerstag, 16. Mai, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag 16. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Dortmund – Dienstag, 21. Mai, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Dienstag, 14. Mai, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung/Vortrag mit Helmut Braun und PD Dr. Halder „Generation unterm Hakenkreuz.“ – Mittwoch, 15. Mai, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knakkstädt. – Donnerstag, 16. Mai, 8.30 Uhr: Tagesfahrt zum romantischen Cochem an der Mosel (Bus- und Schiffsfahrt). Abfahrt Bus-Bahnhof Worringer Straße (Adorf-Bus). – Donnerstag, 16. Mai, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 24./Sonnabend, 25. Mai, GHH/Konferenzraum: Seminar „250 Jahre russlanddeutsche Kultur und Geschichte“ in Zusammenarbeit mit IRWA e.V. – Sonnabend, 25. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt Pegeluhr Altstadt: Wandertreff. Bootsfahrt nach Kaiserswerth und Spaziergang zur „Alten Rheinfähre“. – Dienstag, 28. Mai, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lichtbildervortrag von Peter von Kapri: „Rumänien, das unbekannte Land von Trajan bis Dracula und Ceausescu“.

Ennepetal – Donnerstag, 16. Mai, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 17. Mai, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Lesung aus Büchern von Arno Surminski. Referent Bernhard Kehren.

Köln – Dienstag, 21. Mai, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 43: Die Ostpreußenrunde trifft sich zur monatlichen Versammlung.

Leverkusen – Sonnabend, 18. Mai, Haus Klippenberg, Oberbüscherhof: Die KG feiert mit Mitgliedern, Familien und Freunden ihr jährliches Blumenfest mit Einbeziehung der alten, preußischen Tradition „Die Wahl der Blumenkönigin“. Gekrönt wird die neugewählte Beschützerin der Blumen von der vor einem Jahr gewählten Maria Jakubzik. Ein buntes Programm, geboten vom Chor „Heimatmelodie“, der Tanzgruppe der LM und der Laiengruppe, macht diese Feier immer abwechslungsreich und interessant. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung ab sofort bei Frau Pelka (0214) 95763. – **Bericht von der Jahreshauptversammlung** – Die Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen für die KG fand statt am 20. April. Es wurden Berichte aus allen Bereichen der Tätigkeit vorgetragen und von der Versammlung wohlwollend angenommen. Der Schatzmeisterin und dem Vorstand wurde einstimmig die Entlastung erteilt. Fast der gesamte Vorstand wurde durch Wiederwahl einstimmig neu bestätigt: Änderung: Maria Jakubzig wurde als Schriftführerin und Margott Nussbaum als erste Kassenprüferin bestätigt. Nach einer gemeinsamen Vesper wurde ein schönes, kulturelles Programm geboten, dargestellt von den Kulturgruppen. Wünsche von Mitgliedern der KG für eine weitere, gute Zusammenarbeit des Vorstandes, der Kulturgruppen und der gesamten KG haben die Teilnehmer mit Freude entgegengenommen.

Neuss – Sonnabend, 25. Mai, 12 Uhr, Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten.

Wermelskirchen – Bericht über Mitgliederversammlung – Der 2. Vorsitzende Günter Kehler eröffnete die Versammlung mit einer Grußübermittlung des erkrankten Vorsitzenden Fritz Margenberg. Er begrüßte die erschienenen Mitglieder und Gäste und nach dem Gesang des Ostpreußenliedes erfolgte die Totenehrung für die im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder. In seinem Rechenschaftsbericht erläuterte G. Kehler die Arbeit, die Wahrnehmung von Terminen und die weiteren Tätigkeiten des Vorstandes im letzten Jahr. Leider macht sich die Altersstruktur in der Landsmannschaft immer mehr bemerkbar. So sind 25 Mitglieder über 80 Jahre alt. Deshalb können einige Mitglieder leider aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zu den Veranstaltungen kommen. Das Bemühen des Vorstandes wird es weiterhin sein, die Interessen der Landsleute zu vertreten und die Erinnerung an die Heimat aufrechtzuerhalten. Den Kassenbericht erstattete die Kassiererin Eva Laskowski. Es ist erfreulich, dass noch ein kleiner Überschuss erwirtschaftet wurde, was mit Beifall aufgenommen wurde. Eva Laskowski berichtete weiterhin über den Verlauf der Frühjahrstagung der Landesgruppe NRW in Oberhausen, an dem sie teilgenommen hatte. Kehler wies dann noch auf die Veranstaltungen in diesem Jahr hin und bat um rege Teilnahme. Nach dem offiziellen Teil begann das Frühlingsfest mit einem zünftigen Grützwurstessen. Den Unterhaltungsteil eröffnete er mit Musik alter Platten auf einem Nostalgie-Grammophon (mit Trichter). Alfred Heßke erinnerte ausführlich an die erste Fahrt der Ortsvereinigung vor 20 Jahren nach Nordostpreußen, Königsberg und Rauschen. Es war für die Teilnehmer die erste Fahrt nach 48 Jahren in die Heimat. Mit besinnlichen und heiteren Gedichten und Geschichten verschiedener Vorstandsmitglieder verlief die Zeit wie im Fluge. Natürlich wurden viele Erinnerungen ausgetauscht und geschabbert.

Wesel – Die Landsmannschaft würdigt Kurt Koslowski – Kurt Koslowski ist tot. Er ist nach schwerer Krankheit im Alter von bald 84 Jahren verstorben. Die Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen Kreisgruppe Wesel nimmt das zum Anlass, seine Verdienste als 1. Vorsitzender zu würdigen. Über einen Zeitraum von 25 Jahren führte er die Gruppe mit seinem Verstand mit großer Sachkenntnis über die Ostpreußische-Westpreußische Geschichte, um der Nachfolgegeneration, und den hier am Niederrhein lebenden Menschen weiter zu vermitteln. Schwerpunkte seiner Arbeit waren die mit großem Erfolg nach alter Tradition durchgeführten Frühlings-Erntedank- und Weihnachtsfeste. Die Ostdeutschen Kulturabende, sowie das Kernstück „die Preußische Tafelrunde“ über die Preußische Geschichte bildeten durch die Überbringung seine erfolgreiche Arbeit. Kurt Koslowski wurde mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, sowie andere höhere Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen, im Laufe seines Lebens ausgezeichnet. Sogar in letzter, von Krankheit gezeichneter Lebenszeit, nahm er noch am Geschehen der Landsmannschaftsgruppe teil, und wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Der Nachfolge-Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen Kreisgruppe Wesel mit ihrem jetzigen 1. Vorsitzenden Paul Sobotta und allen Mitgliedern und Heimatfreunden bleibt

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

in dieser Trauerzeit und darüber hinaus fest mit der Witwe Waltraut Koslowski und der gesamten Familie verbunden. Wir alle werden Kurt Koslowski ein ehrendes Andenken bewahren.

Witten – Montag, 20. Mai, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Kaffeeausflug in Wittens Natur.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 16. Mai, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Donnerstag, 23. Mai, 12.30 Uhr, Treffpunkt Hauptbahnhof, vor dem Haupteingang: Besichtigung der Kurpfalz Ingelheim mit anschließender Einkehr. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

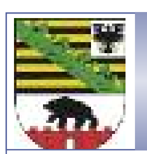


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 17. Mai, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Spielezirkel. – Freitag, 24. Mai, 14 bis 16 Uhr, Clausstraße 27: Ostpreußische Küche und ihre Vielfalt. Das Lebenswerk der Lene Voigt – sächsischer Dialekt.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 13. Mai, 14 Uhr, Krötenhof: Treffen der Gruppe. Thema: Muttertag.

Gardelegen – Freitag, 31. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag.

Magdeburg – Sonntag, 12. Mai, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Muttertag und Christi Himmelfahrt (Herrentag). Anschließend Vorstandssitzung. – Dienstag, 4. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



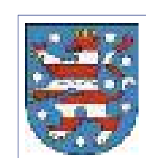
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Bericht von der Vorstandswahl – Die Vorstandswahl anlässlich der Jahreshauptversammlung am 18. April ergab nur geringfügige Änderungen bei den Beisitzern. Der Vorstand setzt sich jetzt folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzende Regina Gronau, (Vertretung: Gisela Rowedder), Schatzmeisterin Gisela Rowedder, Beisitzer Helga Albrecht, Gerda Dörfel, Hans-Albert Eckloff, Horst Wazinski. Als Kassenprüfer haben sich bereit erklärt: Traute-Rose Lietzow und Karen Lengerich. Nach den entsprechenden Regularien zur Jahreshauptversammlung war noch genügend Zeit zu einem gemütlichen Beisammensein mit Jochen Gawehns, dem 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Fehmarn, der noch einige schöne Vorträge mitbrachte – natürlich ostpreußische Vertellkes und andere Geschichten, die zu Herzen gingen. Ein riesiger Beifall am Schluss des Beisammenseins war die schönste Belohnung für einen gelungenen Nachmittag. Und schon warten die nächsten Veranstaltungen auf Mitglieder und Gäste – zuerst vor allem die Frühlingsfahrt am 17. Mai nach Fehmarn: Abfahrt 8 Uhr ab ZOB Bad Schwartau, Meereszentrum Fehmarn ab 10 Uhr. Mittagessen 12.30 Uhr im Restaurant Doppeleiche in Burg. Zur Auswahl stehen zwei Essen: 1. Seelachsfilet mit Kartoffelkruste auf Lauchrahm, 2. Schweinebraten an grünen Bohnen und Salzkartoffeln. Und als Dessert bei beiden Gerichten: Heiße Kirschen mit Vanilleeis. Nach dem Mittagessen wird Kulturreferentin Ina Naujok von der Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie Danziger mit allen über die Insel fahren. Auf der Rückfahrt werden alle im „Palmenhaus-Café“ – dem stilvollen Ausflugsort auf dem altehrwürdigen Gut Sierhagen – im Herzen der Holsteinischen Schweiz mit Kaffee und Kuchen erwartet. Mit 40 Euro inkl. alles sind Sie dabei. Baldige Anmeldungen bitte bei Gisela Rowedder Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Freitag, 24. Mai: Busfahrt durch die schöne Landschaft Angeln. Besichtigt werden Rapsblüte, Kirchen, Gutshöfe mit anschließender Kaffeerunde. Ab 13 Uhr Exe Markthalle, 13.15 Uhr ZOB. Wasserrad. Führung durch Arno von Sprecklesen, Steinbergkirche. Großer Bus. Je Person 7 Euro zuzüglich Führungskosten und Kaffee/Kuchen. Anmeldung bitte bis zum 17. Mai.

Pinneberg – Donnerstag, 23. Mai, zirka 8 Uhr, Tagesausflug per Bus nach Bederkesa.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. Mai, 10 bis 16 Uhr, Brauhaushotel, Arnstadt: Tag der Landsmannschaften. Herzlich eingeladen sind alle ost- und westpreußischen Landsmannschaften. Von 10 bis 12 Uhr hat jede Landsmannschaft die Möglichkeit, ihre landsmannschaftlichen Angelegenheiten zu besprechen und zu regeln, zum Beispiel Neuwahl des Vorstands oder ein ostpreußisches Programm durchzuführen. Von 14 bis 16 Uhr findet ein gemeinsames Kulturprogramm statt.

Bad Lobenstein – Freitag, 17. Mai, 14 Uhr, Kulturhaus: Heimatnachmittag der Pommern und Ostpreußen.

Bibra – Donnerstag, 30. Mai, 14 Uhr, Goldene Gans: Heimatnachmittag.

Eisenach – Dienstag, 14. Mai, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Gruppe Ost- und Westpreußen.

Jena – Freitag, 24. Mai, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen zum Frühlingsfest zusammen mit der LM Pommern/Westpreußen. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Römhild – Donnerstag, 16. Mai, 14 Uhr, Zum Hirsch: Heimatnachmittag.

Saalfeld – Donnerstag, 16. Mai, 7 Uhr: Fahrt ins Blaue (Muttertag). – Mittwoch, 29. Mai, 15 Uhr: Heilstollenbesuch der Saalfelder Feengrotten.

Frühlingskonzert

Der Ostpreußenchor Hamburg lädt ein zu seinem Frühlingskonzert:

Freitag, 24. Mai, 15 Uhr, St. Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit den HVV-Bussen der Linien 172 oder 7 jeweils bis zur Haltestelle „Hartzloh“ erreicht werden. Von der Haltestelle aus sind es zirka sieben Minuten Fußweg.

Weitere Informationen unter Telefon (040) 2543935 bei Ilse Schmidt.

Lamm als Retter

Mediziner nutzen Tiere für ihre Kunst

Mit dankbarer Bewunderung und Respekt möchte ich vom Schicksal der kleinen Enkelin Louisa und ihren Eltern erzählen – und auch von jenem tüchtigen Arzt, der durch sein „Handwerk“ zum Lebensretter dieser Enkelin wurde. – Er war der „Chef vom Dienst“, als Louisa im Münchner Klinikum pünktlich zum errechneten Zeitpunkt zur Welt kam. Sehr schnell aber wurde erkannt, dass das kleine Mädchen nicht richtig atmen konnte. Was danach geschah, kann ich nur laienhaft schildern, aber es wird auch im Fachbereich als „Meisterleistung“ eines Chirurgen der Kinderheilkunde, ja, als medizinisches Wunder gewertet.

Das Leben dieses erst wenige Stunden alten Babies war äußerst bedroht, weil sein Blutkreislauf gestört war. In ihrer großen Not gaben Louisas Eltern ihre Einwilligung zur Operation, die der leitende Arzt dieser chirurgischen Kinderstation vorschlug. Es durfte keine Zeit verloren gehen. Ein trächtiges Schaf wurde gesucht, gefunden, von seinem Embryo entbunden und dessen winzige Herz- und Lunge verbindende Ader unserer kleinen Louisa eingepflanzt. Und Blutkreis wie Atmung des Säuglings reagierten und funktionierten sofort. Durch einen Anruf erfuhr ich diese sensationelle Nachricht, und mit Bewunderung – ja, auch mit Sorge – verfolgten wir alle das weitere Geschehen. Da wurde so manches Gebet gen Himmel gesandt! Natürlich blieb auch die junge Mutter einige Wochen lang bei ihrem Töchterchen auf der isolierten Station des gefeierten Chirurgen, dessen gelungene Operation in der Münchener Universitätsklinik gewiss nicht nur die Fachwelt bewundernd zur Kenntnis nahm.

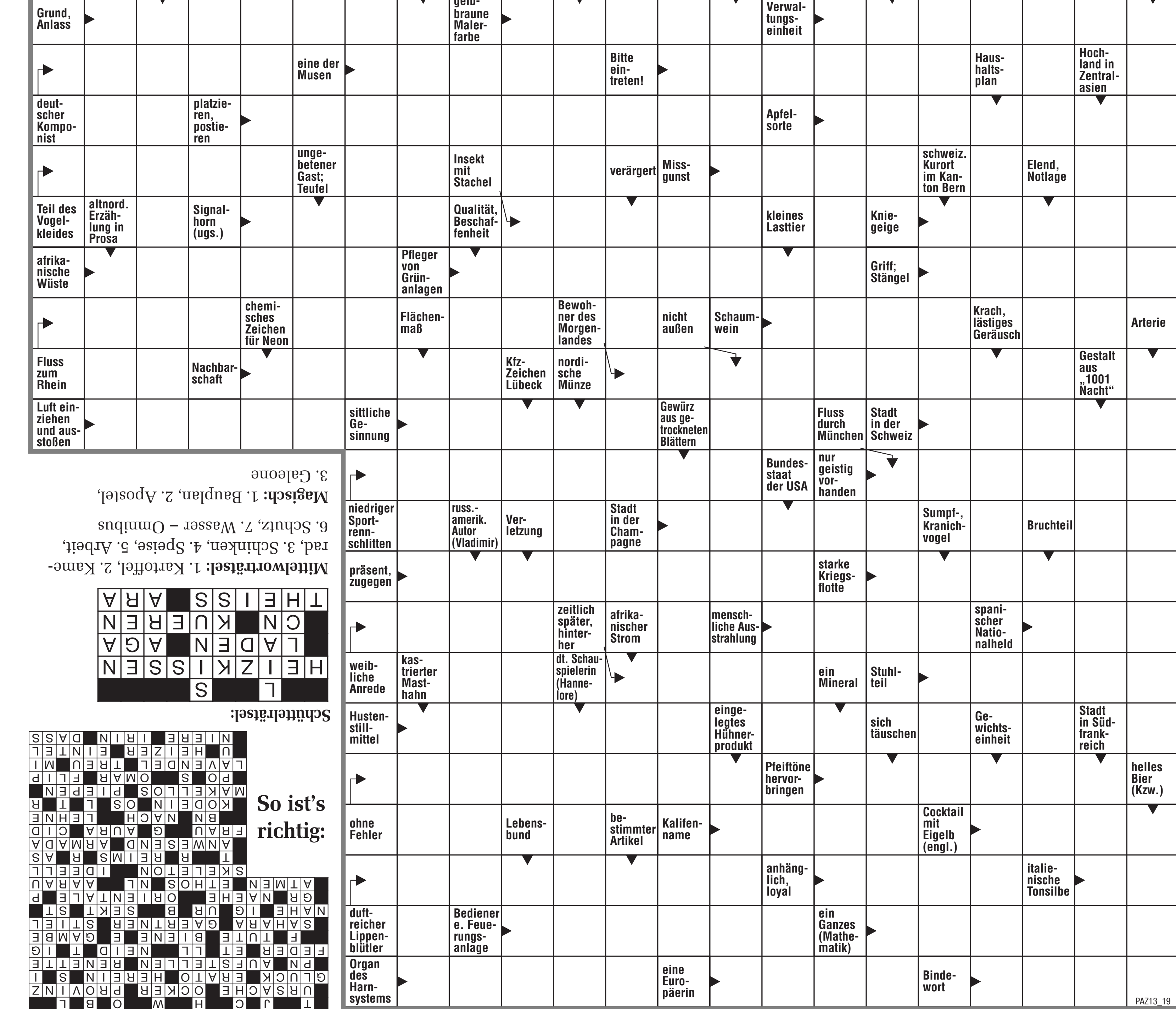
Als Louisa nach Hause entlassen werden durfte, teilte sie dort ihr Zimmerchen mit dem nur ein Jahr älteren Bruder Diego und machte ihm bald allerlei nach: Das Spielen und Krabbeln im Laufgitterchen, das Dreirad- und nun auch das Zweiradfahren. Sie besucht den Kindergarten wie er und hat auch dort sich einzuordnen gelernt. Allerdings – so erzählen mir die Eltern nicht ohne Sorge – kann die einoperierte Ader vom Schäfchen im Körper des Kindes nicht wachsen. Wenn Luisa sechs Jahre alt ist, wird sie darum ersetzt werden müssen und noch einmal, wenn der Körper des Mädchens ausgewachsen ist. Bis dahin aber bleibt die Hoffnung auf weitere Fortschritte in der Medizin, auf die Kunst der Ärzte und Gottes Hilfe.

Die Einstellung zu Schafen änderte sich

Seit dieses Erleben zu unserer Familiengeschichte gehört, sehe ich mit liebevollen Augen und andächtig dem Spiel der kleinen Lämmer zu, die noch bei ihren Muttertieren unter den Obstbäumen auf den Wiesen grasen. Ich habe auch weiterhin keine Scheu, die Schafwolle zu verspinnen, zu verstricken und für den beliebten „Osterkuchen“ hole ich auch gern in diesem Jahr wieder die „Lämmchenform“ aus dem Schrank. Aber – und das respektiert meine Familie – den einst obligatorischen „Lammbraten“ gibt es auch zu Ostern bei uns nicht mehr.

Denn seit die kleine Louisa zur Familie gehört, sehe auch ich die Schafe, die mich in meinen frühen Kindertagen und den Jahren, die ich als junge Frau auf dem großelterlichen Hof in der Lüneburger Heide helfend verbringen durfte, so selbstverständlich begleiteten, mit noch weit liebevolleren Augen an. Und ich bewundere gegenwärtig besonders die von unseren Wissenschaftlern zu bewältigende einfallsreiche, künstlerische und handwerkliche Leistung und die aufopfernde Pflege des medizinischen Personals.

Anne Bahrs



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

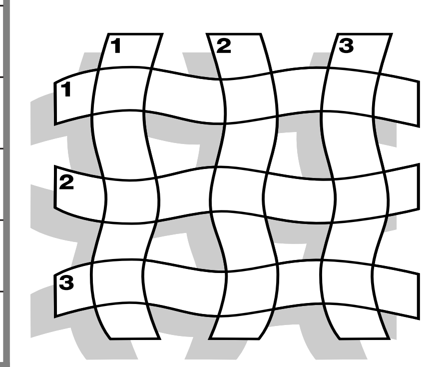
EEHII KNSSZ	CEHL		AEILN	EKKS		INSSU	AARS	EEGR	AANN
ADELN						AAG			
EHIS ST			EEKN RU						
						AAR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Verkehrsmittel.

1	SALZ		SALAT
2	SPIEL		SCHAFT
3	BIER		BROT
4	GOETTER		KARTE
5	SCHWER		GEBER
6	NATUR		MANN
7	MINERAL		STOFF

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Entwurf für ein Haus
2 Jünger Jesu
3 mittelalterliches Segelschiff

Lüneburger OL macht mit

Kostenloser Eintritt am 12. Mai, dem internationalen Museumstag

Vergangenheit erinnern - Zukunft gestalten: Museen machen mit!" lautet das Motto des diesjährigen internationalen Museumstags, der am Sonntag, 12. Mai, stattfindet. Von 10 bis 18 Uhr öffnet das Ostpreußische Landesmuseum (OL) seine Türen wieder zu einem kostenfreien Museumsbesuch mit Führungen durch die Dauer- und Sonderausstellung und einem abwechslungsreichen Programm.

Eröffnet wird der internationale Museumstag um 11 Uhr mit einem öffentlichen Rundgang durch die Dauerausstellung – schließlich ist die Sammlung das Herzstück des Hauses und thematisiert die über 700jährige Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen. Mit fachkundiger Führung zu den Highlights der Ausstellung lässt sich das Museum anders entdecken als im Alleingang.

Eine weitere Möglichkeit, das OL mit anderen Augen kennenzulernen, ist die aus Kindersicht. Am Nachmittag stellen die Kinder des Museumskinderclubs den Besuchern ihre liebsten Objekte in der Ausstellung vor. Bereits seit Ostern sind sie fleißig am Erkunden und Proben. In einer Führung durch die Sonderausstellung „Auserwählt. Sammlungsobjekte mit Geschichte" werden vielsagende und kuriose Stücke aus dem Depot des OLs und aus den „Wohnzimmern" der Besucher vorgestellt. Es geht um Objekte und deren einzigartige Geschichten. Mit einer solchen endet auch das Programm. Der Kurzvortrag „Was Ausstellungsobjekte über das Leben in der unmittelbaren Nachkriegszeit erzählen" gibt einen weiteren Einblick in das „Leben der Dinge".

Zudem ist der internationale Museumstag dieses Jahr gleichzeitig auch der Muttertag. Wer bis dahin keine Zeit hatte etwas Hübsches selber herzustellen, dem bietet sich die Möglichkeit in der Kreativ-Werkstatt zu werkeln. Selbstverständlich können die Erzeugnisse auch an andere liebe Menschen verschenkt werden. Ab 11 Uhr gibt es folgendes Rahmenprogramm: Von 11 bis 12 Uhr Sonderführung durch die Dauerausstellung mit Dr. Christoph Hinkelmann,. Kinderführungen von 14 bis 14.45 Uhr und von 15.30 bis 16.15 Uhr. Kinder des Museumskinderclubs stellen ihre Lieblingsstücke in der Ausstellung vor. Im Anschluss bis 17.45 Uhr Kreativ-Werkstatt für alle Kinder zum Muttertag. 16.30 bis 17 Uhr Führung durch die Sonderausstellung „Auserwählt" mit Dr. Christoph Hinkelmann, von 17 bis 17.15 Uhr Kurzvortrag: „Fluchtstücke. Was Ausstellungsobjekte über das Leben in der unmittelbaren Nachkriegszeit erzählen" mit Dr. Eike Eckert. Übrigens: Auch das Brauereimuseum nimmt an diesem Tag keinen Eintritt und lädt herzlich zu einer Besichtigung von 13 bis 16.30 Uhr ein. Der Weg von Wasser, Hopfen und Malz zum Bier – hier kann man ihn Schritt für Schritt nachvollziehen. *OL*


Bild: OL

Fleißig beim Erkunden: Teilnehmerin am Museumskinderclub.

> Einblick in die Welt des Museums am Muttertag

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 97599511,, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Briefmarken in Ellingen

Ostpreußische Philatelisten trafen sich zum 20. Mal



Seltene Dokumente: Stempel aus Ostpreußen Bild: mef

Zum 20. Male trafen sich die Briefmarkensammler und -forscher der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Ostgebiete im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Für die rund 20 angereisten Mitglieder war ein umfangreiches Programm vorbereitet worden, für das der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, der ehemalige Staatssekretär des Niedersächsischen Kultusministeriums Hartmut Saager verantwortlich zeichnete. Die Philatelisten konnten eine originale Poststempelsammlung des Landkreises Niederung betrachten. Zudem hielt Hartmut Saager einen Fachvortrag über die Feldpostbriefe der französischen Offiziere der Grande Armée während ihres Aufenthaltes in Ostpreußen.

Dieter Aschenbrenner berichtete über philatelistische Spuren der Entgermanisierung in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem Abriss über die Schicksale der in der CSSR verbliebenen Deutschen. Abgerundet wurde das Arbeitstreffen durch ein Referat von Annemarie Conrad von Heydendorff-Aschenbrenner, die eine Stadtführung in Königsberg erläuterte.

Während des Aufenthalts der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen konnten die Sonderausstellungen „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland" sowie „Fotografiert um die Jahrhundertwende – Hermann Ventzke unterwegs mit der Plattenkamera" besichtigt werden. *M. E. Fritsche*

Name gesucht

Beteiligung der Leser erwünscht

Emil, Erik oder vielleicht Eddie? Das neue Maskottchen für das museumspädagogische Programm des Kulturzentrums Ostpreußen braucht einen Namen!

Nur 80 Zentimeter groß ist der Elch aus Plüsch, der in Zukunft das Markenzeichen des Kulturzentrums Ostpreußen sein soll. „Der Elch steht wie kein anderes Tier für Ostpreußen," so Diana Schönig, Mitarbeiterin des Kulturzentrums. „Deshalb fiel die Auswahl des neuen ständigen Begleiters unseres museumspädagogischen Programms nicht schwer." Doch noch hat der kleine Elch keinen Namen. Deshalb ruft das Kulturzentrum Ostpreußen „Alt und Jung" zu einer großen Abstimmung auf. Zur Wahl stehen die Namen Emil, Erik oder Eddie. Abgestimmt werden kann auf der Homepage des Kulturzentrums www.kulturzentrum-ostpreussen.de oder auf der facebook-Seite http://www.facebook.com/Kultur-zentrumOstpreussen, aber auch gerne per Post oder persönlich. Unter den Teilnehmern werden tolle Preise verlost und der Name des Elchs wird während des Malwettbewerbs am Internationalen Museumstag am 12. Mai bekannt gegeben. *mef*



Wie soll der Elch heißen? Bild: mef

Kirchentag in Hamburg

Mit Freude haben wir zum 34. Evangelischen Kirchentag beim Aufbau der Stände in den Messehallen die Kirchengemeinde aus Nordostpreußen begrüßt . Pastor Vieweg aus Königsberg hatte je einen Vertreter aus den 40 bestehenden evangelischen Gemeinden aus der russischen Exklave und den Königsberger Kirchenchor mitgebracht, Pastor Osterwald, der mehrere Jahre Pastor in Königsberg war, organisierte in seiner Gemeinde Wilhelmsburg einen deutsch-russischen Feierabendmahl-Gottesdienst in der vollbesetzten Kreuzkirche. Bei strahlendem Sonnenwetter aller vier Tage sagte Hamburg am Sonntag „Tschüss". Dank an Probst Vieweg und seiner Begleitung, wie auch Pastorin Wagner, (Gumbinnen) für Ihre Teilnahme an den Kirchentagen in Hamburg.

Ursula Zimmermann

Die Braut, die kauft

Im Mai klingen allerorten die Hochzeitsglocken – Aber welches Brautkleid hält auch den Blicken stand?

Tellingstedt in Dithmarschen? Nie gehört? Das 2500-Seelen-Dorf ist ein El-Dorado für Bräute. Jetzt im Wonne- und Heiratsmonat Mai herrscht dort auf dem platten Land bei Heide Hochbetrieb.

Wie konnte das bloß geschehen? 647 Euro für ein Kleid, Bolero-Jäckchen und ein paar Schuhe. Und das ist noch vergleichsweise günstig, denn in Tellingstedt in Schleswig-Holstein erwischt der Traumhochzeitsvirus fast alle Heiratswilligen und sofort ist alle Sparsamkeit vergessen.

„Und Sabine war auch mit ihren Töchtern in Tellingstedt und hat dort ein Brautkleid für ihre Älteste gekauft. Irgendwie fährt in letzter Zeit jeder aus meinem Umfeld dorthin, weil die Töchter heiraten. Nur ich, die ich sogar drei Töchter habe, war noch nie dort“, schmollte die Mutter am Telefon. In den Ohren der in Hamburg lebenden ältesten Tochter, die zwar schon die 30 überschritten hatte, aber noch keinen Antrag vom Partner erhalten hatte, waren diese Worte wie Salz in einer offenen Wunde. Doch nun, drei Jahre später, steht besagte 63-Jährige mit ihren drei Töchtern und der nicht ganz zwei Jahre alten Enkelin Louisa an dem Ort, der in Norddeutschland als Institution gilt, wenn es um Braut- und Festmode geht.

Hätte man der heute 88-jährigen Grete Laue vor inzwischen gut vier Jahrzehnten gesagt, dass ihr Rückenleiden der Anfang von etwas ganz Besonderem ist, so hätte die Bäuerin denjenigen vermutlich gefragt, ob er zu tief ins Glas geschaut habe. Für die Schleswig-Holsteinerin stellten ihre gesundheitlichen Probleme plötzlich ihre wirtschaftliche Existenz infrage. 1974 entschied sie sich dann, aus ihrer Leidenschaft für schöne Kleider ein Geschäft zu machen. Sie eröffnete mitten auf dem platten Land bei Heide in einem umgebauten Stall einen Second-Hand-Laden für Festmode. Schon zwei Jahre später stellte Laue dank des Engagements der Tochter Kirsten Jürgensen auf Neuware um. Obwohl die Bauersfrau und die medizinisch-technische Assistentin keinerlei Ahnung vom An- und Verkauf von hochwertigen Textilien hatten, wagten sie den Sprung ins kalte Wasser.

Heute sieht man nichts mehr von dem Klein-Klein der Anfangszeit. Auch hat Grete Laue sich aus der Geschäftsführung zurückgezogen, Kirsten Jürgensen wird inzwischen von ihrem 32-jährigen Sohn Henning unterstützt. Wer Tellingstedt vom Osten aus erreicht, der sieht gleich das große weiße Gebäude. Was davon einer der vielen Anbauten der letzten Jahre und was davon Altbestand ist, kann der Laie nicht erkennen. Neben und hinter dem Haus befindet sich ein riesiger Parkplatz, auf dem sich an diesem Sonnabend Ende April, an dem die heiratswillige Tochter der 63-Jährigen mit Anhang zur Brautkleidbegutachtung aufmacht, bereits über 100 Autos aus nah und fern befinden.

Das ist doch alles kein Hexenwerk, denkt die zukünftige Braut, als sie die schwere Holztür mit den Butzenfenstern zum Geschäft öffnet und einen verwinkelten Verkaufsraum mit Festmode für Damen sieht. Die Treppe herauf geht es zur Herrenmode. Man merkt, dass man sich in einem alten Bauernhaus befindet. Zur Brautmode geht es rechts, geradeaus, einige Stufen hinab, dann links und schon sieht man überall junge Frauen, umringt von ihren Müttern, Schwestern und Freundinnen. Nur vereinzelt hat sich wohl ein jüngerer Bruder hierher verirrt.

Ein wenig ratlos blickt die Hamburgerin auf die langen Reihen an Kleidern. Die Verkaufsräume sind hell, an vielen Stellen stehen gediegene Sessel, die Decken sind mit Stuck verziert, überall sind Spiegel und Kopien antiker Statuen und Vasen. Doch aufgrund der Größe wirkt es nicht kitschig, es entspricht vielmehr der Atmosphäre, die viele Frauen mit dem Thema Traumhochzeit in Verbindung bringen. 1700 Brautkleider sollen hier in allen möglichen Größen hängen. Schon steht eine Verkäuferin da, sie ist eine von rund 100 Mitarbeitern, die hier im Verkauf oder in der Schneiderei überwiegend in Teilzeit tätig sind. Vor allem in der ersten Jahreshälfte kommen viele Kunden, da ist gerade sonnabends bei „Laue Festgarderobe“ viel los.



Ganz in weiß: Im Tellingstedter Brautparadies gibt es 1700 Kleider auch von der Stange *Bild: bel*

„Wissen Sie schon, was sie wollen?“, fragt sie die heiratswillige Hanseatin. Diese erzählt sofort, dass sie eigentlich nur schauen wolle, das Kleid solle eher schlicht sein, keinen Reifrock, keine Spitze, gern mit Trägern, um die breiten Schultern und Oberarme zu kaschieren, aber auf gar keinen Fall zu teuer. Dabei blickt sie zweifelnd auf die Kleider direkt neben sich, deren Preisschilder Beträge von 1063 Euro, 867 Euro und 1200 Euro zeigen. Die Verkäuferin fängt diesen Blick sofort auf und betont, man führe Kleider in allen Preisklassen.

Derweil hat die Brautmutter, die ihrer Tochter das Kleid schenken will, den Ständer mit den reduzierten Kleidern entdeckt. In Tellingstedt kaufen ist ja klasse, da hat man dann den Kolleginnen und Freundinnen im Heimatort nahe Segeberg viel zu erzählen, sich finanziell dafür zu ruinieren ist jedoch nicht eingeplant. Muss aber auch nicht sein, wie die Preise an diesem Ständer zeigen.

„Mama?“ Beinahe wäre die kleine Louisa an ihrer Mutter vorbeigerannt, als diese mit dem ersten Kleid aus der Umkleidekabine tritt, so anders sieht diese in dem weißen Kleid aus. Doch sofort schütteln beide Schwestern der Braut den Kopf. „Siehst aus wie aus dem antiken Griechenland, nicht wie eine Braut!“ Auch das nächste Kleid wird abgelehnt: „Nettes weißes Kleid, irgendwas zwischen Königin Luise von Preußen und Nachthemd.“ Erst das nächste Kleid findet Zustimmung.

Inzwischen rennen Verkäuferin und Brautmutter jeweils mit einem Kleid beladen vor der Umkleidekabine gegeneinander. Zuerst wird das auf 200 Euro heruntergesetzte Kleid anprobiert, das die Mutter entdeckt hat. Sofort stößt es – nicht nur wegen des vertretbaren Preises – auf Zustimmung. Nur auf sanften Druck der Verkäuferin probiert die zukünftige Braut doch noch das Kleid an, das diese zuletzt vorgeschlagen hatte. Zu pompös mit dem Unterrock, denkt die Hamburgerin, nichts für mich, ich bin doch keine von diesen Frauen, die auf Sissi-Kleider stehen. Doch schon als sie aus der Kabine tritt, sieht sie an den Augen der Schwestern, dass bei diesem Kleid etwas anders ist. „Ja, das ist es“, sprudelt es aus der ersten heraus. Die andere nickt stumm. „Und der Preis“, fragt die Mutter, die inzwischen angesichts der Preise fast der Ohnmacht nahe ist. „Das Modell Bolero kostet nur 527 Euro“, informiert die Verkäuferin. „Aber sie können ja in unser Café gehen und dort nochmal in Ruhe überlegen.“

Drei Kaffee, eine Apfelschorle und für die Mutter ein Radler später stehen die fünf Frauen wieder im Verkaufsraum. „Wir nehmen das letzte Kleid und die dazu passenden Schuhe“, seufzt die Brautmutter. Alles hat seinen – leicht heruntergehandelten – Preis, aber dafür wird ihre Tochter auch eine wunderschöne Braut und sie wird ihren Freundinnen erzählen können, dass sie endlich auch in Tellingstedt war. *Rebecca Bellano*

MELDUNG

Ein Potsdamer Baum des Jahres

Potsdam – Anlässlich des Tages des Baumes wurden am 26. April im Revier Wildpark, nahe der Wildmeisterei, Wildäpfel gepflanzt. Die Bepflanzung dient der weiteren Gestaltung des Erholungswalds „Potsdam Wildpark“.

Dass in Potsdam wie auch in anderen deutschen Orten der Wildapfel gepflanzt wurde, hat einen besonderen Grund: Das Wildholzgewächs ist „Baum des Jahres 2013“. Die auch als Holzapfel bezeichnete Laubbaum-Art ist stark gefährdet, da sie feuchte Auenwälder bevorzugt, die durch den Eingriff des Menschen stark zurückgegangen sind.

Das Verbreitungsgebiet des Wildapfels erstreckt sich fast über ganz Europa. Dennoch ist er hier selten, da er konkurrenzschwach gegenüber anderen Waldbaumarten ist. Daher begegnet man ihm am ehesten einzeln oder in Kleinstgruppen an Waldrändern. Am wohlsten fühlt er sich in Gehölzinseln außerhalb des Waldes, wo er zusammen mit anderen Obstgehölzen und Sträuchern ausreichend Licht erhält. Wenn sich der Wildapfel im Wald oder am Waldrand zum Licht recken muss, stehen die Zweige gegenüber dem Kulturapfel aufrechter, die Krone wird schlanker.

Vor über zehn Jahren hat die Oberförsterei Potsdam die Anpflanzung von Waldrändern im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen auf landeseigenen Flächen übernommen. Dabei wurden auch Wildäpfel, deren Früchte gekocht oder gedörrt genießbar sind, zur Aufwertung des Landschaftsbilds verwendet. Die Wildäpfel, die jetzt gepflanzt werden, komplettieren die Gestaltung der Sichtschneise am Kellerberg, von dem ein malerischer Blick auf das Neue Palais besteht.

Anfang Mai ist nicht nur die Zeit der Kirsch-, sondern auch der Apfelblüte. Wer sich unter das weiße und rosa Blütendach stellen will, dem sei eine Tour in die Obstanbaugebiete wie das Alte Land südlich von Hamburg empfohlen, wo man bei Rad- oder Wandertouren in dieser Zeit ein idyllisches Blütenerlebnis hat. *tws*

Die Erfindung des Muttertags

Der Ehrentag für die Mütter hat heidnische Wurzeln – Durchbruch erst im 20. Jahrhundert

Vor genau 90 Jahren wurde in Deutschland der Muttertag eingeführt. Dieses Jahr fällt er auf den 12. Mai. Doch um eine original deutsche Erfindung handelt es sich bei dem Ehrentag der Mütter allerdings nicht. Über die USA und England verbreitete sich der Feiertag bis in die Weimarer Republik.

Mütter wurden schon im Altertum verehrt. So widmeten die Griechen einen Tag im Jahr der Mutter aller Gottheiten Rhea. Die Römer feierten die Göttin Juno und die Germanen ihre Freya. In England wurde im 13. Jahrhundert der „Mothering Day“ durch König Heinrich III. eingeführt. Damals sollte man aber der Kirche als religiöse Mutter gedenken. Dennoch nutzte das Volk diese Idee, um der eigenen Mutter zu danken. Anfang des 19. Jahrhunderts wollte ausgerechnet Napoleon Bonaparte einen Ehrentag für die Mütter schaffen. Da sein Regime 1815 zerbrach, geriet die Idee in Vergessenheit. Die Ursache für unseren Muttertag liegt in den USA. 1858 gründete Ann Marie Reeves Jarvis aus West-Virginia eine Initiative, um der horrenden Kindersterblichkeit entgegenzuwirken. Hygienische Missstände sollten beseitigt werden. Ihre Tochter Ann, die auch als US-Frauenrechtlerin bekannt wurde, setzte sich schließlich für die Einführung eines offiziellen Feiertages zu Ehren der Mutter ein. Von ganz hoher Stelle erhielt der Tag nun seine Berechtigung. 1914 erklärte der amerikanische Präsident Wilson den zweiten Sonntag im Mai zum Gedenktag: „Die Flagge wehte nie aus einem schöneren und heiligeren Anlass als für diese zärtliche Armee: die Mütter Amerikas.“

Sehr schnell wurden Blumen und Grußkarten üblich, um der Mutter eine Freude zu machen.



Die Mütter schreiten voran: Im spanischen Valencia feiern die Frauen ihren Tag in traditionellen Trachten *Bild: mauritius*

Das blieb dem Verband der Blumengeschäftsinhaber in Deutschland natürlich nicht verborgen. Und tatsächlich. Nachdem der Brauch über England nach Europa gekommen war, führte der Verband den Muttertag 1923 auch in Deutschland ein. Rührselige Plakate wie: „Ehret die Mütter“ sollten den Kauf anregen. Der völlig unpolitische Tag wurde unter der NS-Regierung sehr schnell missbraucht. Den wehrkrafterhaltenden gebärenden Müttern wurde der dritte Sonntag im Mai gewidmet. 1938 gab es das „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“. Dass sich nach dem Krieg die DDR vom Muttertag abwandte, ist historisch zu erklären. Mit westlich-reaktionären Bräuchen wollte man im real existierenden Sozialismus nichts zu tun haben.

Dafür gab es dann am 8. März den Internationalen Frauentag. Inzwischen hat sich das wieder vereinigte Deutschland mit dem Muttertag arrangiert.

Ann Jarvis wurde der Konsum damals zu viel. Sie begann gegen den Muttertag zu kämpfen, kam sogar wegen Störung desselben ins Gefängnis. Sie klagte sich arm, um den Tag wieder abzuschaffen, und starb einsam im Altersheim. Dass dieses vom Blumenverband heimlich bezahlt wurde, gehört ins Kuriositätenkabinett der Geschichte. *Silvia Friedrich*

Tägliche Ehrung

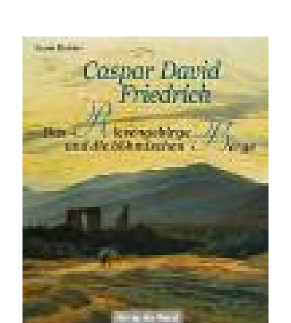
Wird Muttertag eines Tages überflüssig?

Die Vorstellung, dass Mütter sich nur über Blumen, Pralinen und Fußmassagen freuen, ist sicher von gestern. Natürlich mögen das viele. Dennoch, ein wenig mehr Phantasie ist gefragt, wenn man seiner Mutter einmal einen unvergesslichen Tag schenken möchte. Wem am Muttertag nichts anderes einfällt, als schnell ein paar Blumen zu kaufen, macht es sich vielleicht ein wenig einfach. Oder ist der Muttertag heutzutage sowieso überholt?

Der Autor und Theologie-Professor Manfred Becker-Huberti, der für das Erzbistum Köln im Schulbereich und in den Medien arbeitet, sagt dazu: „Was mir an der Art und Weise, wie der Muttertag gefeiert wird, wirklich nicht gefällt, ist die Kommerzialisierung durch die Wirtschaft und die Phantasielosigkeit der Männer, die sich bequem auf standardisierte Angebote der Süßwarenindustrie und anderer Anbieter einlassen.“

Becker-Huberti wünscht sich stattdessen das, was die Lateiner mit „pars pro toto“ ausdrücken würden: „Der Muttertag sollte nicht isoliert im Jahr stattfinden, sondern einmal thematisieren, was das ganze Jahr gilt. Muttertag ist jeder der 365 Tage des Jahres!“ Weiterhin wünsche er sich einen symbolischen Rollentausch. Der könne so aussehen, dass Mutters Arbeiten an diesem Tag vom Partner und den Kindern übernommen werden. Die nämlich zeigten an diesem Tag, was sie auch im Rest des Jahres könnten: Teilaufgaben übernehmen und der Mutter Nischen zur Selbstverwirklichung bieten.

Die Ziele des Muttertages wären erreicht, wenn der Feiertag als solcher überflüssig würde. Das wäre er, wenn die Mütter nicht mehr bloß die Dienstmädchen in der Familie wären. Dieser Mentalitätswandel habe sich, nach Ansicht Becker-Hubertis, in Deutschland noch nicht vollzogen. Noch habe der Muttertag die Aufgabe, wenigstens einmal im Jahr das schlechte Gewissen der Machos und ihres Nachwuchses aufzurütteln. Doch die alten Rollenmuster seien nicht mehr zukunftsfähig. Darüber sollte man vielleicht einmal nachdenken. Aber nicht erst am zweiten Sonntag im Mai. *SF*



Motiven auf der Spur

Fotograf analysiert Maler

In dem Werk von Caspar David Friedrich, des bedeutendsten Malers und Zeichners der deutschen Frühromantik, hatte die nordböhmische Berglandschaft mit ihren sanft ansteigenden Vulkankegeln und weiten Fernsichten eine besondere Bedeutung. Mindestens achtmal ist Friedrich (1774–1840) zwischen 1802 und 1810 nach Böhmen gereist, einschließlich einer Fußreise in das Riesengebirge. Unterwegs fertigte er Zeichnungen an, die er später als Vorlage für seine Landschaftsgemälde verwendete.

In seinem zweiten Buch über den Ausnahmekünstler, betitelt „Caspar David Friedrich. Das Riesengebirge und die böhmischen Berge“, beschäftigt sich der Dresdener Fotograf Frank Richter mit der Wahrnehmung von Natur und Landschaft: Er stellt Friedrichs berühmte Riesengebirgsbilder und nordböhmischen Berglandschaften neben seine eigenen Fotografien, die während mehrerer Reisen nach Nordböhmen und ins Riesengebirge entstanden sind. Anhand der Fotografien sind die im Laufe der Zeit eingetretenen Veränderungen der Landschaft augenfällig. Gleichzeitig vermittelt das Buch höchst anschaulich die Entstehungsgeschichte der Gemälde, sofern sie rekonstruiert werden konnte oder auch seit jeher bekannt ist. Bildinterpretationen werden gelegentlich mitgeliefert, aber sie sind hier von eher nachrangiger Bedeutung. Bedingt durch diesen vielschichtigen Ansatz des Autors ist der ästhetisch gestaltete Band aufwendig mit verschiedenartigem Bildmaterial ausgestattet.

Was inspirierte Caspar David Friedrich?

Aufgrund eigener Recherchen vor Ort konnte Richter etliche Studien Caspar David Friedrichs lokalisieren oder ältere Lokalisierungen bestätigen. Weitere Ein- und Zuordnungen einzelner Studien hat er dem 2011 erschienenen Werkverzeichnis „Caspar David Friedrich: Die Zeichnungen“ entnommen. Die Zuordnungen sind durch Kartenausschnitte kenntlich gemacht. Vor Jahren hatte der Autor über längere Zeit einen Spitzenkletterer mit seiner Kamera begleitet, und man spürt jederzeit die Anziehungskraft, die die stille Bergwelt auf ihn ausübt; so wie der Ausnahmemaler Friedrich seinerzeit dafür eine neue Bildsprache fand. Richter: „Es war in diesen Landschaften der Widerhall dessen, was in ihm selbst angelegt war. Das spürt man in den Zeichnungen, ... und das findet man, oft ins Transzendente erhöht, in seinen Gemälden.“

Dem Jeschkengebirge, dem Milleschauer und den Riesengebirgsbildern sind eigene Buchkapitel gewidmet. Während Friedrich die Schneekoppe tatsächlich bestiegen hat, ist dies bei den meisten der böhmischen Berge, die er gemalt hat, nicht sicher. Durch die Felsenwelt der sächsischen Schweiz bei Dresden, seinem Wohnort, wurde Friedrichs Interesse am Thema „Berge“ geweckt. Vom Dresdener Elbtal aus erschloss er sich etappenweise die böhmischen Landschaften, die er besuchte. Die Anregungen dazu kamen von Künstlerkollegen und seinem Lehrer Adrian Zingg. Von dem künstlerischen Ertrag der Fußwanderung ins Riesengebirge, die Friedrich 1810 zusammen mit seinem Freund Georg Friedrich Kersting unternahm, zehrte er sein Leben lang. Und so versetzte der fast 60-Jährige in einem kühnen Entwurf die Ruine Eldena ins Riesengebirge: Über einer in die Farben der Dämmerung getauchte Landschaft leuchtet ein prachtvoller Abendhimmel. Auf diesem späten Gemälde, das sich im Pommerschen Landesmuseum Greifswald befindet, sind drei Dinge zusammengefasst: die überlieferte Herkunft Friedrichs aus Schlesien, dass in dieser Gegend die Elbe entspringt (die für den Maler ein Gleichnis des Lebens war) und dass die Klosterruine Eldena gezeigt wird, welche er mehrfach als Symbol für Heimat und zugleich für den Tod, aber im Sinne von Heimkehr, dargestellt hat: „Woher kommen wir, wohin gehen wir und was was erwartet uns? In diesem Bild zieht Friedrich eine positive Bilanz“, lautet die Interpretation des Autors. Böhmen fasziniert noch heute, schreibt er – zu Recht.

Dagmar Jestrzemski

***Frank Richter: „Caspar David Friedrich. Das Riesengebirge und die böhmischen Berge“**, Verlag der Kunst Dresden Ingwert Paulsen jr., Husum 2012, broschiert, 143 Seiten, 16,95 Euro*



Bock zum Gärtner gemacht

Politiker über Verschwendung im Politikbetrieb

„Verschwendung. Politik der Maßlosigkeit“, so der Titel, der durchaus neugierig macht. Doch schon die Lektüre der ersten Seiten des vom früheren politischen „Bild“-Kolumnisten Mainhardt Graf Nayhauß herausgegebenen Buches verleitet einen dazu, dieses der Altpapiersammlung zu übergeben. Gut, ein Blick auf die Autoren, die in diesem Buch mit Beiträgen zu dem titelgebenden Thema Verschwendung versammelt sind, hätte schon allein verraten, dass der 1926 geborene Graf inzwischen seinen kritischen Sinn verloren hat oder ihn gar nie gehabt hat. Denn die meisten Autoren entstammen selbst dem Politikbetrieb und haben wenig Überraschendes zu sagen. Natürlich betonen sie alle, dass sie gegen Verschwendung sind, da sie aber selbst zum Teil schon seit Jahrzehnten die Politik gestalten, sind ihre Worte wenig glaubwürdig. Rainer Brüderle (FDP), Julia Klöckner (CDU), Renate Künast (Grüne), Petra Merkel (SPD), Philipp Mißfelder (CDU), Peter Ramsauer (CSU), Wolfgang Schäuble (CDU), Johannes Singhammer (CSU), Hermann Otto Solms (FDP), Edmund Stoiber (FDP) und Dagmar Wöhrl (CSU) langweilen einen bestenfalls, da sie überwiegend das sagen, was man schon vorher von ihnen erwartete. Aber auch die Beiträge von Gertrud Höhler, Nikolaus Blome und Michael Inacker sind nur Mittelmaß.

Immerhin einige interessante Details

Bezeichnend ist auch, wie wenig die Autoren in der Lage sind, Artikel frei zu schreiben. Gleich mehrere beginnen ihren Beitrag, indem sie die Definition von Verschwendung nachschlagen. Unter diesen Kreativlosen befindet sich übrigens auch der langjährige Journalist Ulrich Wickert.

Dieter Engels, der Präsident des Bundesrechnungshofs, weist immerhin darauf hin, dass, was für den einen Verschwendung sei, der andere als dringend notwendig erachte. Sie trete aber vor allem dort auf, wo der Bedarf gar nicht oder falsch ermittelt werde. So nennt er das Beispiel der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, wo auf 1800 Beschäftigte 2550 Computer kommen. Und Bauminister Ramsauer kritisiert den Nutzen des geplanten rund 300 Millionen Euro teuren Besucher- und Informationszentrums des Bundestages vor dem Reichstagsgebäude, was seinem Beitrag immerhin einen gewissen Informationsgehalt verleiht.

Der ehemalige CDU-Politiker Friedrich Merz befasst sich mit der Frage, ob Demokratien überhaupt sparen können, und verbalisiert hierbei einige interessante Gedanken. Und Mißfelder sorgt mit seinem Hinweis, dass Verschwendung sich nicht immer in Euro bemisst, sondern beispielsweise auch bei der Gleichmacherei in der deutschen Schullandschaft zu finden sei, dafür, dass auch sein Beitrag dem Leser einen gewissen Mehrwert bietet.

Am Ende hat man ein paar Details mehr zum Nürburgring und zum „World Conference Center Bonn“ erfahren, hat Künast mal wieder über „Nachhaltigkeit“ schreiben sehen und von Graf Nayhauß erfahren, dass Politiker zu viel Geld für Reisen ausgeben. In der Bilanz kann man sich auch besser die Zeit vertreiben als mit der Lektüre dieses Buches. Es kommt immer auf die Alternativen an.

Rebecca Bellano

***Mainhardt Graf Nayhauß (Hrsg.): „Verschwendung. Politik der Maßlosigkeit“**, Edition Lingen Stiftung, Köln 2013, gebunden, 112 Seiten, 6,99 Euro*



Idealisierte Erinnerung

Der SPD-Politiker Egon Bahr über die Höhepunkte seines politischen Lebens

In seinem neuen Buch „Erinnerungen an Willy Brandt“ schildert Egon Bahr dessen frühe Überzeugung, die SPD sei „die einzige Partei, die die Einheit wirklich will“. Auf seiner ersten Rede vor deren Delegierten betonte er, während unserer Teilung „sind wir keine Nation. Auf die Nation zu verzichten, würde die Aufgabe der Wiedervereinigung bedeuten. Es wäre Selbstmord unseres Volkes und würde zum Verrat.“ Hehre Worte, die später indes im Gegensatz zu Brandts Politik standen. Als er Regierender Bürgermeister Berlins wurde, ernannte er Bahr zum Pressechef und im Mai 1961 zum Berater. Auf der Nato-Frühjahrskonferenz wurde schon nicht mehr vom Viermächte-Status Berlins, sondern lediglich von „der Lebensfähigkeit der drei Westsektoren“ gesprochen. Bald erfolgte dann auch der Bau der Mauer. Im Juli 1963 verkündete Bahr die neue Ost-Politik „Wandel durch Annäherung“. Als Kanzler gab Brandt mit Unterstützung Bahrs den Gedanken vom Deutschland in den Grenzen von 1937 mit dem Argument auf, der Krieg könne „nicht mit juristischen Formeln nachträglich gewonnen werden“.

Wiedervereinigung früh abgeschrieben

Recht aufschlussreich sind die Seiten über den geheimen Draht zwischen Bahr und der Kremlführung, es sei für ihn „der schwierigste und unangenehmste Monolog seines Lebens“ gewesen, bevor es mit dem russischen Ministerpräsidenten Alexei Kossygin zu einem Gespräch über einen Gewaltverzicht kam. Bahrs Behauptung indes, der Zerfall der UdSSR sei „im Westen nicht erkannt“ worden und gehöre zu den „Auswirkungen der Entspannungspolitik“, ist zu widersprechen: Er wurde sehr früh von der CIA erkannt, die Ursache lag allein in ihrer Wirtschaftsmisere, die auch Bahr nicht verborgen blieb. Unwahr ist auch Bahrs Aussage, bei der Einstellung von Brandts Referenten Günter Guillaume hätten Anfragen bei den Sicherheitsstellen „nichts Negatives“ ergeben: Der Bundesnachrichtendienst hatte sehr wohl gewarnt. Richtig ist hingegen Bahrs Aussage, die spätere Verhaftung des Stasi-Spions Guillaume sei nicht der Grund für Brandts Rücktritt 1974 gewesen. Der Schwung seiner Ost-politik war vorbei, Brandt selber längst müde geworden. Hinzukommt das geradezu feindselige Verhältnis zu SPD-Bundestagsfraktionschef Herbert Wehner; der Autor spricht dabei von dessen „Gemeinheit und Heuchelei“.

Im Gegensatz zu seinen oft breiten Darstellungen wird das „Gemeinsame Papier von SPD und SED“ von 1987 von Bahr nur mit einem Satz gestreift, es sei geprägt von der Grundorientierung, „das das übergeordnete Interesse an der Erhaltung des Friedens feststellte“. Dass es nach der Kritik der Bundestagspräsidentin Annemarie Renger „der Abschied von der Hoffnung auf die künftige Einheit“ und „die Anerkennung der Daseinsberechtigung des kommunistischen Systems in der DDR“ war, verschweigt Bahr. Vergeblich sucht man ebenso nach Bahrs vielen Äußerungen gegen die Wiedervereinigung – selbst nach dem Mauerfall. Er setzte bis Ende 1989 immer noch auf die Kontakte mit der SED-Diktatur.

F.-W. Schlomann

***Egon Bahr: „Erinnerungen an Willy Brandt“**, Propyläen, Berlin 2013, gebunden, 220 Seiten, 19,99 Euro*

Ungeschönte Vergangenheitsaufarbeit

Polnische Nachwuchshistorikerin analysiert die Polonisierung der Deutschen in Posen

Die Stadt Posen [Poznan] war für die Polen das historische Zentrum der Region „Großpolen“ und zugleich ein stiller Konkurrent von Warschau und Krakau. Im Königreich Preußen hingegen war die zu etwa 60 Prozent von Polen bewohnte Stadt nur eine Großstadt neben vielen anderen und hatte Bedeutung als Hauptstadt und Verwaltungszentrum der gleichnamigen Provinz. Durch den bewaffneten „Großpolnischen Aufstand“ Ende 1918 gingen Stadt und Provinz in polnische Hand über und wurden in den Folgejahren radikal „entdeutscht“ beziehungsweise „polonisiert“. Ein analoger Vorgang fand 1945 statt, als die 1939 im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges dem Deutschen Reich eingegliederte und teilweise regermanisierte Stadt wieder in polnische Verwaltung überging. Anna Moskal, eine polnische Doktorandin der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, untersucht und vergleicht in ihrer lesenswerten Dissertation diese beiden Polonisierungsprozesse am konkreten Beispiel der „Posener Messe“, der Posener Oper und am Posener katholischen, evangelischen und jüdischen Friedhofswesen.

Fakten sind für Polen wenig ehrenhaft

Obwohl die Verfasserin leise Töne bevorzugt, gibt sie in ihren Schilderungen stets der Wahrheit die Ehre, auch wenn diese für Polen zumeist nicht besonders ehrenvoll ausfällt. Letzterer Umstand ist bemerkenswert, denn Moskal benutzte nur polnische archivalische Quellen, keine deutschen. Auch die verwendete Memoirenliteratur ist rein polnisch sowie größtenteils auch die wissenschaftliche Sekundärliteratur. Dieser Umstand ist übrigens Doktorvater Philipp Ther entweder gar nicht aufgefallen, was bemerkenswert wäre, oder von ihm für gut befunden worden, was noch seltsamer anmutet. Moskal arbeitet eindeutig heraus, dass im Ergebnis diskriminierender Polonisierungsmaßnahmen ab 1918 der Anteil der deutschen und jüdischen Stadtbevölkerung rasant zurückging und alle Zeichen einstiger preußischer Herrschaft nach Möglichkeit beseitigt oder verdeckt wurden. Posen und seine polnischen Bewohner hätten sich bei diesem Prozess zugleich gegen starke Eingriffe der Zentralmacht in Warschau ins kommunale Leben wehren müssen. Auch galten die „Posener Polen“ im Gegensatz zu den vormals russischen „Kongresspolen“ und den einstmals österreichischen Polen als „angermanisiert“. Posener zeichnen sich übrigens noch heute in ihrer Eigenwahrnehmung gegenüber den übrigen Polen durch Fleiß, Ordnungsliebe und Wirtschaftlichkeit aus, wie die Verfasserin eruierte.

Nach 1945 bestand die Hauptaufgabe der Repolonisierung nicht mehr in der Austreibung der (ohnehin bereits verschwundenen) deutschen Wohnbevölkerung. Nunmehr wurde durch die polnischen Kommunisten mit den bürgerlichen Polen abgerechnet, die beispielsweise, wie der einstige Leiter der polnischen Oper in Posen, es gewagt hatten, für die deutsche Volksliste zu optieren. Die zahlreichen Kriegsschäden wurden zum willkommenen Anlass genommen, nunmehr das äußere, städtebauliche Antlitz der Stadt weitestgehend zu entgermanisieren, wie Anna Moskal am Beispiel des „Oberschlesischen Turmes“ auf dem Gelände der Posener Messe darlegt.

Wahrheitsgetreu und kritisch

Posen ist heute eine der „grünsten“ Städte Europa. Dieser schon zu preußischer Zeit durch die Einebnung der einstigen Befestigungsanlagen eingeleitete Prozess fand seinen Fortgang in der Zwischenkriegszeit, als man vorrangig die evangelischen (also deutschen) und jüdischen Friedhöfe der Innenstadt zu Parkanlagen umgestaltete. Relativ überraschend ist die Erkenntnis Moskals, dass man ab 1945 hier eindeutig auf den Spuren des gesetzgeberischen Handelns und städteplanerischen Denkens der verhassten Okkupationszeit von 1939 bis 1945 wandelte.

Anna Moskal ist ihrer Pflicht als Historikerin gerecht geworden, indem sie wahrheitsgetreu und gleichzeitig kritisch die zweifache Polonisierung von Posen beschrieb. Bei Nutzung deutscher Primärquellen, zum Beispiel aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, wäre das Bild wohl noch viel kritischer ausgefallen.

Jürgen W. Schmidt

***Anna Moskal: „Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945“**, Harrassowitz Verlag Wiesbaden 2013, geb., 298 Seiten, 56 Euro*

Musik von Friedrich II.



Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95
CD



Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95
CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95
CD



Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts
Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335, € 29,80



Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90

Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter



NEU

Vor 800 Jahren begannen Ritter des Deutschen Ordens damit, das Land zwischen Weichsel und Memel zu erobern und Deutsche aus dem Westen dort anzusiedeln. Sie schufen das Land Preußen, das im Spätmittelalter als das modernste Gemeinwesen ganz Europas galt. Der Hauptfilm (ca. 90 Minuten) begibt sich auf die Spuren der Ostlandritter. Ihre gewaltigen Burgen, die heute in Polen stehen, werden ebenso vorgestellt wie ihre Stadtgründungen und die Methoden ihrer Landkultivierung. Über Jahrhunderte waren die Polen mit den Rittern verfeindet. Im Film wird deutlich, dass sich das Verhältnis entspannt hat. Polnische Historiker erkennen an, dass das heutige Polen dem Deutschen Orden vieles verdankt. Der zweite Film (ca. 55 Minuten) liefert ergänzende Informationen: die Geschichte des Deutschen Kreuzritterordens seit seiner Gründung im Heiligen Land, sein Wirken außerhalb Preußens, und vor allem die Tätigkeit des Deutschen Ordens heute.

Laufzeit: ca. 145 min
Best.-Nr.: 7221
DVD
€ 14,95

Märchen der Brüder Grimm
gelesen von Brigit Edenharter und Kristin Wolf
Brüderchen und Schwesterchen Vom Mäuschen, Vöglechen und der Bratwurst Die Geschenke des kleinen Volkes Das Wasser des Lebens Die drei Sprachen Der alte Großvater und der Enkel Der Teufel mit den drei goldenen Haaren



CD
Spieldauer: 72:53 Min
Best.-Nr.: 7227
€ 14,95

CD
Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger

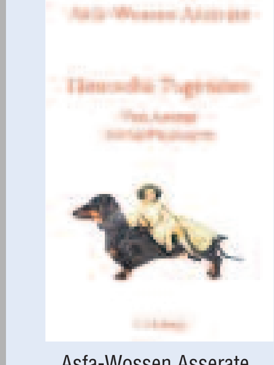


Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Asfa-Wossen Asserate
Deutsche Tugenden Von Anmut bis Weltschmerz
Gebunden, 239 Seiten
Best.-Nr.: 7222, € 17,95



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99

Wulf Wagner (Hrsg.)
Ostpreußen in 1000 Bildern Reise in die alte Heimat
Einmalige historische Aufnahmen: eine Fundgrube auch für Postkarten-Sammler Ostpreußen – das Land zwischen Memel und Weichsel: Dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumbrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 1000 Bilder geben einen Eindruck vom Leben in Ostpreußen – eine ausführliche Zusammenstellung von bisher unveröffentlichten Aufnahmen der Sammlung Koschwitz.
Tauchen Sie ein in die „kleine Geschichte Ostpreußens“ und lassen Sie sich auf eine Reise entführen, bei der Sie ein Land kennenlernen, das einst fest mit der deutschen Geschichte verbunden, heute mystisch entrückt scheint.

2. Auflage 2012
Geb., 400 Seiten, 21 x 27 cm, durchgehend farbige Abbildungen
Best.-Nr.: 7228
€ 16,99

Elchschaufel-Schirmmütze





Elchschaufel-Schirmmütze
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Preußen-Schirmmütze





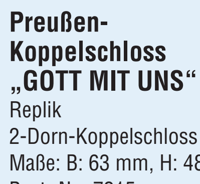
Preußen-Schirmmütze
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS“
Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215





€ 19,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14. Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

CD
Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite
€ 12,95



Wilhelm Hankel
Die Euro-Bombe wird entschärft
Geb., 176 Seiten
Best.-Nr.: 7229 , € 19,99



Thomas Wieczorek
Abgewirtschaftet
Warum unser Land verkommt und wer daran verdient.
Kart., 350 Seiten
Best.-Nr.: 7223, € 9,99



Joachim Starbatty
Tatort Euro
Bürger, schützt die Demokratie, das Recht und euer Vermögen
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7226, € 19,99



Ursula Pasut
1945: Die Schatten der Flucht
Traumatische Erlebnisse in Ostpreußen - und die Geschichte einer späten Heilung
Kart., 143 Seiten
Best.-Nr.: 7230, € 8,99

Gerhard Wisnewski
verheimlicht, vertuscht, vergessen
Was 2012 nicht in der Zeitung stand
Kart., 364 Seiten
Best.-Nr.: 7231, € 7,99



CD
Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95



CD
Musique pour Luise
Das „Ensemble Sans Souci Berlin“ unter der Leitung von Christoph Huntgeburth
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900, € 14,95



DVD
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



DVD
Der Deutsche Osten
in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95



CD
Mit dem Ostpreußenlied
Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Die schönsten Volkslieder





CD

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893
€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder



CD
€ 17,95

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091
€ 19,95



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Marmorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
19/13
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Stehpinkeln verbieten?

Stockholm – Das Parlament der schwedischen Region Södermanland (Stockholm) überlegt, Männern das Urinieren im Stehen zu verbieten. Dies berichtet die französische Zeitung „Le Figaro". Manche Politiker bringen für das geforderte Verbot „hygienische Gründe" vor. Für den linken Abgeordneten Viggo Hansen ist es ein ideologisches Ansinnen: So solle Diskriminierung verringert werden, weil Frauen auch nicht im Stehen pinkeln könnten. *H.H.*

»Wir sind das Volk« geschützt

Norderstedt – Eine patriotische Miniaturpartei aus Schleswig-Holstein hat sich die Markenrechte an der Losung „Wir sind das Volk" beim Deutschen Patent- und Markenamt in München gesichert. Die Partei, die sich die Losung als Namen gegeben hat, umfasst nur wenige Mitglieder. Bei Bürgerrechtlern der DDR-Revolution hat die Münchener Entscheidung Medienberichten zufolge „Wut und Unverständnis" ausgelöst. *H.H.*

ZUR PERSON

Unbeugsame Ermittlerin

Staub aufzuwirbeln, indem sie politisch unangenehme Wahrheiten ans Licht bringt, hat sich die Schweizerin **Carla del Ponte** nie gescheut. Ihr kompromissloses Vorgehen gegen Geldwäsche, organisiertes Verbrechen, Waffenschmuggel und grenzüberschreitende Kriminalität trug ihr als Staatsanwältin des Kantons Tessin den Spitznamen „Carlita, die Pest" ein. Nur knapp entging sie im Haus des später ermordeten italienischen Mafiajägers Giovanni Falcone, mit dem sie eng zusammenarbeitete, einem Mordanschlag.

1994 wurde die 1947 geborene Karrierejuristin zur Bundesanwältin der Schweiz berufen. Unerschrocken ermittelte sie selbst gegen Prominente wie den früheren russischen Präsidenten Boris Jelzin wegen Geldwäsche und Korruption. Im September 1999 wurde del Ponte Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien sowie des Internationalen Strafgerichtshofes für Ruanda. Sie konnte



zahlreiche Verurteilungen von Kriegsverbrechern und Massenmördern verbuchen, allerdings wurden diese Erfolge von der sehr späten Verhaftung mehrerer Hauptangeklagter überschattet. Zum Ende 2007 schied sie als Chefanklägerin aus und war bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand Anfang 2011 als Schweizerische Botschafterin in Argentinien tätig.

Seit August 2011 untersucht del Ponte als Mitglied der vom UN-Hochkommissar für Menschenrechte eingesetzten internationalen, unabhängigen Untersuchungskommission für Syrien im dortigen Bürgerkrieg begangene Menschenrechtverletzungen. In allen ihren Ämtern hat sie sich, wenn es um die Wahrheit und die Rechtsdurchsetzung ging, allen Widerständen zum Trotz immer als unbeugsam erwiesen. Das wird sie auch in ihrer jetzigen Funktion bleiben. *J.H.*



Zeichnung: Mohr

Asozial

Was uns Gauck vom Müllhaufen der Unwörter mitbringt, was wir wirklich von den Reichen wollen, und wie wir echten Ganoven helfen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Bums – und raus bist du! Raus aus der Gesellschaft, dem Volk, der Gemeinschaft der Leute, denen man die Hand gibt. Bundespräsident Joachim Gauck, den wir anfangs mit einem Freund der Freiheit verwechselten, hat Uli Hoeneß in der Gosse der Ausgestoßenen versenkt. Er sei „asozial".

Das Wort hatten wir fast vergessen. Oder besser gesagt: Wir hatten es auf den stinkenden Haufen der Unwörter gekippt, wo es zusammen mit „Untermensch" und „Klassenfeind" auf ewig modern sollte.

Im Nationalsozialismus waren „Asoziale" all die, die nicht ins Bild vom anständigen Volksgenossen passten. In der DDR hatte das Wort eine ähnliche Bedeutung, auch wenn die Konsequenzen für den so Etikettierten nicht so furchtbar waren wie im NS-Staat. In der jungen Bundesrepublik hatte man mit dem braunen Desaster im Rücken und dem roten vor Augen jedenfalls erst mal die Nase voll von dem Wort oder genauer gesagt: einen feinen Riecher dafür, was damit angerichtet werden kann.

Aus, vorbei. Der Bundespräsident höchstselbst hat im müffelnden Misthaufen gewühlt und den „Asozialen" wieder hervorgezogen (mal sehen, welche Vokabel er als Nächstes da wieder rauszieht). Allerdings hat sich der Gebrauch ein wenig geändert: Heute sind Leute „asozial", die dem immer gierigeren Staat ein Schnippchen schlagen wollen. Und nicht Gewaltkriminelle, Vergewaltiger oder ähnliches. Also aufgepasst: Wer einen jugendlichen Intensivtäter, der schon drei Dutzend unschuldige Menschen im Alter von neun bis 99 ins Krankhaus geprügelt hat, „asozial" nennt, der hat ein Donnerwetter zu erwarten. Der Schläger ist nämlich ein „Produkt unserer Gesellschaft", und – sofern seine Wurzeln im südlichen Ausland liegen – das „Ergebnis fortgesetzter Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen" Er ist (mindestens!) ebenso Opfer wie seine Opfer. Wer so jemanden „asozial" nennt, der macht sich schwerer Diskriminierung schuldig.

In der Auswahl dessen, was ein Staat in den Schlund der Verdammnis schleudert und was er eher mit Nachsicht behandelt, drückt er aus, was ihm wichtig ist. Gut, natürlich ist man auch erschüttert, wenn jemand in der U-Bahn totgeschlagen wird. Aber so richtig ernst wird es erst, wenn die Regierung das Geld nicht bekommt, das sie sich per Gesetz zugedacht hat. Dies lernen wir aus Gaucks moralischer Hoeneß-Hinrichtung.

Die Mehrheit des Volkes hat der Präsident womöglich hinter sich. 72 Prozent der Deutschen wünschen sich, dass die „Reichen" stärker besteuert werden. Weisere Kritiker schütteln entnervt den Kopf vor solchen Zahlen. Sie fragen sich, ob die Leute denn nicht merken, dass das mit der stärkeren „Reichenbesteuerung" nur eine Finte ist. Dass am Ende bei solchen Manövern immer die breite Mittelschicht dran ist, spätestens nach ein paar Jahren „kalter Progression".

> Gerechtigkeit? Egal: Viel wichtiger ist doch, dass wir die Großen endlich einmal klein sehen

Andere gehen noch tiefer und wollen wissen, wann und wo es in der Geschichte den Armen jemals besser ging, weil man den Reichen das Fell über die Ohren gezogen hatte. Antwort: Niemals und nirgends, am Ende waren sogar die Ärmsten nur noch ärmer.

Venezuela war noch vor gut zehn Jahren im Vergleich zu seinen Nachbarn geradezu stinkreich. Dann kam Hugo Chávez, brachte die sozialistische Gerechtigkeit mit und machte seinen Staat zum neuen Traumland der internationalen Linken. Heute liegt das ölreiche Venezuela komplett am Boden und muss das Ausland um Lebensmittel anbetteln.

Ja, ja – das sind ja alles wunderbare Einwände. Aber leider haben uns die Klugschwätzer, die sie immer wieder vorbringen, einfach nicht verstanden. Was machte das verärgerte Volk zu allen Zeiten, wenn es den Palast gestürmt hatte, um die Maden im Speck auszuräuchern? Hat die wutentbrannte Masse der Armen und Geknechteten die vorgefundenen Preziosen etwa feinsäuberlich in Holzwolle gepackt und vorsichtig durchs Schlossportal davongetragen? Blödsinn: Sie haben alles kurz und klein gekloppt, die Seidenbetten aufgeschlitzt, die Scheiben eingeworfen und das Porzellan zerdeppert.

Es kommt uns nämlich gar nicht so darauf an, dass es uns selbst besser geht. Viel mehr Wonne bereitet uns die Aussicht darauf, dass es den Reichen, auf deren Wohlstand, deren tolle Klamotten und glamouröses Leben wir so lange mit so viel Neid blikken mussten, dass es denen einfach auch mal schlecht geht, richtig schlecht.

Und wenn sie trotzdem reich bleiben, wie dieser Hoeneß, sollen sie uns wenigstens leiden unter der öffentlichen Bloßstellung. Das hat doch was, einen prominenten Multimillionär von nun an ungestraft als „Asozialen" verhöhnen zu dürfen, wenn man beim Gespräch mit dem Maler, der einem gerade für „bar auf die Kralle" die Wohnung macht, auf Herrn Hoeneß und die reichen Säcke kommt, die ganz fies die Steuern hinterziehen.

Aus diesem Grunde ist es uns auch nicht so wichtig, was die Politiker mit dem Geld eigentlich machen. Gut, über Stuttgart 21, die von den Politikern grottenhaft ausgehandelten Verträge zur Elbphilharmonie oder das Fiasko um den Berliner Flughafen ärgern wir uns schon manchmal. Aber egal: Hauptsache, die müssen bluten. Da stört es nicht einmal, wenn die Staatsbeamten sich dafür mit Kriminellen verbünden und denen Millionen zahlen für in der Schweiz gestohlene „Steuer-CDs".

Apropos: Haben die CD-Diebe und Hehler die Einnahmen aus den Deals mit dem deutschen Fiskus eigentlich korrekt versteuert? Die Frage hat, wenn wir uns recht entsinnen, noch gar niemand gestellt. Vermutlich weil sie so lächerlich ist: Selbstverständlich haben sie das nicht getan! Seit wann zahlt die Unterwelt Steuern? Da halten wir uns lieber an Wurstfabrikanten oder bekannte Kunstmaler wie den nun ebenfalls der Steuerhinterziehung verdächtigen Georg Baselitz.

Schon verblüffend: Fabrikanten haben wir früher respektiert und Diebe verachtet. Heute ist der Dieb ganz offiziell Gehilfe und Geschäftspartner unseres Staates, während der Fabrikant in der Hölle unserer überlegenen Moral schmort.

Bisweilen muss die überlegene Moral allerdings ziemlich spitze Haken schlagen, um nicht aus der Spur zu fliegen. Nur langsam dämmert in der Debatte über Steuerhinterziehung eine Sache herauf, bei der wir uns bislang moralisch ganz und gar auf der richtigen Seite wähnten. Bislang sollen sich Menschen mit ausländischen Wurzeln, die hier geboren sind, nach einer Frist entscheiden, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft behalten wollen oder die ihrer Eltern. Beide beizubehalten soll nur in eigens begründeten Ausnahmefällen erlaubt sein.

Für jeden Multikulti-Visionär ist diese Regelung, die sogenannte „Optionspflicht", eine rassistische Zumutung. Schon vor vielen Jahren sagte einer von ihnen, ideal seien nicht einmal zwei Staatsbürgerschaften, sondern am besten drei, vier oder gar fünf. Auf diese Weise würde es nämlich irgendwann überhaupt keine Völker mehr geben, sondern nur noch Weltbürger.

Nicht recht bedacht wurde bislang, was ein richtig professioneller Steuerhinterzieher aus solchen Möglichkeiten basteln könnte. Also nicht so ein wurstmachender Fußballfunktionär mit Zockerkonto in den Alpen, sondern einer, der das richtig drauf hat, der sich ein weltumspannendes Netz von Tarnfirmen knüpft, in dem sich selbst der schlaueste Fahnder verlieren muss.

Mit einem ganzen Strauß von (echten!) Pässen in der Tasche könnte der seine Masche zu nie erreichter Perfektion treiben. Aber so ist das eben: Dem ansonsten gesetzestreuen Bürger verzeihen wir keinen Fehltritt, es sei denn, wir sind es selbst. Dem ausgebufften Großganoven schlagen wir mit dem geforderten Multipass hingegen sogar noch einen weiteren Fluchtweg frei.

MEINUNGEN

*Der Publizist **Bernd Zeller** fragt sich auf seiner Internetseite „tagesschauder", was er davon halten soll, dass **Linksextremisten** am 1. Mai erneut die Demonstrationen von **Rechtsextremisten** unter Duldung der Polizei „verhindert" haben:*

„Nun hält sich das Mitgefühl mit den Neonazis in Schranken und konvergiert gegen Null ... Doch ... ist es wirklich beruhigend, wenn auf der Straße bestimmt wird, wer demonstrieren darf? Ist die Antifa die den Verwaltungsgerichten übergeordnete Instanz?"

***Wolfgang Bok** kritisiert im Magazin „Cicero" (3. Mai), dass eine die Medien beherrschende linksgrüne Journalistenschaft die **Pressefreiheit** gleichsam „von innen" **zerstört**:*

„In den Verlagshäusern und Rundfunkanstalten werden derzeit die Alt- und Jung-68er von der Generation Greenpeace abgelöst. Sie ist mit der ständigen Apokalypse aufgewachsen. Der grüne Alarmismus ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen. Das ist viel schlimmer als eine Gleichschaltung, wie man sie aus autoritären Staaten kennt: Diese Generation, die mittlerweile in vielen Redaktionen das Sagen hat, ist sich ihrer eingeschränkten Wahrnehmung gar nicht mehr bewusst."

*Ifo-Chef **Hans-Werner Sinn** kritisiert in der „Welt" (6. Mai) die **Energiewende**, die der Umwelt nichts bringe und unsere industrielle **Basis untergrabe**:*

„Wir kasteien uns, indem wir den Strompreis gegenüber Frankreich verdoppeln und gegenüber den USA vervierfachen, und doch hilft es dem Kli-



ma nicht. Die Windmühlen in Norddeutschland sind Sakralbauten zur Befriedigung grüner Glaubensbekenntnisse, doch nicht das Ergebnis einer rationalen Energiepolitik für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Die Deindustrialisierung, die wir gerade im Bereich der Energiewirtschaft betreiben, indem wir funktionierende Kraftwerke verschrotten, gehört zu den Sünden, die wir gegenüber unseren Nachkommen begehen."

*In seinem neuen Buch „**Bin ich jetzt reaktionär**? Bekenntnisse eines Altlinken" (Gütersloher Verlagshaus) forscht **Reinhard Mohr**, Soziologe und Autor für die „taz", die „FAZ", den „Spiegel" und den „Stern", nach den Ursachen für die **Selbstverleugnung der Deutschen** angesichts selbst krasser Regelverstöße vonseiten einiger Immigranten:*

„Vielleicht liegt hier die übergreifende Erklärung für das Rätsel des grassierenden Irrsinns politischer Korrektheit: Das andere ist gut, das Eigene aber schlecht und westlich-verderbt. So versteckt sich das europäisch-abendländische Ich bis zur Selbstverleugnung, macht sich ganz klein und fühlt sich dennoch schuldig an allem, was geschieht."